



Statistische Rundschau Nordrhein Westfalen

Herausgeber

Landesamt
für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

11

November 1989

Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen

41. Jahrgang · November 1989

ISSN 0934-6767

Erscheinungsfolge: monatlich

Herausgeber:
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Schriftleitung: Dipl.-oec. Udo Nockemann

Jahresabonnement: 48,- DM, Einzelheft: 5,- DM

Bestellungen nehmen entgegen:

das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW,
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1,
Fernruf: (0211) 44 97 1,
sowie der Buchhandel.

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet

LDS-Bestell-Nr. Z 01 1 8911



Inhalt

Wahlen	Wählerverhalten bei der Europawahl am 18. Juni 1989	577
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	Eine Region im Hochsauerland mit typischer Sozialstruktur	586
Produzierendes Gewerbe	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe Nordrhein-Westfalens 1988 im Bundesvergleich	592
	Bauproduktion im September 1989	592
	Industrieproduktion im September 1989	597
	Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im 3. Vierteljahr 1989	606
	Auftragslage der Industrie im September 1989	606
	Einzelhandelsumsatz im September 1989	606
Volkszählung	Alternativen zur Volkszählung Eine Untersuchung zur Qualität der Melderegister	598
Bevölkerung	Nichtehelich geborene Kinder im Jahre 1988	605
Geld und Kredit	Insolvenzen in den ersten drei Quartalen 1989	581
Handel und Verkehr	Warenverkehr mit der DDR Januar bis September 1989	585
Bauwirtschaft	Baugenehmigungen Januar bis September 1989	592
Preise	Preisindex für die Lebenshaltung im Oktober 1989	597
	Preisindex-Umstellung zum Jahresende	597
	Tabellenteil	608
	Zahlenspiegel	614

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
- X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Wählerverhalten bei der Europawahl am 18. Juni 1989

Die amtlichen Ergebnisse von Europawahlen werden von den im Europawahlgesetz dazu bestimmten Wahlorganen in verhältnismäßig kurzem zeitlichen Abstand nach der jeweiligen Wahl festgestellt und von den Dienststellen der amtlichen Statistik dokumentiert: Bei den vorläufigen Ergebnissen geschieht dies im allgemeinen noch in der Wahlnacht, bei den endgültigen Ergebnissen etwa 10 bis 14 Tage (auf Landes- bzw. Bundesebene) nach der Wahl.

Diese bei Europawahlen auf der Ebene der Verwaltungsbezirke, der Länder und des gesamten Bundesgebietes vorliegenden, auf Totalauszählungen beruhenden Informationen über die Wahlbeteiligung der Wahlbevölkerung und ihre Stimmabgabe für die um die Wählergunst werbenden Parteien vermitteln indes ein unzureichendes Gesamtbild, da sie lediglich auf den „Durchschnittswerten“ sämtlicher zur Wahl zugelassenen oder an ihr teilnehmenden Männer und Frauen aller Altersgruppen basieren.

Die nach jeder Wahl einsetzende politische Nachlese erstreckt sich nicht nur auf die Klärung der Frage, welche Ursachen z. B. für eine hohe oder geringe Wahlbeteiligung maßgebend gewesen sind oder zum Wahlerfolg oder Mißerfolg von Parteien oder Kandidaten geführt haben; die Erforschung der Ursachen für ein bestimmtes Wahlverhalten der Bevölkerung, der sich u. a. zahlreiche wissenschaftliche Institute widmen, vollzieht sich auch vor dem Hintergrund der von den statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt auf wahlgesetzlicher Grundlage durchgeführten repräsentativen Wahlstatistik, die die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe der männlichen und der weiblichen Wahlbevölkerung in der Gliederung nach bestimmten Altersgruppen untersucht.

Diese besondere Wahlstatistik, deren Ergebnisse auf einer bundesweit angelegten „geschichteten“ (jedes Land bildet eine Schicht) Zufallsauswahl

von Wahlbezirken basiert, wurde bei der Bundestagswahl 1953 eingeführt, zunächst ohne Beteiligung des Saarlandes sowie von Rheinland-Pfalz und Bayern, seit der Bundestagswahl 1957 unter Einbeziehung aller Bundesländer. In der Folgezeit wurden derartige Sonderauswertungen auch bei Landtags- und Kommunalwahlen durchgeführt, in Nordrhein-Westfalen z. B. bei Landtagswahlen seit 1954 und bei Kommunalwahlen seit 1961.

Um den Erfordernissen der Wahrung des Wahlheimnisses Rechnung zu tragen, werden in Nordrhein-Westfalen z. B. nur Wahlbezirke mit einer Mindestgröße von etwa 400 Wahlberechtigten in die Auswahl einbezogen. Eine zusätzliche Sicherung ergibt sich aus der gesetzlichen Regelung, daß die Ergebnisse dieser nach Geschlecht und Altersgruppen gegliederten Statistik nur in zusammengefaßter Form, nicht dagegen für einzelne Wahlbezirke bekanntgegeben werden dürfen.

Der Sicherung des Wahlheimnisses dient auch die Praxis, daß – ebenso wie bei früheren Wahlen – Briefwähler in die wahlstatistischen Ermittlungen grundsätzlich nicht einbezogen worden sind.

In Nordrhein-Westfalen wurden für die Europawahl 1989 von insgesamt 14 627 allgemeinen Wahlbezirken (ohne Briefwahlbezirke) 573 nach einem besonderen Verfahren ausgewählte Wahlbezirke in die wahlstatistischen Untersuchungen einbezogen; das entsprach einem Auswahl-satz von etwa 4 %.

Für die Feststellung der Wahlbeteiligung wurden die Wählerverzeichnisse herangezogen, die neben dem Stimmabgabe- oder Wahlscheinvermerk (Haken bzw. W) auch Angaben über das Geschlecht (Vornamen) und das Geburtsjahr enthalten. Die Wahl-

berechtigten Männer und Frauen wurden nach zehn Geburtsjahrgruppen unterschieden:

Geburtsjahr	Entsprechendes Alter (ungefähr)
1969 – 1971	18 bis unter 21 Jahre
1965 – 1968	21 bis unter 25 Jahre
1960 – 1964	25 bis unter 30 Jahre
1955 – 1959	30 bis unter 35 Jahre
1950 – 1954	35 bis unter 40 Jahre
1945 – 1949	40 bis unter 45 Jahre
1940 – 1944	45 bis unter 50 Jahre
1930 – 1939	50 bis unter 60 Jahre
1920 – 1929	60 bis unter 70 Jahre
1919 und früher	70 Jahre und älter

Für die einzelnen Altersgruppen der wahlberechtigten Männer und Frauen wurden in jedem Auswahlbezirk folgende Zahlen ermittelt:

1. Wahlberechtigte insgesamt
davon
 - 1.1 Wahlberechtigte mit Sperrvermerk W für ausgegebene Wahlscheine
 - 1.2 Wahlberechtigte ohne Sperrvermerk W
2. Wähler ohne Wahlschein
3. Nichtwähler ohne Wahlschein.

Auf der Ebene der Wahlbezirke sind die Zahlen der Wähler und Nichtwähler unter den Wahlscheininhabern grundsätzlich nicht feststellbar, da die Briefwähler ihren Wahlbrief an den zuständigen Stadt-/Kreiswahlleiter senden und die übrigen Wahlberechtigten mit Wahlschein – also ohne Briefwahlunterlagen – in einem beliebigen Wahllokal des Wahlgebietes wählen können.

Bei der Berechnung der Wahlbeteiligung werden daher die Wähler mit Stimmabgabevermerk im Wählerverzeichnis (solche ohne Wahlscheinvermerk W) zahlenmäßig in Beziehung gesetzt zu den Wahlberechtigten ohne Sperrvermerk W für ausgegebene Wahlscheine. Da die – bei der letzten Europawahl knapp 1,2 Millionen

– Wahlberechtigten mit Wahrschein (9,1 %), die erfahrungsgemäß eine höhere Wahlbeteiligung haben als die übrigen Wähler, unberücksichtigt blieben, liegen die im Rahmen der Stichprobenerhebung ermittelten Wahlbeteiligungsquoten etwas zu niedrig.

Grundlage für die Untersuchung der Stimmabgabe waren Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdruck für Männer (M) und Frauen (F), gegliedert nach jeweils fünf Geburtsjahrguppen:

Geburtsjahr	Entsprechendes Alter (ungefähr)
1965 – 1971	18 bis unter 25 Jahre
1955 – 1964	25 bis unter 35 Jahre
1945 – 1954	35 bis unter 45 Jahre
1930 – 1944	45 bis unter 60 Jahre
1929 und früher	60 Jahre und älter

Bei den Stimmzetteln handelte es sich einmal um diejenigen der in den Wählerverzeichnissen eingetragenen Wahlberechtigten (ohne Sperrvermerk W), die von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, ferner um die Stimmzettel der Personen, die mit einem „gewöhnlichen“ Wahrschein an der Urnenwahl teilgenommen haben.

Aufgrund des auch bei früheren Wahlen festgestellten Sachverhalts, daß das Briefwahlergebnis sich von dem Urnenwahlergebnis vor allem bei den beiden größeren Parteien dadurch unterscheidet, daß es in der Regel für die SPD ungünstiger und für die CDU günstiger ausfällt – bei der Europawahl 1989 erzielten auch die GRÜNEN, die F.D.P. und die REP ein günstigeres Briefwahlergebnis –, bedeutet die grundsätzliche Nichteinbeziehung der Briefwähler in die Wahlstatistik, daß die Ergebnisse der wahlstatistischen Untersuchungen gegenüber den Totalergebnissen für die SPD etwas überhöht sind (+1,9 Punkte im Landesdurchschnitt); niedrigere Werte ergeben sich dagegen vor allem für

Ergebnisvergleich zwischen der repräsentativen Wahlstatistik und der Totalauszählung bei der Europawahl 1989

Ergebnisart	Wahlbeteiligung	Stimmenanteil					
		SPD	CDU	GRÜNE	F.D.P.	REP	Sonstige
		%					
Stichprobenergebnis	59,3	45,5	34,2	7,8	5,4	4,1	2,9
Totalergebnis, ohne Briefwahl	59,3	44,7	35,1	7,8	5,4	4,0	2,9
Totalergebnis, mit Briefwahl	62,3	43,6	35,7	7,9	5,7	4,1	3,0

die CDU (–1,5 Punkte), weniger für die GRÜNEN und die F.D.P. (–0,1 bzw. –0,3 Punkte). Bei den REP sowie den übrigen Parteien sind die Ergebnisunterschiede faktisch gleich null.

Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung

Die seit der Bundestagswahl 1987 um etwa 100 000 auf 12,9 Millionen erhöhte Gesamtzahl der Wahlberechtigten in Nordrhein-Westfalen setzte sich aus 6,9 Millionen Frauen und 6,0 Millionen Männern zusammen. In dem zehnjährigen Zeitraum seit der ersten Europawahl 1979 – in diese Dekade fielen acht allgemeine Wahlen – hat sich der prozentuale Anteil der wahlberechtigten Frauen allmählich um fast einen Prozentpunkt verringert, der der wahlberechtigten Männer dementsprechend erhöht.

Wahlberechtigte %

	Männer	Frauen
Europawahl 1979	45,7	54,3
Landtagswahl 1980	45,8	54,2
Bundestagswahl 1980	45,8	54,2
Bundestagswahl 1983	46,2	53,8
Europawahl 1984	46,1	53,9
Landtagswahl 1985	46,1	53,9
Bundestagswahl 1987	46,4	53,6
Europawahl 1989	46,6	53,4

Entsprechende Veränderungen ergeben sich allerdings nur in bestimmten Altersbereichen: in schwächerem Maße bei den 25- bis 35jährigen sowie den 40- bis 45jährigen Wahlberechtigten (weniger als 1 Prozentpunkt), in erheblich stärkerem Maße dagegen bei den 50- bis 70jährigen Wahlberechtigten (zwischen 3,6 und 4,8 Prozentpunkte).

Geschlechterproportion bei den Europawahlen 1979, 1984 und 1989 nach Altersgruppen

Alter etwa von ... bis unter ... Jahren	Wahlberechtigte					
	Männer			Frauen		
	1979	1984	1989	1979	1984	1989
	%					
18 – 21	50,7	50,8	49,8	49,3	49,2	50,2
21 – 25	50,8	50,7	50,4	49,2	49,3	49,6
25 – 30	50,1	50,6	50,8	49,9	49,4	49,2
30 – 35	49,8	50,1	51,0	50,2	49,9	49,0
35 – 40	50,2	50,1	50,2	49,8	49,9	49,8
40 – 45	50,1	50,0	50,4	49,9	50,0	49,6
45 – 50	50,4	49,9	50,0	49,6	50,1	50,0
50 – 60	44,8	49,1	49,6	55,2	50,9	50,4
60 – 70	39,2	39,2	42,8	60,8	60,8	57,2
70 und mehr	34,1	32,2	31,0	65,9	67,8	69,0
Insgesamt	45,7	46,1	46,6	54,3	53,9	53,4

In der Altersgliederung der Wahlberechtigten wird deutlich, daß seit der Europawahl 1984 zwei Altersbereiche ein zahlenmäßig stärkeres Gewicht bekommen haben: So erhöhte sich der Anteil der 25-bis 40jährigen (d. s. die Geburtsjahre 1949 bis 1964) von 24,6 % auf 27,4 % und der der 50- bis 70jährigen (d. s. die Geburtsjahre 1919 bis 1939) von 28,0 % auf 31,3 %. In diesem Zusammenhang ist die besonders starke Veränderung bei den 50- bis 70jährigen Männern herauszustellen, deren Anteil sich innerhalb von 5 Jahren um 4 Prozentpunkte erhöhte (um 2,7 bei Frauen entsprechenden Alters).

Die unterschiedliche Geschlechterproportion der Wahlberechtigten in den einzelnen Altersgruppen wird durch die Meßgröße „Wahlberechtigte Frauen je 1 000 wahlberechtigte Männer“ verdeutlicht. Ein in etwa ausgeglichenes Zahlenverhältnis zwischen Männern und Frauen ist für die Altersbereiche der 18- bis 25jährigen sowie der 35- bis 60jährigen Wahlberechtigten festzustellen. Am weitesten geht die Schere bei den ab 70 Jahre alten Wahlberechtigten auseinander, bei denen die Zahl der Frauen die der Männer um mehr als das Doppelte übertrifft, stärker noch als bei der Europawahl 1984. Im übrigen ist ein Anstieg des Frauenüberhangs gegenüber den Vergleichswerten von 1984 nur noch bei den unter 25 Jahre alten Wahlberechtigten festzustellen.

Der informative Wert der aus der repräsentativen Wahlstatistik gewonnenen Wahlbeteiligungsquoten liegt aus den erwähnten methodischen Gründen (Nichteinbeziehung der Briefwähler) allein in der Möglichkeit, das Verhalten der Wahlberechtigten unterschiedlichen Alters und Geschlechts (Wählen oder Nichtwählen) zu analysieren.

Der nach dem Totalergebnis der Europawahl 1989 in Nordrhein-Westfalen bekannte Anstieg der Wahlbeteiligung um 2,9 Punkte gegenüber dem

absoluten Tiefstwert aller Nachkriegswahlen bei der Europawahl 1984 (59,4 %) hat auch in der Repräsentativuntersuchung seinen Niederschlag gefunden (Anstieg um 2,6 Punkte). Über dem rechnerischen Durchschnittswert für die Europawahl 1989 in Nordrhein-Westfalen (59,3 %) lagen die Beteiligungsquoten der Wahlberechtigten ab dem 45. Lebensjahr, wobei der Spitzenwert bei den 60- bis 70jährigen erreicht wurde (10,8 Punkte über Durchschnitt). Die stärkste Wahlmüdigkeit wurde – ebenso wie bei der Europawahl 1984 – bei den 25- bis 30jährigen festgestellt (9,9 Punkte unter Durchschnitt).

Im Vergleich zu den Männern erheblich größere Wahlmüdigkeit zeigten auch die unter 30 Jahre alten Frauen, hier vor allem die Jungwählerinnen. Der bei allen Wahlen zu beobachtende Sachverhalt, daß die Wahlbeteiligungsquoten nach einem relativ hohen – wenn auch unterdurchschnittlichen – Anfangswert für die Jungwähler/innen (18 bis 21jährige) in den beiden folgenden Altersgruppen deutlich zurückfallen und dann wieder mit zunehmendem Alter der Wahlberechtigten ansteigen, wurde auch durch die Ergebnisse der Europawahl 1989 wieder bestätigt. Der bei Wahlberechtigten ab 70 Jahren immer wieder zu

Wahlberechtigte bei den Europawahlen 1984 und 1989 nach Altersgruppen und Geschlecht

Alter etwa von ... bis unter ... Jahren	Wahlberechtigte						Wahlberechtigte Frauen je 1 000 wahlberechtigte Männer	
	Männer		Frauen		Männer und Frauen		1984	1989
	1984	1989	1984	1989	1984	1989		
	%							
18 – 21	6,0	4,4	5,0	3,9	5,5	4,2	969	1 008
21 – 25	9,3	8,8	7,7	7,6	8,4	8,2	971	986
25 – 30	10,2	11,3	8,6	9,5	9,3	10,3	978	970
30 – 35	9,0	9,9	7,6	8,3	8,2	9,0	995	959
35 – 40	7,8	8,7	6,6	7,5	7,1	8,1	998	993
40 – 45	9,5	7,6	8,1	6,5	8,8	7,0	1 000	985
45 – 50	10,8	9,2	9,3	8,0	10,0	8,5	1 004	1 002
50 – 60	17,1	18,2	15,2	16,1	16,1	17,1	1 036	1 014
60 – 70	10,1	13,0	13,4	15,2	11,9	14,2	1 548	1 336
70 und mehr	10,3	8,9	18,5	17,4	14,7	13,4	2 108	2 224
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	1 168	1 146

Die Wahlbeteiligung der Frauen lag im Landesdurchschnitt um 0,8 Punkte unter der der Männer, anders als bei der Europawahl 1984, wo die Frauen einen entsprechenden Vorsprung hatten (+0,8 Punkte).

Diese bei den Frauen insgesamt etwas weniger günstige Entwicklung wurde vor allem durch die sich bereits 1984 abzeichnende, 1989 aber noch deutlicher gewordene stärkere Wahlenthaltung der Frauen in der Altersgruppe zwischen 60 und 70 und besonders ab 70 Jahren hervorgerufen.

beobachtende starke Rückgang der Wahlbeteiligung spricht nicht gegen diese Regel, sondern dürfte dadurch bedingt sein, daß alte Menschen in besonders starkem Maße an der Briefwahl teilnehmen und insoweit durch die Repräsentativstatistik nicht erfaßt werden.

Nach wie vor besteht auch ein Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Gemeindegröße. Allgemein gilt die Regel, daß die Wahlbeteiligungsquote mit steigender Bevölkerungszahl der Gemeinden abnimmt. Bei

den in der Stichprobenerhebung untersuchten sechs Gemeindegrößenklassen lag die Wahlbeteiligungsquote in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern bei der Europawahl 1989 um 4,4 Punkte über dem landesdurchschnittlichen Wert und in Großstädten mit 200 000 und mehr Einwohnern um 3,3 Punkte darunter. In Gemeinden direkt unterhalb der Großstadtschwelle, in der Größenordnung zwischen 50 000 und 100 000 Einwohnern, wurde dagegen der landesdurchschnittliche Satz erreicht.

Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 1984 und 1989 nach Altersgruppen und Geschlecht der Wähler						
Alter etwa von ... bis unter ... Jahren	Wahlbeteiligung					
	Männer		Frauen		Männer und Frauen	
	1984	1989	1984	1989	1984	1989
%						
18 – 21	54,8	58,6	51,3	55,3	53,0	56,9
21 – 25	46,9	52,9	44,5	50,1	45,7	51,6
25 – 30	44,2	50,7	43,9	48,1	44,1	49,4
30 – 35	45,8	50,2	46,4	50,4	46,1	50,3
35 – 40	49,5	53,3	52,2	54,3	50,9	53,8
40 – 45	54,0	56,1	57,3	58,5	55,7	57,3
45 – 50	60,1	59,9	62,1	62,0	61,1	61,0
50 – 60	63,2	65,9	63,2	66,0	63,2	65,9
60 – 70	68,1	72,1	66,9	68,6	67,4	70,1
70 und mehr	68,4	68,2	62,5	59,9	64,4	62,5
Insgesamt	56,3	59,7	57,1	58,9	56,7	59,3

Wählerstruktur der Parteien

Zur Europawahl 1989 wurden in Nordrhein-Westfalen insgesamt 8,0 Millionen gültige Stimmen abgegeben, rd. 600 000 mehr als zur Europawahl 1984. Die nachstehenden Ausführungen stützen sich auf die 6,9 Millionen gültigen Stimmen, die in Wahllokalen abgegeben worden sind und damit in der Repräsentativstatistik widergespiegelt werden.

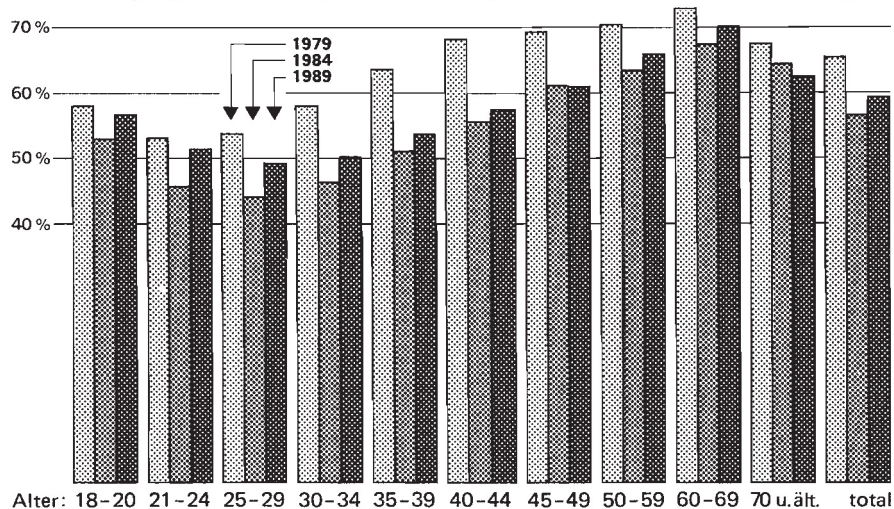
Der Anteil der von Frauen abgegebenen gültigen Stimmen liegt nach wie vor über der 50 %-Grenze, ist jedoch rückläufig:

Gültige Stimmen %

	Männer	Frauen
Europawahl 1979	46,0	54,0
Europawahl 1984	46,1	53,9
Europawahl 1989	47,3	52,7

Gemessen am landesdurchschnittlichen Frauenanteil an den gültigen Stimmen (52,7 %) hatten die CDU, die SPD und die F.D.P. überdurchschnittlich viele Frauen unter ihren Wählern (55,3 %; 53,0 %; 52,9 %), während die GRÜNEN leicht und die übrigen Parteien deutlich darunter blieben

Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 1979, 1984 und 1989 nach Altersgruppen



(52,4 %; 38,9 %). Die erstmals bei einer Europawahl angetretenen Republikaner (REP) erhielten ihre Stimmen nur zu einem Drittel von Frauen (33,4 %).

Die einzelnen Parteien lassen hinsichtlich der altersmäßigen Zusammensetzung ihrer Wähler z. T. deutliche Unterschiede erkennen:

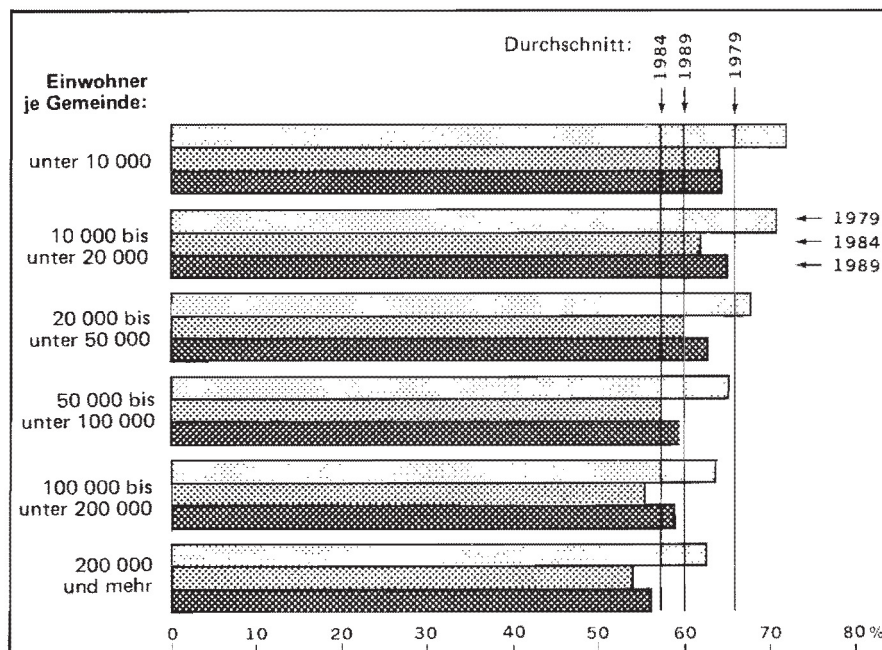
Für die beiden großen Volksparteien SPD und CDU und auch für die F.D.P. sind die 45- bis 60jährigen und die ab

60 Jahre alten Wählerinnen und Wähler die Hauptstütze, bei der SPD und z. T. auch bei der F.D.P. mit leicht rückläufiger und bei der CDU mit leicht steigender Tendenz. Immerhin waren bei der Europawahl 1989 57,0 % aller SPD-Wähler, 67,8 % aller CDU-Wähler und 56,5 % aller F.D.P.-Wähler mindestens 45 Jahre alt.

Unterhalb dieses Altersbereichs lag der Schwerpunkt der GRÜNEN-Klientel (81,4 %), allerdings mit unterschiedlichem Entwicklungsverlauf:

Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 1984 und 1989 nach Gemeindegrößenklassen und Geschlecht der Wähler						
Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Wahlbeteiligung					
	Männer		Frauen		Männer und Frauen	
	1984	1989	1984	1989	1984	1989
	%					
unter 10 000	63,2	64,7	63,7	62,8	63,4	63,7
10 000 – 20 000	61,0	65,1	61,8	64,2	61,4	64,6
20 000 – 50 000	58,9	62,8	60,1	61,9	59,5	62,3
50 000 – 100 000	56,1	59,7	57,0	58,8	56,6	59,2
100 000 – 200 000	54,7	58,9	55,6	58,0	55,2	58,4
200 000 und mehr	53,3	56,1	54,3	55,9	53,8	56,0
Insgesamt	56,3	59,7	57,1	58,9	56,7	59,3

Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 1979, 1984 und 1989
nach Gemeindegrößenklassen



Während diese Partei gegenüber der Europawahl 1984 bei den 25- bis 45jährigen anteilmäßig zulegen (+11,5 Punkte), verlor sie bei den Jungwählern offenbar an Attraktivität (-7,3 Punkte). Einen leicht gesunkenen Jungwähleranteil hatten außerdem die SPD und die CDU (-0,5 bzw. -0,9 Punkte), während die F.D.P. hier einen Zuwachs verzeichnete (+2,6 Punkte). Die Wählerstruktur der REP

lag in etwa auf landesdurchschnittlichem Niveau: 57,3 % ihrer Wähler waren mindestens 45 Jahre alt (Landesdurchschnitt: 57,5 %). Einem etwas höheren Jungwähleranteil (+2,4 Punkte) stand ein geringerer Wert bei den 25- bis 45jährigen Wählern gegenüber (-2,1 Punkte).

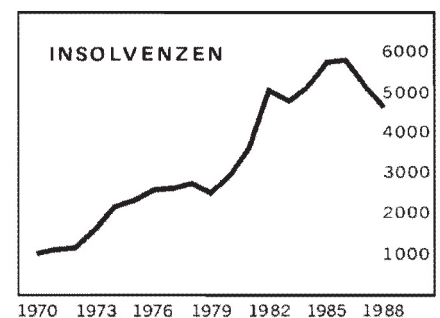
Fortsetzung auf der nächsten Seite

Insolvenzen in den ersten drei Quartalen 1989

In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden in Nordrhein-Westfalen 3 024 Anträge auf Eröffnung eines Konkurs- oder Vergleichsverfahrens gestellt, 14,6 % weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Damit fiel der Rückgang noch stärker aus als 1988 (Januar bis September 1988/1987: -10 %). Diesmal lag die Abnahmerate bei den „übrigen Gemeinschaften“ (hauptsächlich Privatpersonen und Nachlässe) mit -18,7 % deutlich höher als bei den Unternehmen (-12,8 %). Vor einem Jahr war dies noch umgekehrt gewesen (Unternehmen: -12,2 %; übrige Gemeinschaften: -4,7 %).

An der Verringerung der Unternehmenszusammenbrüche – von Januar bis September 1989 wurden 2 127 Fälle gezählt – hatten alle bedeutenden Wirtschaftsbereiche Anteil. So sank die Zahl der Insolvenzen im Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe) um 19,8 % auf 556, im Baugewerbe um 13,7 % auf 478, im Verarbeitenden Gewerbe um 11,4 % auf 374 und im Handel um 2 % auf 581.

Die seit Mitte 1986 zu beobachtende rückläufige Tendenz der Insolvenzen hat sich im Verlauf dieses Jahres so gefestigt, daß auch für das ganze Jahr 1989 mit einer Abnahme um etwa 14 % gerechnet werden kann.



In geschlechtsspezifischer Hinsicht zeigen die Wählerstrukturen der SPD, der CDU und der F.D.P. die Besonderheit, daß bei den männlichen Wählern dieser Parteien sämtliche Altersgruppen unterhalb der 60-Jahres-Schwelle anteilmäßig stärker vertreten sind als bei den Frauen, während oberhalb dieser Schwelle der Sachverhalt deutlich umgekehrt ist. Mit einer Ausnahme (Altersgruppe der 35- bis 45jährigen) gilt dies auch für die REP. Die männlichen Wähler der GRÜNEN sind nur im Altersbereich der 25- bis 45jährigen relativ stärker besetzt als die entsprechende weibliche Wählergruppe.

Altersspezifische Wahlentscheidung

Ein für die Ergebnisanalyse der Parteien wichtiger Ansatzpunkt ist die Frage, in welchem Maße die Wahlentscheidung der Wähler altersspezifisch unterschiedlich ausgefallen ist.

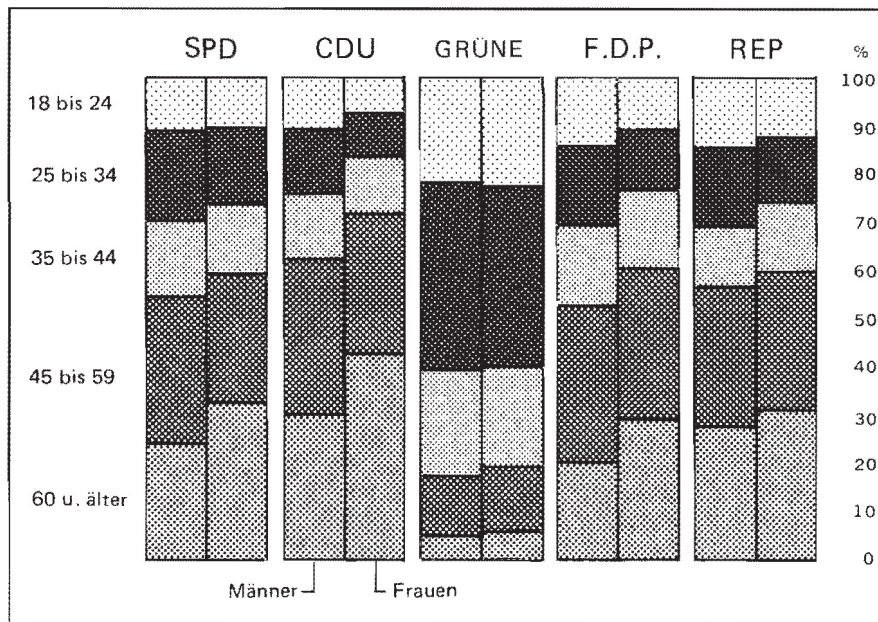
Die SPD, die in Nordrhein-Westfalen als stärkste Partei aus der Europawahl 1989 hervorgegangen ist, hat in sämtlichen Altersgruppen der Wähler eine Spitzenposition erreicht. Bei der Europawahl 1984 hatte die CDU noch bei den 35- bis 45jährigen sowie bei den ab 60 Jahre alten Wählern den ersten Platz in der Rangfolge eingenommen. Nunmehr hat die SPD bei den 35- bis 45jährigen den höchsten Stimmenzuwachs (+5,7 Punkte) und zugleich den altersspezifischen Spitzenwert (47,3 %) erzielt, der den Vergleichswert in der Gruppe der 25- bis 35jährigen (47,0 %) knapp übertraf. In der zuletzt genannten Altersgruppe von Wählern erreichte die SPD den zweitstärksten Stimmenzuwachs (+3,3 Punkte). Ein vergleichsweise etwas weniger zufriedenstellendes Ergebnis für diese Partei zeigte sich – trotz eines Stimmenzuwachs um 2,9 Punkte

Wählerschaft der Parteien bei den Europawahlen 1984 und 1989 nach Altersgruppen und Geschlecht der Wähler							
Partei Wahljahr		Gültige Stimmen der Wähler im Alter von ... bis unter ... Jahren					
		18 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 60	60 u. mehr	insgesamt
jeweilige Partei = 100							
Männer							
SPD	1984	12,5	15,2	15,7	32,8	23,8	100
	1989	11,3	18,5	15,8	30,2	24,2	100
CDU	1984	11,7	11,5	16,8	32,9	27,1	100
	1989	10,7	13,2	13,1	32,7	30,3	100
GRÜNE	1984	29,8	33,9	15,4	14,0	7,0	100
	1989	21,7	38,7	21,7	12,7	5,1	100
F.D.P.	1984	11,5	13,2	19,5	32,2	23,5	100
	1989	14,7	16,1	16,7	32,3	20,2	100
REP	1984	x	x	x	x	x	x
	1989	14,6	16,5	12,8	29,0	27,1	100
Sonstige	1984	17,0	18,4	13,7	28,3	22,6	100
	1989	19,2	17,8	13,0	23,4	26,7	100
Zusammen	1984	13,8	15,4	16,3	31,0	23,5	100
	1989	12,6	18,1	15,2	29,4	24,7	100
Frauen							
SPD	1984	10,4	13,4	14,0	27,9	34,3	100
	1989	10,5	15,8	14,4	26,6	32,7	100
CDU	1984	8,0	9,1	15,2	28,4	39,3	100
	1989	7,2	9,6	11,5	29,0	42,8	100
GRÜNE	1984	28,8	31,4	15,0	15,5	9,4	100
	1989	22,2	38,4	20,2	13,5	5,7	100
F.D.P.	1984	8,9	11,6	18,3	28,8	32,4	100
	1989	11,0	12,6	16,3	31,3	28,8	100
REP	1984	x	x	x	x	x	x
	1989	12,3	13,7	14,1	28,9	31,0	100
Sonstige	1984	13,3	21,1	14,4	25,8	25,4	100
	1989	15,1	16,9	12,9	24,7	30,3	100
Zusammen	1984	10,7	13,0	14,7	27,2	34,3	100
	1989	10,4	15,1	13,8	26,7	33,9	100
Männer und Frauen							
SPD	1984	11,4	14,2	14,8	30,2	29,4	100
	1989	10,9	17,1	15,1	28,3	28,7	100
CDU	1984	9,7	10,1	15,9	30,4	33,8	100
	1989	8,8	11,2	12,2	30,6	37,2	100
GRÜNE	1984	29,3	32,7	15,2	14,7	8,1	100
	1989	22,0	38,5	20,9	13,1	5,4	100
F.D.P.	1984	10,2	12,4	18,9	30,5	28,0	100
	1989	12,8	14,3	16,5	31,8	24,7	100
REP	1984	x	x	x	x	x	x
	1989	13,8	15,6	13,3	28,9	28,4	100
Sonstige	1984	15,0	19,9	14,1	26,9	24,1	100
	1989	17,2	17,4	13,0	23,9	28,4	100
Insgesamt	1984	12,2	14,1	15,4	28,9	29,3	100
	1989	11,4	16,5	14,5	28,0	29,5	100

– bei den 18-bis 25jährigen Jungwählern (43,4 %). Ähnlich wie bereits bei der Europawahl 1984 erzielte die SPD bei den Wählern dieser Altersgruppe das schlechteste Ergebnis. Ein unterdurchschnittlicher Stimmenanteil (44,3 %) wurde außerdem nur noch in der Altersgruppe der 60 und mehr Jahre alten Wähler festgestellt, bei einem Stimmenzuwachs von 0,7 Punkten. Eine starke Stütze für die

SPD waren die weiblichen Wähler, die in allen Altersgruppen unterhalb der 45-Jahres-Schwelle stärker für diese Partei votierten als die Männer. In diesem Zusammenhang sind vor allem die weiblichen Jungwähler zu nennen, deren Stimmenanteil für die SPD durch einen sehr deutlichen Vorsprung von 5,5 Punkten vor dem der männlichen Jungwähler gekennzeichnet war.

Wählerschaft der Parteien bei der Europawahl 1989 nach Altersgruppen und Geschlecht



Eigentlicher Verlierer der Europawahl 1989 in Nordrhein-Westfalen in sämtlichen Altersbereichen sowohl der männlichen wie der weiblichen Wähler war die CDU. Bei einem Stimmenverlust gegenüber der Europawahl 1984 von 7,0 Punkten wurde ein geradezu erdrutschartiger Einbruch in der Gruppe der 35- bis 45jährigen Wähler festgestellt (–13,7 Punkte), wobei die Frauen stärker noch als die Männer zu diesem Rückgang beigetragen haben (–13,9 bzw. –13,3 Punkte). Am glimpflichsten kam die CDU bei den mindestens 60 Jahre alten Wählern mit einer Stimmeneinbuße von –4,6 Punkten davon. In den übrigen Altersgruppen bewegten sich die Verluste zwischen –6,0 und –6,5 Punkten (45- bis 60jährige bzw. 18- bis 25jährige). Bei den männlichen Wählern ergaben sich für diese Partei insgesamt höhere Verluste (–7,5 Punkte) als bei den weiblichen Wählern (–6,5 Punkte). Ursächlich dafür waren die bei den Männern stärkeren Rückgänge des CDU-Stimmenanteils in den Altersbereichen

zwischen 45 und 60 Jahren (Männer: –6,5, Frauen: –5,4 Punkte) und ab 60 Jahren (Männer: –6,3, Frauen: –3,4 Punkte).

Die GRÜNEN als drittstärkste Partei mußten ebenfalls – allerdings leichtere – Verluste hinnehmen (–0,3 Punkte), die allein auf das Konto der männlichen Wähler gingen: Stimmeneinbußen bei den Männern (–1,2 Punkte) konnten durch entsprechende Gewinne bei den Frauen (+0,6 Punkte) nur teilweise kompensiert werden. Besonders starke Verluste erlitt diese Partei bei den männlichen und weiblichen Jungwählern (–6,0 bzw. –2,7 Punkte). Zugewinne bei den Männern ergaben sich nur im Altersbereich der 35- bis 45jährigen (+2,7 Punkte), bei den Frauen in den Altersbereichen der 25- bis 35jährigen und vor allem der 35- bis 45jährigen Wähler (+2,4 bzw. +4,0 Punkte).

Das gegenüber der Europawahl 1984 bessere Stimmenergebnis der F.D.P. (+1,1 Punkte) wurde vor allem von den weiblichen, aber auch von den männlichen Wählern bewirkt (+1,5

bzw. +0,8 Punkte). Die für diese Partei günstige Entwicklung wurde vor allem von den Jungwählern beiderlei Geschlechts getragen (jeweils +2,5 Punkte). In stärkerem Maße beteiligt waren aber auch die 45- bis 60jährigen Männer und Frauen (+1,2 bzw. +2,2 Punkte). Ein leichter Stimmenrückgang wurde nur bei den 60 und mehr Jahre alten männlichen Wählern festgestellt (–0,2 Punkte).

Die erstmals auf Bundesebene und in Nordrhein-Westfalen zur Wahl angetretenen Republikaner verdankten ihr Gesamtergebnis (4,1%) weit überwiegend den männlichen Wählern (Männer: 5,8%, Frauen: 2,6%). Von ihnen entschieden sich die Jungwähler und die älteren Wähler (60 Jahre und älter) überdurchschnittlich häufig für diese Partei (6,7 bzw. 6,4%). Unter den Frauen hoben sich ebenfalls die Jungwählerinnen, ferner die 45- bis 60jährigen Wählerinnen mit überdurchschnittlichen Stimmenanteilen für die REP heraus (3,1 bzw. 2,8%).

Ebenso wie bei der Wahlbeteiligung besteht auch zwischen der Höhe der Stimmenanteile einzelner Parteien und den Einwohnergrößtenklassen der Gemeinden, in denen die Wähler ihren Wohnsitz haben, ein gewisser Zusammenhang.

So ergaben sich z. B. für die SPD steigende Stimmenanteile in den Größenklassen von 10 000 Einwohnern an aufwärts bis zu 200 000 Einwohnern. Unterhalb und oberhalb dieses Bereichs wichen die Quoten von dieser Regel etwas ab. Über dem Landesdurchschnitt (45,5%) liegende Stimmenanteile wurden in Gemeinden der Größenordnung ab 50 000 Einwohner festgestellt. Zwischen der minimalen und maximalen Quote für die SPD ergab sich eine Differenz von 10,3 Punkten.

Bei der CDU war der Sachverhalt im wesentlichen umgekehrt: In Gemeinden von 10 000 Einwohnern an aufwärts sanken die Stimmenanteile mit wachsender Gemeindegröße. In der kleinsten Gemeindegrößenklasse (unter 10 000 Einwohner) erzielte die CDU die zweithöchste Quote. Über dem Gesamtdurchschnitt (34,2 %) für diese Partei liegende Vergleichswerte wurden in den Größenklassen unterhalb von 50 000 Einwohnern festgestellt.

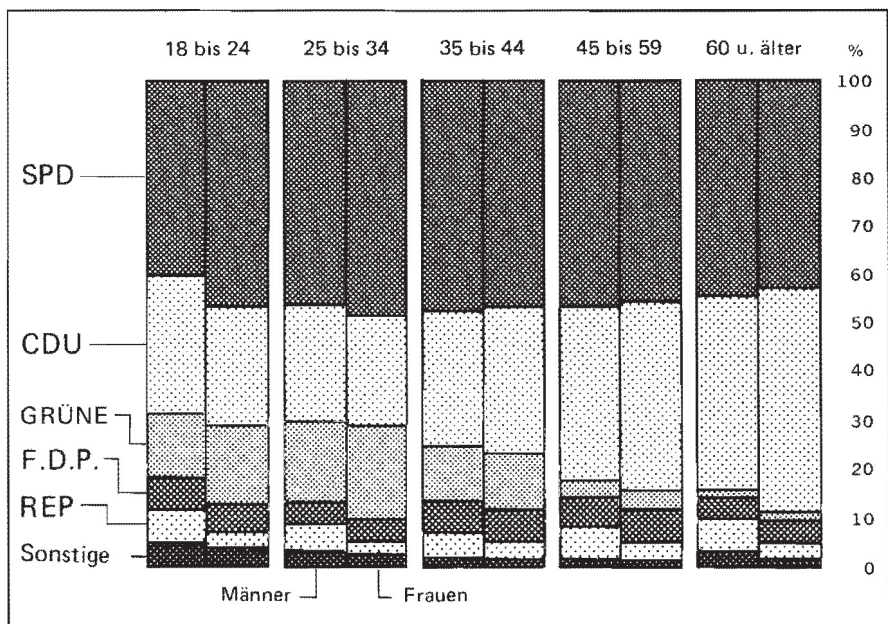
Für die GRÜNEN bestand eine ähnliche Abhängigkeit zwischen der Höhe des Stimmenanteils und der Gemeindegröße wie bei der SPD: Der geringste Stimmenanteil wurde in Gemeinden zwischen 10 000 und 20 000 Einwohnern, der höchste in Großstädten mit 200 000 und mehr Einwohnern festgestellt (maximale Differenz: 2,8 Punkte). Auch hier wich der Stimmenanteil in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern vom Regelverlauf ab.

Bei der F.D.P. zeigte der Merkmalszusammenhang Parallelen zur CDU. Die größten Erfolge erzielte die F.D.P. in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern, die geringsten in Großstädten mit weniger als 200 000 Einwohnern (maximale Differenz: 0,9 Punkte). In Großstädten ab 200 000 Einwohnern erreichte sie wieder den Durchschnittswert (5,4 %).

Die Stimmen für die REP kamen überwiegend von Wählern aus Mittel- und Großstädten. In den Gemeindegrößenklassen von 50 000 Einwohnern an aufwärts erreichte diese Partei über dem Durchschnitt (4,1 %) liegende Stimmenquoten. Die Differenz zwischen dem minimalen Wert in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern und der besonders hohen Quote in Großstädten betrug 1,9 Punkte.

Wahlentscheidung der Männer und Frauen bei den Europawahlen 1984 und 1989 nach Altersgruppen												
Partei	Gültige Stimmen der Wähler im Alter von ... bis unter ... Jahren											
	18 – 25		25 – 35		35 – 45		45 – 60		60 u. mehr		zusammen	
	1984	1989	1984	1989	1984	1989	1984	1989	1984	1989	1984	1989
jeweilige Altersgruppe = 100												
Männer												
SPD	39,1	40,7	42,8	46,2	42,0	47,2	46,0	46,5	43,8	44,4	43,4	45,3
CDU	33,7	27,6	29,6	23,6	41,3	28,0	42,4	35,9	46,0	39,7	39,9	32,4
GRÜNE	19,6	13,6	20,0	16,9	8,6	11,3	4,1	3,4	2,7	1,6	9,1	7,9
F.D.P.	3,9	6,4	4,0	4,8	5,5	6,0	4,8	6,0	4,6	4,4	4,6	5,4
REP	x	6,7	x	5,3	x	4,9	x	5,7	x	6,4	x	5,8
Sonstige	3,7	5,0	3,6	3,2	2,5	2,7	2,7	2,5	2,9	3,5	3,0	3,2
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Frauen												
SPD	42,1	46,2	44,6	47,8	41,2	47,5	44,5	45,5	43,5	44,2	43,4	45,8
CDU	31,6	24,8	29,6	22,7	43,6	29,7	44,3	38,9	48,6	45,2	42,4	35,9
GRÜNE	19,2	16,5	17,3	19,7	7,3	11,3	4,1	3,9	2,0	1,3	7,2	7,8
F.D.P.	3,3	5,8	3,6	4,5	5,0	6,4	4,2	6,4	3,8	4,6	4,0	5,5
REP	x	3,1	x	2,4	x	2,6	x	2,8	x	2,4	x	2,6
Sonstige	3,7	3,7	4,9	2,8	2,9	2,5	2,8	2,4	2,2	2,3	3,0	2,5
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Männer und Frauen												
SPD	40,5	43,4	43,7	47,0	41,6	47,3	45,3	46,0	43,6	44,3	43,4	45,5
CDU	32,7	26,2	29,6	23,2	42,5	28,8	43,4	37,4	47,6	43,0	41,2	34,2
GRÜNE	19,4	15,0	18,7	18,2	7,9	11,3	4,1	3,7	2,2	1,4	8,1	7,8
F.D.P.	3,6	6,1	3,8	4,7	5,3	6,2	4,5	6,2	4,1	4,6	4,3	5,4
REP	x	5,0	x	3,9	x	3,8	x	4,2	x	3,9	x	4,1
Sonstige	3,7	4,3	4,2	3,0	2,7	2,5	2,8	2,5	2,5	2,8	3,0	2,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Wahlentscheidung der Männer und Frauen bei der Europawahl 1989 nach Altersgruppen



Wahlentscheidung der Männer und Frauen bei den Europawahlen 1984 und 1989 nach Gemeindegrößenklassen

Partei	Gültige Stimmen der Wähler in Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern													
	unter 10 000		10 000 – 20 000		20 000 – 50 000		50 000 – 100 000		100 000 – 200 000		200 000 – und mehr		zusammen	
	1984	1989	1984	1989	1984	1989	1984	1989	1984	1989	1984	1989	1984	1989
	%													
Männer														
SPD	35,4	41,5	36,7	39,0	39,7	43,0	43,8	46,0	48,3	49,1	47,3	47,7	43,4	45,3
CDU	49,6	39,0	48,1	41,1	44,9	36,5	39,7	31,9	35,6	29,0	34,3	27,4	39,9	32,4
GRÜNE	7,5	7,1	7,6	6,6	8,2	6,8	8,9	7,3	9,1	7,2	10,5	9,5	9,1	7,9
F.D.P.	5,1	6,0	5,1	5,6	4,8	5,5	4,7	5,5	3,8	4,9	4,5	5,4	4,6	5,4
REP	x	3,9	x	4,8	x	5,1	x	6,1	x	6,3	x	6,5	x	5,8
Sonstige	2,4	2,4	2,6	2,8	2,5	3,1	2,9	3,2	3,2	3,5	3,4	3,5	3,0	3,2
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Frauen														
SPD	34,5	40,6	35,1	38,3	38,8	43,0	43,9	46,7	48,6	48,7	47,9	48,9	43,4	45,8
CDU	52,5	42,7	51,8	45,3	48,2	40,3	42,1	35,3	37,8	32,8	36,6	30,9	42,4	35,9
GRÜNE	5,9	7,0	6,3	6,4	6,4	6,9	6,8	7,2	7,1	7,5	8,2	9,0	7,2	7,8
F.D.P.	4,3	5,8	4,4	5,8	3,8	5,4	4,2	5,6	3,5	5,0	4,1	5,5	4,0	5,5
REP	x	1,6	x	1,7	x	2,1	x	2,8	x	3,1	x	3,0	x	2,6
Sonstige	2,7	2,3	2,3	2,6	2,8	2,3	3,1	2,4	3,0	2,8	3,3	2,7	3,0	2,5
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Männer und Frauen														
SPD	34,9	41,1	35,9	38,6	39,2	43,0	43,8	46,4	48,4	48,9	47,6	48,3	43,4	45,5
CDU	51,1	40,9	50,0	43,3	46,7	38,4	41,0	33,7	36,8	31,0	35,6	29,3	41,2	34,2
GRÜNE	6,7	7,1	6,9	6,5	7,2	6,9	7,8	7,2	8,0	7,4	9,2	9,3	8,1	7,8
F.D.P.	4,7	5,9	4,7	5,7	4,2	5,4	4,4	5,5	3,6	5,0	4,3	5,4	4,3	5,4
REP	x	2,7	x	3,2	x	3,5	x	4,3	x	4,6	x	4,6	x	4,1
Sonstige	2,6	2,4	2,5	2,7	2,7	2,7	3,0	2,8	3,1	3,2	3,4	3,1	3,0	2,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Die geschlechtsspezifische Gliederung der Wahlergebnisse in den Gemeindegrößenklassen zeigt für die SPD, die GRÜNEN sowie für die F.D.P. keine nennenswerte Auffälligkeit. Bei diesen Parteien weichen die Stimmenquoten der Männer und Frauen in den verschiedenen Gemeindegrößenklassen in der Regel nur um weniger als einen Prozentpunkt voneinander ab (Ausnahme: SPD mit 1,2 Punkten in Großstädten ab 200 000 Einwohner).

Die CDU erreichte demgegenüber in allen Gemeindegrößenklassen bei Frauen deutlich höhere Stimmenanteile als bei Männern (um 3,4 bis 4,2 Punkte).

Bei den REP schließlich lagen die Quoten der Männer um 2 bis 2,8 mal so hoch wie die für die Frauen errechneten Vergleichswerte.

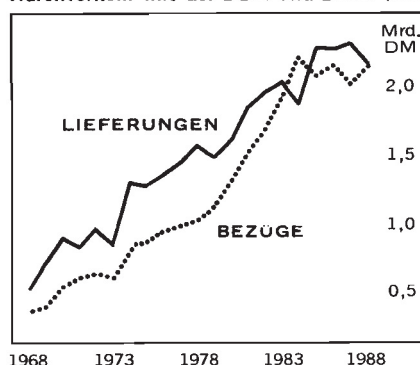
Warenverkehr mit der DDR Januar bis September 1989

Der Warenverkehr zwischen Nordrhein-Westfalen und der DDR (einschl. Ostberlin) erreichte in den ersten neun Monaten 1989 ein Volumen von 3,446 Milliarden DM; das waren 373,9 Millionen oder 12,2 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dabei stieg der Wert der Lieferungen an die DDR um 13,8 % auf 1,716 Mrd. DM, während der Wert der Bezüge aus der DDR um 10,6 % auf 1,73 Mrd. DM zunahm.

Bei den Bezügen NRW aus der DDR wurden Zuwächse gegenüber Januar bis September 1988 ermittelt u. a. bei Eisen-, Blech- und Metallwaren (Warenwert: 69,1 Mill. DM; +25 %), Eisen und Stahl (310,8 Mill. DM; +23,1 %), NE-Metallen und -Metallhalbzeug (241,2 Mill. DM; +18,6 %), chemischen Erzeugnissen

(308,6 Mill. DM; +17,7 %), elektrotechnischen Erzeugnissen (80,6 Mill. DM; +10,5 %) und Maschinenbauerzeugnissen (114,9 Mill. DM; +8,7 %).

Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)



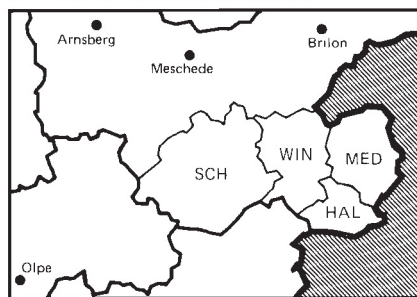
Die positive Entwicklung bei den nordrhein-westfälischen Lieferungen resultierte hauptsächlich aus Zuwächsen bei Maschinenbauerzeugnissen (359,7 Mill. DM; +41,6 %), NE-Metallen und NE-Metallhalbzeug (161,6 Mill. DM; +40,7 %), elektrotechnischen Erzeugnissen (64,8 Mill. DM; +26,9 %), Eisen und Stahl (364,4 Mill. DM; +12,8 %), Erzeugnissen der Ziehereien und Kaltwalzwerke (47,7 Mill. DM; +10 %) und chemischen Erzeugnissen (360,2 Mill. DM; +8,1 %).

Eine Region im Hochsauerland mit typischer Sozialstruktur

Zur optimalen Abgrenzung von Regionen wurde im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen ein Verfahren entwickelt, mit dem benachbarte Gemeinden zu Gemeindegruppen zusammengefaßt werden. Die Zuordnung der einzelnen Gemeinden zu einer Region erfolgt dabei nach den wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Merkmalen. „Optimal“ ist die Zuordnung dann, wenn sich die Merkmalsausprägungen von Gemeinde zu Gemeinde innerhalb der Regionen so wenig und zwischen den Regionen so viel wie möglich unterscheiden. Am „wichtigsten“ sind diejenigen Merkmale, mit denen die Forderung nach minimalen Unterschieden innerhalb und maximalen Unterschieden zwischen den Regionen am besten erfüllt wird. Der Unterschied zwischen Gemeinden bzw. Regionen wird clusteranalytisch mit der Mahalanobis-Distanz, die Wichtigkeit der Merkmale diskriminanzanalytisch mit Hilfe der „standardisierten kanonischen Koeffizienten“ objektiv gemessen. Die Einzelheiten des Verfahrens sind an anderer Stelle dokumentiert¹⁾. In den Heften 5/1989 (Region „Nördlicher Eifelrand“) und 8/1989 (Region „Einzugsbereich der Bundeshauptstadt“) der Statistischen Rundschau Nordrhein-Westfalen sowie in diesem und in weiteren Aufsätzen werden einige Regionen, die sich bei den bisherigen Untersuchungen als im o.a. Sinne optimal abgrenzbar erwiesen haben, detailliert dargestellt. Zur Beschreibung der Regionen und der zu ihnen gehörenden Gemeinden werden bis zu 65 wirtschaftliche und soziale Merkmale verwendet. Die genauen Bezeichnungen dieser Merkmale mit ihren Maßeinheiten sowie die Quellenangaben

wurden im Heft 11/1987 dieser Zeitschrift zusammengestellt²⁾; die Berichtsjahre wurden demgegenüber so weit wie möglich aktualisiert. Bei den meisten Merkmalen wurde das Jahr 1987 zugrundegelegt. Auf davon abweichende Berichtsjahre wird im folgenden besonders hingewiesen.

SÜDLICHES HOCHSAUERLAND



SCH = Schmallenberg, WIN = Winterberg,
MED = Medebach, HAL = Hallenberg

Die direkt oder indirekt benachbarten vier Gemeinden Winterberg, Schmallenberg, Hallenberg und Medebach sind dadurch gekennzeichnet, daß sie sich nach vielen Merkmalen der Sozialstruktur und darunter vor allem nach der Prägung durch den Fremdenverkehr und den Ergebnissen politischer Wahlen sehr ähnlich sind. Nach ihrer Lage wird die von diesen Gemeinden gebildete Region hier als „Südliches Hochsauerland“ bezeichnet. Die zur Beschreibung des Gebietes verwendeten 65 Merkmale werden zu 16 Merkmalsgruppen – jeweils bezeichnet durch ein kennzeichnendes Stichwort – zusammengefaßt. Jedes Merkmal ist mit seiner im Heft 11/1987 dieser Zeitschrift verwendeten laufenden Nummer versehen, die in den folgenden Tabellen wiedergegeben wird. Die aufgeführten Merkmalswerte der einzelnen Gemeinden sind nicht die ursprünglichen Daten, sondern dimensionslose – und damit bei Merkmalen mit unterschiedlichen Maßeinheiten vergleichbare – standardisierte Meßwerte. Die Standardi-

sierung erfolgte, indem gesondert für jedes Merkmal von den Werten der einzelnen Gemeinden das ungewogene arithmetische Mittel aller 396 Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen subtrahiert und jede dieser Differenzen durch die (deskriptive) ungewogene Standardabweichung der 396 Gemeinden dividiert wurde. Die standardisierten Gemeindewerte haben je Merkmal über alle 396 Gemeinden das arithmetische Mittel Null und die Standardabweichung 1.

Die Merkmalsgruppe „Flächennutzung“ umfaßt neben den Anteilen verschiedener Nutzungsarten an der Katasterfläche auch die Bevölkerungsdichte. Die einzelnen Merkmale sind der Anteil der Gebäude-, Betriebs- und Verkehrsfläche (I. d. Nr. 1; Berichtsjahr 1985), der Anteil der Erholungs-, Landwirtschafts-, Wald- und Wasserfläche (2; Berichtsjahr 1985) und die Anzahl der Einwohner je km² (3).

Die „Bevölkerungsstruktur“ wird hier durch den Anteil bestimmter Altersklassen sowie den Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung gemessen. Die Merkmale sind der Anteil der Einwohner im Alter von unter 18 Jahren (4), der Anteil der Einwohner im Alter ab 65 Jahren (5) und der Anteil der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (8).

Die Merkmalsgruppe „Bevölkerungsbewegung“ umfaßt die Veränderung der Einwohnerzahl, die natürliche Bevölkerungsbewegung – Geburten und Sterbefälle – und die Wanderungen sowie die Anteile der Ausländer und der Erwerbspersonen an den Wanderungen. Im einzelnen gehören dazu die folgenden zehn Merkmale: Veränderungsrate der Einwohnerzahl innerhalb des Berichtsjahres (6), Veränderungsrate der Einwohnerzahl in den 10 Jahren seit 1977 (7), Anzahl der Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner

1) Vgl. Wolfgang Gerß: Abgrenzung von Regionen nach wirtschaftlichen und sozialen Merkmalen. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 1/1989, S. 17 ff.

2) Vgl. Wolfgang Gerß: Ein Modell zur Zusammenfassung verschiedener wirtschaftlicher und sozialer Daten für Gemeinden. Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 11/1987, S. 729 ff.

(9), Anzahl der Gestorbenen je 1 000 Einwohner (10), Anzahl der Zuzüge je 1 000 Einwohner (11), Anzahl der Fortzüge je 1 000 Einwohner (12), Anteil der Ausländer an den Zuzügen (13), Anteil der Ausländer an den Fortzügen (14), Anteil der Erwerbspersonen an den Zuzügen (15), Anteil der Erwerbspersonen an den Fortzügen (16).

Als Merkmale des „Wahlverhaltens“ gelten hier die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen und die Stimmenanteile der vier größten Parteien bei der Bundestagswahl. Die Merkmale sind der Anteil der abgegebenen Stimmen an den Wahlberechtigten der Kommunalwahlen 1984 (17) sowie die Zweitstimmenanteile der CDU (18), der SPD (19), der F.D.P. (20) und der GRÜNEN (21) bei der Bundestagswahl 1987.

Die Beschreibung des „Gesundheitswesens“ beschränkt sich hier auf die Anzahl der betriebenen Betten in Allgemeinkrankenhäusern je 1 000 Einwohner (22). In Hallenberg und Medebach gibt es kein Allgemeinkrankenhaus.

Als Merkmale des „Bildungswesens“ werden die Anzahl der auf einen Lehrer entfallenden Grundschüler (23), der Anteil der Ausländer an den Grundschulern (24) und die Anteile der Hauptschüler (25), Realschüler (26) und Gymnasiasten (27) an den Schülern des siebten Schuljahrganges verwendet. In Winterberg, Hallenberg und Medebach gibt es keine Realschule, in Hallenberg kein Gymnasium.

Zur Merkmalsgruppe „Wohnungswesen“ gehören der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden (42) und der Anteil der an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossenen Einwohner an der Gesamtbevölkerung

Flächennutzung				
Merkmal-Nr.	Stadt			
	Winterberg	Schmallenberg	Hallenberg	Medebach
1	-0,7315	-1,0054	-0,7934	-0,9259
2	+0,7608	+1,0191	+0,8108	+0,9524
3	-0,6905	-0,7285	-0,7463	-0,7744

Bevölkerungsstruktur				
Merkmal-Nr.	Stadt			
	Winterberg	Schmallenberg	Hallenberg	Medebach
4	-0,9117	+1,4066	+0,7497	+0,2474
5	+0,9974	+0,1998	+0,5776	+1,7531
8	-0,5909	-0,7678	-0,6929	-1,2634

Bevölkerungsbewegung				
Merkmal-Nr.	Stadt			
	Winterberg	Schmallenberg	Hallenberg	Medebach
6	-2,4180	-0,9764	-0,5520	-2,1474
7	+0,4390	-0,6116	-0,3526	-0,8563
9	-1,3447	+0,4648	-0,0344	-1,3447
10	+0,4044	+0,3058	-0,8780	+0,1578
11	-0,2108	-0,6972	-0,5292	-0,7680
12	+0,4172	-0,4612	-0,3314	-0,2765
13	-0,0064	-0,0135	+0,2214	-1,4856
14	-0,1169	+0,1641	-1,1229	-1,1252
15	+0,1604	-0,1033	+0,0371	-0,3694
16	-0,7828	-0,6761	+0,5249	-0,5120

Wahlverhalten				
Merkmal-Nr.	Stadt			
	Winterberg	Schmallenberg	Hallenberg	Medebach
17	+0,6604	+0,5827	+1,9622	+0,4855
18	+1,6151	+1,7975	+2,4694	+2,3351
19	-1,4966	-1,4673	-1,9945	-2,0140
20	-0,1906	-0,6495	-1,0667	-0,4409
21	-0,7013	-1,3141	-1,9269	-1,6546

Gesundheitswesen				
Merkmal-Nr.	Stadt			
	Winterberg	Schmallenberg	Hallenberg	Medebach
22	+0,5076	+1,2679	+0,8239	-0,8239

(63; Berichtsjahr 1983) sowie die Durchschnittszahlen der Wohnfläche je fertiggestellte Wohnung (43), der Wohnräume je vorhandene Wohnung (45) und der Wohnungen je vorhandenes Wohngebäude (44). Dazu kommt die für die Gewährung von Wohngeld maßgebliche Mietenstufe, die in der Wohngeldstatistik auf einer Fünf-Stufen-Skala gemessen wird (55). Alle vier Gemeinden nehmen auf dieser Skala die unterste Stufe ein. Der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden betrug in Hallenberg 100 %.

Der „Wohlstand“ der Bevölkerung wird hier an Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen (57; Berichtsjahr 1986) sowie verfügbares Einkommen (56; Berichtsjahr 1986) je Einwohner – und an dem Anteil von Privatleuten an den Insolvenzen (54) gemessen. In Hallenberg und Medebach betrug der letztgenannte Anteil Null.

In der Merkmalsgruppe „Arbeitnehmerstruktur“ sind der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Beschäftigten (34), der Anteil der Männer an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern (35) und der Anteil der Personen mit Dienstleistungsberufen an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern (36) zusammengefaßt.

Die „Wirtschaftskraft“ wird an der zu Marktpreisen (59; Berichtsjahr 1986) und zu Faktorkosten (60; Berichtsjahr 1986) bewerteten Bruttowertschöpfung sowie an den Bruttoanlageinvestitionen (58; Berichtsjahr 1986) gemessen. Diese Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden dabei auf die Anzahl der Erwerbstätigen bezogen.

Bildungswesen				
Merkmal-Nr.	Stadt			
	Winterberg	Schmallenberg	Hallenberg	Medebach
23	+1,4419	+0,9535	+0,6693	+1,4360
24	-1,1152	-0,4193	-0,8687	-1,0717
25	-0,2043	-0,0391	-0,1379	-0,2082
26	-1,4268	+0,5185	-1,4268	-1,4268
27	+0,5909	+0,6454	-1,1644	+1,9134

Wohnungswesen				
Merkmal-Nr.	Stadt			
	Winterberg	Schmallenberg	Hallenberg	Medebach
42	-1,5793	-0,4740	+0,8156	-2,5373
63	+0,4822	-0,1548	+0,4138	+0,3792
43	-1,2898	+0,0859	+1,0439	-1,4104
45	-0,6169	+0,8503	+0,5400	+0,7653
44	+0,4422	-0,2924	-0,5988	-0,5755
55	-1,3139	-1,3139	-1,3139	-1,3139

Wohlstand				
Merkmal-Nr.	Stadt			
	Winterberg	Schmallenberg	Hallenberg	Medebach
57	-1,6394	-0,9459	-1,0247	-1,5673
56	-1,4033	-1,0841	-0,9909	-1,6179
54	-0,4189	-0,4189	-0,9183	-0,9183

Arbeitnehmerstruktur				
Merkmal-Nr.	Stadt			
	Winterberg	Schmallenberg	Hallenberg	Medebach
34	-0,4086	-0,0314	-0,7858	-0,4760
35	-1,2234	-0,7935	+1,5316	+0,9583
36	+1,3941	-0,0342	-1,5740	-0,4359

Wirtschaftskraft				
Merkmal-Nr.	Stadt			
	Winterberg	Schmallenberg	Hallenberg	Medebach
59	-1,0704	-0,7001	-1,0063	-0,6468
60	-1,2290	-0,7651	-1,1448	-0,6733
58	-0,2512	-0,2338	-0,3433	+0,2006

Die „Branchenstruktur“ zeigt sich in den Anteilen verschiedener Wirtschaftsbereiche an der Gesamtzahl der Beschäftigten. Dabei werden die folgenden sechs Wirtschaftsbereiche unterschieden: Land- und Forstwirtschaft (28); Energie-/Wasserversorgung und Bergbau (29); Verarbeiten-

des Gewerbe und Baugewerbe (30); Handel und Verkehr/Nachrichtenübermittlung (31); Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, Dienstleistungsunternehmen und freie Berufe

(32); Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte (33). Mit Ausnahme des Bereichs Energie-/Wasserversorgung und Bergbau in Hallenberg ist jeder Wirtschaftsbereich in allen Gemeinden vertreten.

Die „Betriebsgrößen“ werden hier an der Anzahl der Beschäftigten je Betrieb im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (37) sowie an der Größe der landwirtschaftlich genutzten Fläche je landwirtschaftlichen Betrieb (38) gemessen.

Die Merkmalsgruppe „Beherbergungswesen“ umfaßt die Anzahl der Betten in Beherbergungsstätten je 1 000 Einwohner (39), die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Beherbergungsstätten (40) und den Anteil der ausländischen Gäste an den Übernachtungen in Beherbergungsstätten (41).

Zur Merkmalsgruppe „Straßenverkehr“ gehören der Bestand an Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner (47), der Anteil der Personenkraftwagen am gesamten Kraftfahrzeugbestand (46), die Anzahl der Straßenverkehrsunfälle je 1 000 Einwohner (48) und der Anteil der Unfälle mit Personenschaden an der Gesamtzahl der Straßenverkehrsunfälle (49).

Zur Merkmalsgruppe „Öffentliche Finanzen“ werden hier die Realsteuermkraft (50) und Steuereinnahmekraft (51) und die Höhe der öffentlichen Schulden (52) – jeweils je Einwohner – sowie die Hebesätze der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (53) gerechnet. Die Hebesätze der Gewerbesteuer sind in Winterberg, Schmallenberg und Hallenberg gleich hoch.

Die „Entsorgung“ wird durch die eingesammelte Abfallmenge (Haus- und Sperrmüll) je entsorgten Einwohner (61; Berichtsjahr 1984), das Sonderabfallaufkommen (Produzierendes Ge-

Branchenstruktur				
Merkmal-Nr.	Stadt			
	Winterberg	Schmallenberg	Hallenberg	Medebach
28	-0,3569	+0,3087	+1,2311	+2,0316
29	-0,2396	-0,2787	-0,3252	-0,0610
30	-0,8348	-0,0469	+0,7399	-0,8422
31	+0,0824	-1,2216	-1,2803	+0,4464
32	+2,7827	+2,0093	-0,2320	-0,0142
33	-0,2378	-0,6996	-1,1113	-0,8600

Betriebsgrößen				
Merkmal-Nr.	Stadt			
	Winterberg	Schmallenberg	Hallenberg	Medebach
37	-0,8664	-0,5582	-0,2791	-0,6789
38	-0,9263	-0,6525	-1,3763	-0,7127

Beherbergungswesen				
Merkmal-Nr.	Stadt			
	Winterberg	Schmallenberg	Hallenberg	Medebach
39	+11,0001	+4,5229	+2,0962	+1,7968
40	+0,6393	+0,7966	+0,7966	+1,3475
41	+1,3283	+0,3109	+1,7575	+2,1247

Straßenverkehr				
Merkmal-Nr.	Stadt			
	Winterberg	Schmallenberg	Hallenberg	Medebach
47	-2,0102	-0,8279	-1,7952	+0,6768
46	-0,0008	-0,5792	-2,8525	-2,9912
48	-1,3257	-0,5775	-1,1190	-1,1481
49	+0,6068	-0,1579	+0,7586	+0,4550

Öffentliche Finanzen				
Merkmal-Nr.	Stadt			
	Winterberg	Schmallenberg	Hallenberg	Medebach
50	-0,4106	-0,4940	+0,4437	-0,6823
51	-0,7986	-0,7277	-0,1727	-0,9310
52	+1,0862	-0,8558	-0,8556	+1,0827
53	-0,7657	-0,7657	-0,7657	+0,2446

werbe und Krankenhäuser) je Einwohner (62; Berichtsjahr 1984), den Anteil der an öffentlichen Kläranlagen angeschlossenen Einwohner an der Gesamtbevölkerung (64; Berichtsjahr 1983) und den Anteil der in biologischen Kläranlagen behandelten Abwassermengen (65; Berichtsjahr 1983)

gekennzeichnet. In Medebach wird das gesamte Abwasser in biologischen Kläranlagen behandelt.

An den standardisierten Werten ist direkt abzulesen, ob eine Gemeinde nach einem Merkmal – im Verhältnis zu der merkmaltypischen üblichen Streuung – relativ besonders weit über (positiver standardisierter Wert) oder unter (negativer Wert) dem Durchschnitt der 396 nordrhein-westfälischen Gemeinden liegt. Extreme standardisierte Einzelwerte – mit Absolutbeträgen von mehr als 2 – treten in den folgenden Fällen auf:

- Veränderungsrate der Einwohnerzahl innerhalb des Berichtsjahres; Winterberg (–), Medebach (–)
- Stimmenanteil der CDU bei der Bundestagswahl; Hallenberg (+), Medebach (+)
- Stimmenanteil der SPD bei der Bundestagswahl; Medebach (–)
- Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden; Medebach (–)
- Anteil der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft; Medebach (+)
- Anteil der Beschäftigten in Kreditinstituten, Versicherungsgewerbe, Dienstleistungsunternehmen und freien Berufen; Winterberg (+), Schmallenberg (+)
- Anzahl der Betten in Beherbergungsstätten je 1 000 Einwohner; Winterberg (+), Schmallenberg (+), Hallenberg (+)
- Anteil der ausländischen Gäste an den Übernachtungen in Beherbergungsstätten; Medebach (+)
- Anteil der Personenkraftwagen am gesamten Kraftfahrzeugbestand; Medebach (–), Hallenberg (–)
- Bestand an Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner; Winterberg (–)

Dabei fallen vor allem die Werte des Merkmals „Anzahl der Betten in Beherbergungsstätten je 1 000 Einwohner“ für die Fremdenverkehrsgemeinden Winterberg (+11,0001) und Schmallenberg (+4,5229) aus dem Rahmen.

Entsorgung				
Merkmal-Nr.	Stadt			
	Winterberg	Schmallenberg	Hallenberg	Medebach
61	–0,0149	+0,3799	+0,6248	–0,4005
62	–0,1884	–0,1896	–0,0502	–0,1924
64	+0,0710	–1,5974	+0,6553	+0,1401
65	–1,2785	–1,8799	–1,5094	+0,5658

Für die Kennzeichnung der Region haben diejenigen Merkmale eine besondere Bedeutung, deren Werte in allen zugehörigen Gemeinden einheitlich über oder einheitlich unter dem Durchschnitt der 396 Gemeinden liegen. Dies ist bei 33 der 65 untersuchten Merkmale der Fall. Hierin zeigt sich der hohe Grad an Homogenität der Region. Danach ist die Flächennutzung aller vier Gemeinden der Region durch einen einheitlich hohen Anteil der Erholungs-, Landwirtschafts-, Wald- und Wasserfläche sowie durch einen einheitlich niedrigen Anteil der Gebäude-, Betriebs- und Verkehrsfläche und eine geringe Anzahl der Einwohner je km² gekennzeichnet. Bei der Bevölkerungsstruktur fällt der hohe Anteil der Einwohner im Alter ab 65 Jahren und der niedrige Anteil der Einwohner ohne deutsche Staatsangehörigkeit auf. Von den Merkmalen der Bevölkerungsbewegung erreichen die Veränderungsrate der Einwohnerzahl innerhalb des Berichtsjahres und die Anzahl der Zuzüge je 1 000 Einwohner einheitlich unterdurchschnittliche Werte. Nach allen untersuchten Merkmalen des Wählerverhaltens sind sich die vier Gemeinden sehr ähnlich. Die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen und der Stimmenanteil der CDU bei der Bundestagswahl sind sehr hoch, die Stimmenanteile der SPD, der F.D.P. und der GRÜNEN bei der Bundestagswahl dagegen niedrig. Das Bildungswesen ist durch eine große Anzahl der Grundschüler je Grundschullehrer sowie durch niedrige Anteile der Ausländer an den Grundschülern und der Hauptschüler an den Schülern des siebten Schuljahrgangs charakterisiert. Im Wohnungswesen fällt nur die einheitlich niedrige Mie-

tenstufe nach der Wohngeldstatistik auf. Die Merkmale des Wohlstands – Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen und verfügbares Einkommen je Einwohner sowie Anteil von Privatleuten an den Insolvenzen – haben in der Region unterdurchschnittliche Werte. Bei der Arbeitnehmerstruktur tritt der niedrige Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Beschäftigten hervor. Die Wirtschaftskraft weist niedrige Werte nach der zu Marktpreisen oder zu Faktorkosten bewerteten Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen auf. Die Branchenstruktur ist durch niedrige Anteile der Beschäftigten in den Wirtschaftsbereichen Energie-/Wasserversorgung/Bergbau sowie Gebietskörperschaften / Sozialversicherung/ Organisationen ohne Erwerbszweck/ private Haushalte gekennzeichnet. Auch die durchschnittliche Betriebsgröße ist sowohl nach der Anzahl der Beschäftigten je Betrieb im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe als auch nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche je landwirtschaftlichen Betrieb in allen vier Gemeinden gering. Nach den untersuchten Merkmalen des Beherbergungswesens – Anzahl der Betten in Beherbergungsstätten je 1 000 Einwohner, durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Beherbergungsstätten und Anteil der ausländischen Gäste an den Übernachtungen in Beherbergungsstätten – liegt die gesamte Region dagegen über dem Durchschnitt. Die prägenden Merkmale des Straßenverkehrs sind der niedrige Anteil der Personenkraftwagen am Kraftfahrzeugbestand und die geringe Anzahl der Straßenverkehrsunfälle je 1 000 Einwohner. Von

den Merkmalen der öffentlichen Finanzen ist die Steuereinnahmekraft je Einwohner einheitlich gering. Auch die Entsorgung weist mit dem Sonderabfallaufkommen je Einwohner ein in allen vier Gemeinden unterdurchschnittlich ausgeprägtes Merkmal auf.

Im gewogenen Durchschnitt aller vier Gemeinden der Region weichen die (unstandardisierten) Werte der einzelnen Merkmale mehr oder weniger weit nach oben bzw. unten von den entsprechenden Landesdurchschnitten – d. h. den gewogenen Durchschnitten aller 396 Gemeinden – ab. Je stärker diese Abweichung ist, desto charakteristischer ist das Merkmal für die Region. Die weitaus stärkste prozentuale Abweichung ergibt sich bei der Anzahl der Betten in Beherbergungsstätten je 1 000 Einwohner, die in der Region mehr als das 26fache des Landesdurchschnitts beträgt. Die zweitstärkste Abweichung weist der Anteil des Wirtschaftsbereichs Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtzahl der Beschäftigten auf, der fast fünfmal so hoch wie im Landesdurchschnitt ist. Sehr starke prozentuale Abweichungen bestehen auch beim Sonderabfallaufkommen je Einwohner, das in der Region um 97 % unter dem Landesdurchschnitt liegt, sowie beim Anteil des Wirtschaftsbereichs Energie-/Wasserversorgung/Bergbau an der Gesamtzahl der Beschäftigten (um 86 % unter dem Landesdurchschnitt) und bei der Anzahl der Einwohner je km² (um 84 % unter dem Landesdurchschnitt).

Der Grad der Einheitlichkeit der zu der Region gehörenden Gemeinden kann in bezug auf jedes Merkmal durch den Variationskoeffizienten der (unstandardisierten) Merkmalswerte über alle Gemeinden gemessen werden. Je geringer die Variation für ein Merkmal ist, desto homogener ist die Region in dieser Hinsicht. Von den 65 untersuchten Merkmalen haben 12 – d. h. recht viele – sehr kleine Variationskoeffizienten mit Beträgen von weniger als 0,05. Damit wird der erwähnte ho-

he Grad an Homogenität der Region bestätigt. Die Merkmale mit den kleinsten Variationskoeffizienten sind (in Klammern Betrag des Koeffizienten):

- Mietenstufe nach der Wohngeldstatistik (Null)
- Anteil der Erholungs-, Landwirtschafts-, Wald- und Wasserfläche (0,0136)
- Anzahl der Grundschüler je Grundschullehrer (0,0214)
- Anteil der Erwerbspersonen an den Zuzügen (0,0215)
- Anteil der an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossenen Einwohner (0,0376)
- Hebesätze der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (0,0397)
- Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen (0,0409)
- Anteil der Hauptschüler an den Schülern des siebten Schuljahrgangs (0,0430)
- Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Beschäftigten (0,0440)
- Anteil der Unfälle mit Personenschaden an der Gesamtzahl der Straßenverkehrsunfälle (0,0441)
- Anteil der Erwerbspersonen an den Fortzügen (0,0480)
- Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen je Erwerbstätigen (0,0495)

Wie einleitend vermerkt wurde, wird die Wichtigkeit der Merkmale für die Abgrenzung der Region vom übrigen Nordrhein-Westfalen mit den „standardisierten kanonischen Koeffizienten“ bestimmt. Dabei ist der Vergleich der Region „Südliches Hochsauerland“ mit anderen Regionen aufschlußreich. Zwölf Merkmale haben für die Abgrenzung der hier untersuchten Region ein größeres relatives Gewicht – d. h. einen höheren Anteil an der jeweiligen Summe der standardisierten kanonischen Koeffizienten aller 65 Merkmale – als für die Abgrenzung der beiden früher beschriebenen Regionen „Nördlicher Eifelrand“ und „Einzugsbereich der Bundeshauptstadt“³⁾. Die zwölf Merkmale, die in

diesem Sinne für die Region „Südliches Hochsauerland“ relativ wichtiger sind als für die beiden Vergleichsregionen, sind:

- Anteil der Erwerbspersonen an den Zuzügen
- Stimmenanteil der CDU bei der Bundestagswahl
- Stimmenanteil der SPD bei der Bundestagswahl
- Stimmenanteil der GRÜNEN bei der Bundestagswahl
- Anteil der Gymnasiasten an den Schülern des siebten Schuljahrgangs
- Mietenstufe nach der Wohngeldstatistik
- Anteil von Privatleuten an den Insolvenzen
- Anzahl der Betten in Beherbergungsstätten je 1 000 Einwohner
- Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Beherbergungsstätten
- Anteil der ausländischen Gäste an den Übernachtungen in Beherbergungsstätten
- Anzahl der Straßenverkehrsunfälle je 1 000 Einwohner
- Anteil der Unfälle mit Personenschaden an der Gesamtzahl der Straßenverkehrsunfälle

Mit jeweils drei Merkmalen sind in dieser Auflistung die Merkmalsgruppen „Beherbergungswesen“ und „Wählerverhalten“ am häufigsten vertreten. Dabei ist zu beachten, daß die Wichtigkeit eines Merkmals für die regionale Abgrenzung sowohl auf besonders hohe als auch auf besonders niedrige Merkmalswerte der Gemeinden zurückzuführen sein kann. So hat das Merkmal „Stimmenanteil der CDU“ wegen seiner hohen Werte, das Merkmal „Stimmenanteil der SPD“ dagegen wegen seiner niedrigen Werte für die Gemeinden der Region „Südliches Hochsauerland“ besondere Bedeutung. ■

3) Vgl. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen Heft 5/1989 (S. 207 ff.) und 8/1989 (S. 383 ff.).

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe Nordrhein-Westfalens 1988 im Bundesvergleich

Baugenehmigungen Januar bis September 1989

Die nordrhein-westfälischen Bauämter genehmigten in den ersten drei Quartalen dieses Jahres den Neubau von 23 685 Wohngebäuden mit zusammen 38 361 Wohnungen. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum bedeutet das eine Zunahme um 20,5 % bei den Gebäuden und um 40,6 % bei den Wohnungen.

Von Januar bis September 1989 wurden 19 467 Einfamilienhäuser (+16,8 %) und 2 361 Zweifamilienhäuser (+16,0 %) genehmigt. Besonders hoch fiel der Zuwachs bei den Mehrfamilienhäusern (einschl. Wohnheimen) aus: Hier wurden Baugenehmigung für 1 857 Gebäude mit 14 172 Wohnungen (+116,4 %) erteilt. Die veranschlagten Baukosten beliefen sich auf insgesamt 7,364 Milliarden DM (+33,0 %).

4 804 weitere Baugenehmigungen mit einem veranschlagten Kostenvolumen von 532 Mill. DM betrafen Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden, bei denen per Saldo 2 219 (+29,1 %) Wohnungen zusätzlich entstehen werden.

Bauproduktion im September 1989

Die Produktion des nordrhein-westfälischen Bauhauptgewerbes war im September 1989, von Saison- und Zufallsschwankungen bereinigt, zwar um 0,5 % niedriger als im August; im Vergleich zu September 1988 stieg aber der Index der Nettoproduktion um 4,8 %. Dabei steigerte der Hochbau seine Produktion um 5,2 %; der Tiefbau verbuchte ein Plus von 4,5 %.

Die positive Entwicklung im Hochbau wurde sowohl vom gewerblichen und industriellen Hochbau (+5,9 %) als auch vom öffentlichen Hochbau (+7,6 %) getragen; der Wohnungsbau verbuchte eine um 2,7 % höhere Bauleistung als vor einem Jahr. Innerhalb des Tiefbaus verzeichnete der gewerbliche und industrielle Tiefbau die höchste Steigerungsrate (+6,9 %). Der Straßenbau meldete ein Plus von 3,3 % und der sonstige öffentliche Tiefbau einen Anstieg um 3,1 %.

Nordrhein-Westfalen hat dank seiner Wirtschaftskraft seit jeher eine Vorrangstellung unter den Bundesländern. Das Bruttoinlandsprodukt, das allgemein als Indikator der wirtschaftlichen Leistung eines Landes angesehen wird, erreichte 1988 einen Anteil von 29 % am Gesamtwert des Bundesgebietes. Trotz der wiederholten Krisen in den für das Land so wichtigen Basissektoren Bergbau sowie Eisen und Stahl, die im Lauf der Jahre zu zahlreichen Stilllegungen und Massenentlassungen führten, hat auch das Verarbeitende Gewerbe Nordrhein-Westfalens seine Spitzenposition im Bundesgebiet stets behauptet. Im Jahr 1988 lag der Anteil der nordrhein-westfälischen Industrie am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Bergbau) aller Bundesländer bei 28 %, im Verlauf der letzten 10 Jahre ist dieser Anteil damit lediglich um 2 Prozentpunkte gefallen. An zweiter Stelle der Rangfolge nach dem Umsatzgewicht stand Baden-Württemberg (18 %), gefolgt von Bayern (17 %) und Niedersachsen (10 %). Auch bezogen auf den einzelnen Betrieb wurde vergangenes Jahr in Nordrhein-Westfalen ein hoher Umsatzwert erwirtschaftet: Im Durchschnitt aller Industriebetriebe waren das rd. 40 Mill. DM. Dieser Wert lag deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 36 Mill. DM und übertraf die entsprechenden Kennziffern anderer Flächenländer wie Baden-Württemberg (31 Mill. DM) oder Bayern (28 Mill. DM). Auch der Beitrag des Warenproduzierenden Gewerbes zur Bruttowertschöpfung war 1988 in Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von fast 50 % besonders hoch (Bundesdurchschnitt: 46 %).

In fast allen Bundesländern konnten die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Bergbau) im vergangenen Jahr deutliche Umsatzgewinne gegenüber 1987 verbuchen, eine Ausnahme bildete hier nur die Industrie Hamburgs, die – bedingt durch eine zweistellige prozentuale Einbuße im Nahrungs- und Genußmittelbereich

– einen Umsatzrückgang von 4 % hinnehmen mußte. Im gesamten Bundesgebiet setzte das Verarbeitende Gewerbe (einschl. Bergbau) fast 1 562 Mrd. DM um, 6 % mehr als im Jahr zuvor. Außer den nordrhein-westfälischen Industriebetrieben (+7 %) profitierten auch die Industriebetriebe in Schleswig-Holstein (+7 %), Rheinland-Pfalz (+7 %), dem Saarland (+8 %) und vor allem Hessen (+13 %) mit deutlich überdurchschnittlichen Umsatzzuwächsen vom Konjunkturaufschwung. In Niedersachsen und Berlin lagen die Umsatzgewinne des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Bergbau) knapp über dem Durchschnitt, während die Umsatzentwicklung der Industriebetriebe in Bremen (+2 %) sowie auch in den größeren Flächenländern Baden-Württemberg (+4 %) und Bayern (+4 %) hinter der allgemeinen Entwicklung zurückblieb. (Siehe Tabelle Seite 608.)

In Nordrhein-Westfalen – wie auch in Niedersachsen – haben überdurchschnittliche Umsatzzuwächse von 8 % bis 10 % in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (Bundesgebiet: +7 %) sowie in der Verbrauchsgüterindustrie (Bundesgebiet: +6 %) das Gesamtergebnis positiv beeinflusst, in einigen anderen Bundesländern spielten dagegen eher die Umsatzerfolge der Investitionsgüterindustrie (Bundesgebiet: +6 %) die entscheidende Rolle. In Hessen errechneten sich für diesen Bereich (+19 %) ebenso wie für den Nahrungs- und Genußmittelbereich (+17 %) zweistellige Zuwachsraten. Auch in Schleswig-Holstein und im Saarland waren die Umsatzgewinne im Investitionsgütersektor (+8 % bzw. +10 %) überdurchschnittlich, zusätzlich wirkten sich hier auch vergleichsweise hohe Zunahmen im Verbrauchsgüterbereich (+7 % bzw. +10 %) positiv aus. In Rheinland-Pfalz legte ebenfalls die Investitionsgüterindustrie beim Umsatz kräftig zu (+10 %), hier lag aller-

dings auch die Steigerungsrate beim Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe überdurchschnittlich hoch (+8 %). Die vergleichsweise bescheidenen Umsatzzuwächse der Industriebetriebe in Baden-Württemberg und Bayern wurden im letztgenannten Bundesland durch die unter dem Durchschnitt liegende Entwicklung im Investitionsgüterbereich (+3 %) hervorgerufen, während in Baden-Württemberg die schwache Entwicklung in den anderen Sektoren das Gesamtergebnis drückte. Das Berliner Ergebnis wurde ebenfalls durch die schwache Umsatzentwicklung eines Sektors, nämlich des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes (Bundesgebiet: +3 %), das hier eine maßgebliche Rolle spielt, niedrig gehalten. Die Umsätze stiegen 1988 gegenüber dem Vorjahr nur um 4 % an, die Veränderungsraten für die anderen Sektoren lagen demgegenüber doppelt so hoch.

Die oben beschriebenen Einflüsse der Umsatzentwicklungen einzelner Hauptgruppen auf das Gesamtergebnis des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Bergbau) in den verschiedenen Bundesländern werden bestimmt durch das Umsatzgewicht, das der einzelnen Hauptgruppe jeweils zukommt. Dieses Gewicht differiert von Bundesland zu Bundesland mehr oder weniger stark. Im Bundesdurchschnitt trägt der Investitionsgütersektor (1988: 46 %) am stärksten zum Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Bergbau) bei. Dies gilt auch in fast allen Bundesländern, in Nordrhein-Westfalen hat allerdings das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe im vergangenen Jahr stark aufgeholt und ist mit einem Umsatzgewicht von 36 % nunmehr von ähnlich hoher Bedeutung wie das Investitionsgütergewerbe (37 %). In Rheinland-Pfalz – ebenso wie in Hamburg – steht der Grundstoff- und Produktionsgütersektor mit einem Anteil von über 40 % (Bundesdurchschnitt: 27 %) sogar ganz eindeutig an erster

Stelle. In Berlin hat – wie bereits erwähnt – der Nahrungs- und Genußmittelbereich den höchsten Stellenwert, sein Anteil am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes 1988 betrug 46 %. Auch in Bremen (29 %) und in Schleswig-Holstein kommt diesem Bereich, der in Nordrhein-Westfalen nur zu 8 % und im Durchschnitt aller Bundesländer zu 11 % zum Umsatzergebnis des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Bergbau) beiträgt, sehr viel höhere Bedeutung zu als in den anderen Bundesländern. Allerdings hat auch hier der Investitionsgütersektor das stärkste Gewicht. Die Verbrauchsgüterindustrie erreichte 1988 in Nordrhein-Westfalen wie im Bundesdurchschnitt einen Umsatzanteil von 14 %. Für einige Bundesländer wie Bremen (6 %), Hamburg (3 %) und das Saarland (7 %) ist dieser Sektor allerdings nur von geringer Bedeutung. (Siehe Tabelle Seite 608.)

Die unterschiedlichen Umsatzentwicklungen der einzelnen Hauptgruppen des Produzierenden Gewerbes in den Bundesländern haben die Länderanteile am jeweiligen Bundesergebnis 1988 nur unwesentlich verschoben. Wegen der Konzentration des Bergbaus und des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes in Nordrhein-Westfalen errechneten sich hier 1988 mit rund 75 % bzw. 37 % wie stets besonders hohe Anteile. Im gesamten Bundesgebiet erzielte der Bergbau im vergangenen Jahr einen Umsatz von 32 Mrd. DM, in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie wurden 1988 bundesweit knapp 422 Mrd. DM umgesetzt. Im Investitionsgütersektor konnten die Betriebe Baden-Württembergs den größten Anteil (24 %) am Bundesergebnis von 713 Mrd. DM für sich verbuchen, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 22 % und Bayern mit 20 %. Beim Verbrauchsgütersektor, der 1988 bundesweit insgesamt 217 Mrd. DM umsetzte, liegt Nordrhein-Westfalen (28 %) wieder vorn, hier folgt Bayern mit 22 % an zweiter und Baden-Württemberg mit 21 % an

dritter Stelle. Im Nahrungs- und Genußmittelbereich hat Nordrhein-Westfalen zwar auch eine Vorrangstellung (20 % Anteil am Bundesergebnis), der Abstand zu anderen Bundesländern wie Bayern (16 %), Niedersachsen (15 %) oder Berlin (12 %) ist hier jedoch geringer. Bundesweit erzielte dieser Sektor im vergangenen Jahr einen Umsatz von 177 Mrd. DM. (Siehe Tabelle Seite 608.)

Die Auslandsumsätze stiegen 1988 gegenüber dem Vorjahr deutlicher an (+8 %) als die Inlandsumsätze (+5 %). Nordrhein-Westfalen gehörte zusammen mit Schleswig-Holstein, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland zu den Bundesländern, deren Industrie überdurchschnittliche Zuwächse zwischen 9 % und 14 % im Auslandsgeschäft meldete. Diese Erfolge resultierten aus der positiven Entwicklung im Grundstoff- und Produktionsgütersektor, wo die Auslandsumsätze sich auch im Bundesdurchschnitt mit einer Zunahme von 13 % besser entwickelten als in den anderen Sektoren, die – mit Ausnahme des Bergbaus, dessen Auslandsumsätze rückläufig waren (–1 %) – ihre Auslandsumsätze nur um 6 % bis 9 % steigern konnten. (Siehe Tabelle Seite 609.)

Die Exportquote der nordrhein-westfälischen Industrie hat sich gegenüber dem Vorjahr um einen Prozentpunkt erhöht und lag 1988 mit 30 % (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) im Bundesdurchschnitt. Der Vergleich mit den Exportquoten des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Bergbau) anderer Flächenländer wie z. B. Baden-Württemberg (32 %) und Bayern (34 %) zeigt jedoch, daß Nordrhein-Westfalens Industrie hier nachsteht. Auch für andere Bundesländer, deren Industrien weniger umsatzstark sind, errechneten sich zum Teil höhere Exportquoten, so für Rheinland-Pfalz (38 %), Bremen (36 %), Niedersachsen (33 %) und das Saarland (33 %). Gleichwohl wies die Industrie

Nordrhein-Westfalens auch beim Auslandsumsatz, der sich bundesweit auf 475 Mrd. DM belief, mit 27 % den höchsten Anteil am Bundesergebnis auf. Dieser Wert lag damit nur um einen Prozentpunkt niedriger als beim Gesamtumsatz.

Auch beim Auslandsumsatz sind die Hersteller von Investitionsgütern führend: Im Bundesdurchschnitt errechnete sich hier 1988 ein Anteil von 60 %, das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe war mit 27 % am Auslandsumsatz beteiligt, und auf den Verbrauchsgütersektor entfiel ein Anteil von 9 %. Der Nahrungs- und Genußmittelbereich trug dagegen nur zu 3 % und der Bergbau zu einem Prozent zum Auslandsumsatz bei. Abweichend von diesen Relationen hatte außer in Nordrhein-Westfalen (40 %) auch in den Bundesländern Hessen (37 %) und Rheinland-Pfalz (55 %) das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ein vergleichsweise starkes Gewicht, die auf die Investitionsgüterindustrie entfallenden Anteile am Auslandsumsatz lagen in diesen Ländern deswegen deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt. Eine weit überragende Rolle beim Auslandsgeschäft spielt der Investitionsgütersektor in den Bundesländern Baden-Württemberg (75 %) und Bayern (72 %). Anders als in Nordrhein-Westfalen, wo dieser Sektor 1988 nur zu 46 % zum Auslandsumsatz beitrug, weist in den genannten Bundesländern neben den zur Investitionsgüterindustrie gehörenden Wirtschaftszweigen Maschinenbau und Straßenfahrzeugbau auch die hier zugeordnete elektrotechnische Industrie eine überdurchschnittlich hohe Exportquote auf (Bayern: 44 %; Baden-Württemberg: 32 %; dagegen Nordrhein-Westfalen: 24 %), was das Gewicht dieses Sektors am Auslandsumsatz entsprechend verstärkt. (Siehe Tabelle Seite 609.)

Vergleicht man die Anteile der Bundesländer am Gesamtergebnis beim Auslandsumsatz auf der einen und beim Gesamtumsatz auf der anderen Seite, so werden gewisse Unterschiede – in Abhängigkeit von der jeweiligen Exportquote – innerhalb der Hauptgruppen sichtbar: Nordrhein-Westfalen erreicht beispielsweise im Grundstoff- und Produktionsgütersektor (40 % gegenüber 37 %) sowie im Verbrauchsgütersektor (30 % gegenüber 28 %) höhere Anteile beim Auslandsumsatz als beim Gesamtumsatz, umgekehrt verhielt es sich dagegen im Investitionsgütersektor (21 % gegenüber 22 %) und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (16 % gegenüber 20 %). In Baden-Württemberg waren die Anteile für Gesamtumsatz und Auslandsumsatz nahezu gleich, in Bayern dagegen ergab sich für den Investitionsgüterbereich beim Auslandsumsatz ein deutlich höherer Anteil als beim Gesamtumsatz (23 % gegenüber 20 %). Auch in anderen Bundesländern gibt es Sektoren des Produzierenden Gewerbes, die beim Auslandsumsatz stärker repräsentiert sind als beim Gesamtumsatz, dies gilt z. B. für den Nahrungs- und Genußmittelbereich in Niedersachsen und für das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe in Rheinland-Pfalz. Weniger stark im Auslandsgeschäft vertreten waren dagegen die hessische Investitionsgüterindustrie, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie Berlins sowie der saarländische Bergbau. (Siehe Tabelle Seite 609.)

Die Beschäftigtenzahlen zeigen, daß sich auch in den anderen Bundesländern die positive Umsatzentwicklung im vergangenen Jahr nicht bzw. nicht nennenswert auf die Beschäftigungssituation ausgewirkt hat. Außer in Nordrhein-Westfalen erfolgte 1988 noch in fünf weiteren Bundesländern im Durchschnitt der Industriebetriebe ein leichter Personalabbau gegenüber 1987. Das Ausmaß der Reduzierungen war unterschiedlich groß, die prozentualen Abnahmen reichten in der Regel an 1 % heran. Absolut gesehen war der Rückgang mit über 9 200

Beschäftigten in der nordrhein-westfälischen Industrie, die auch 1988 etwa 2 von 7 Arbeitsplätzen dieses Wirtschaftsbereichs im Bundesgebiet stellte, am größten; allerdings waren auch die Verluste in Niedersachsen mit 5 800 Beschäftigten sowie in Hamburg mit 1 900 Beschäftigten vergleichsweise hoch. Der Abbau von fast 17 000 Arbeitsplätzen in diesen drei Bundesländern hat das Bundesergebnis maßgeblich beeinflusst, das um genau diese Summe unter dem Wert des Vorjahres lag. Insgesamt waren im Monatsdurchschnitt des Jahres 1988 bundesweit noch 7 Mill. Personen im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau) tätig. Den Arbeitsplatzverlusten standen keine Zuwächse in gleichem Umfang gegenüber. Ein Anstieg der Beschäftigung erfolgte zwar außer in einigen kleineren Bundesländern auch in den größeren Flächenländern Baden-Württemberg (+1 100 Beschäftigte) und Bayern (+500 Beschäftigte), die für jeweils ein Fünftel aller in der Industrie tätigen Personen Arbeitsplätze anbieten, die Zahl der neu hinzugekommenen Arbeitsplätze war hier jedoch relativ niedrig. (Siehe Tabelle Seite 610.)

Der Vergleich der Beschäftigtenzahlen 1988 mit denen des Vorjahres zeigt für die Hauptgruppen in den einzelnen Bundesländern deutliche Unterschiede. Ein stärkerer Rückgang im Bergbau (–7 400 Beschäftigte) und in der zum Bereich des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes gehörenden eisenschaffenden Industrie (–7 200 Beschäftigte) hat wieder einmal die Gesamtbeschäftigtenzahl der nordrhein-westfälischen Industrie gedrückt. In einigen anderen Bundesländern, so z. B. in Hessen (+2 700 Beschäftigte) und Rheinland-Pfalz (+1 800 Beschäftigte), kam es dagegen im Grundstoff- und Produktionsgütersektor zur Ausweitung des Arbeitsplatzangebots. Im Bundesgebiet insgesamt überwogen hier jedoch die Rückgänge, der Vergleich mit dem

Vorjahr weist einen Verlust von fast 7 000 Arbeitsplätzen aus, so daß in diesem Bereich im Monatsdurchschnitt des vergangenen Jahres noch 1,3 Mill. Personen tätig waren.

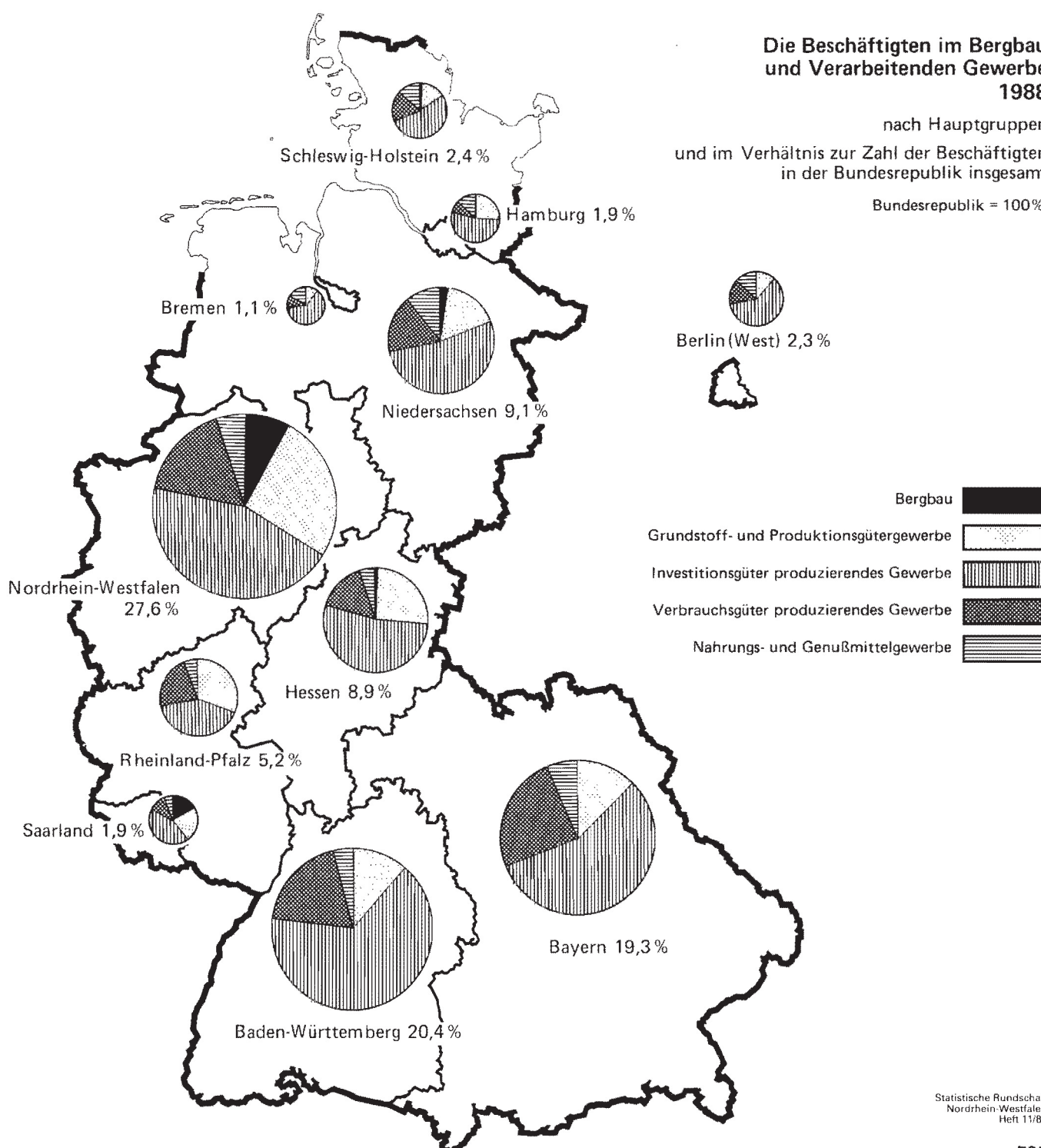
Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe auf der einen und im Verbrauchsgütersektor auf der anderen Seite verlief in fast allen Bundes-

ländern gegenläufig: Dabei standen in der Regel Abnahmen im erstgenannten Sektor Zunahmen im anderen Sektor gegenüber. Allein in Schleswig-Holstein ergaben sich in

Die Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1988

nach Hauptgruppen
und im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten
in der Bundesrepublik insgesamt

Bundesrepublik = 100%



beiden Hauptgruppen geringe Zuwächse. Personaleinsparungen im Investitionsgüterbereich mit gleichzeitigen Personalaufstockungen im Verbrauchsgüterbereich – allerdings in jeweils unterschiedlichem Umfang – wurden außer in Nordrhein-Westfalen auch in Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Hessen und Berlin vorgenommen. Das Ausmaß des Personalabbaus war dabei in den Investitionsgüterindustrien Hessens (–5 000 Beschäftigte), Niedersachsens (–3 400 Beschäftigte) und Berlins (–2 200 Beschäftigte) noch größer als bei den nordrhein-westfälischen Herstellern (–2 100 Beschäftigte). Diesen Verlusten stand in Nordrhein-Westfalen ein Zugewinn von Arbeitsplätzen im Verbrauchsgütersektor (+7 900 Beschäftigte) gegenüber.

Die Investitionsgüterindustrie der südlichen Bundesländer stockte ihr Personal zum Teil noch recht deutlich auf, so in Baden-Württemberg (+5 400 Beschäftigte), das einem Viertel aller Beschäftigten dieses Wirtschaftsbereichs im Bundesgebiet Arbeitsplätze anbietet, und in Bayern (+5 600 Beschäftigte). Die in diesen beiden Bundesländern angesiedelte Verbrauchsgüterindustrie verringerte dagegen ihr Arbeitsplatzangebot, dabei gingen in Baden-Württemberg über 4 000 Arbeitsplätze und in Bayern über 3 500 Arbeitsplätze verloren. Aufgrund der positiven Bilanz der nordrhein-westfälischen Verbrauchsgüterindustrie wurden 1988 gegenüber 1987 für das gesamte Bundesgebiet 1 600 Beschäftigte in diesem Sektor mehr ausgewiesen, im Durchschnitt des Jahres 1988 waren hier insgesamt 1,3 Mill. Personen tätig. Für den Investitionsgütersektor ergab sich – trotz der deutlichen Einsparungen in einigen Bundesländern – aufgrund der Zuwächse in Baden-Württemberg und Bayern nur ein vergleichsweise niedriger Verlust von rund 900 Arbeitsplätzen. Im Bundesgebiet waren damit durchschnittlich

knapp 3,8 Mill. Personen im Bereich der Investitionsgüterindustrie tätig. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe waren 1988 bundesweit knapp 1 000 Personen weniger beschäftigt als im Jahr zuvor, zusammen waren das 441 000 Beschäftigte. Zwar stellten außer in Nordrhein-Westfalen auch in Schleswig-Holstein, Bremen, Hessen und Berlin die zu diesem Wirtschaftsbereich gehörenden Industriebetriebe mehr Arbeitsplätze zur Verfügung, dies wurde jedoch überkompensiert von Einsparungen in anderen Bundesländern, insbesondere in Bayern, wo nach Reduzierungen im Vorjahr im Jahr 1988 nochmals über 1 000 Beschäftigte eingespart wurden.

Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau) hatte 1988 einen Arbeitsplatz in der Investitionsgüterindustrie. Dieser Anteil liegt damit noch über dem Umsatzgewicht dieses Sektors. Auch in Nordrhein-Westfalen war die Investitionsgüterindustrie mit einem Anteil von 44 % an der Gesamtbeschäftigtenzahl größter Arbeitgeber, sie hatte allerdings nicht die überragende Bedeutung für die Beschäftigung wie in Baden-Württemberg (66 %), Bremen (64 %) oder Berlin (61 %). Im weniger personalintensiven Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, in dem die chemische Industrie die größte Anzahl von Arbeitsplätzen stellt, arbeiteten 1988 insgesamt 19 % aller im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau) tätigen Personen, dieser Anteil lag deutlich unter dem entsprechenden Umsatzanteil. Ebenso verhielt es sich in Nordrhein-Westfalen, wenn auch hier dieser Sektor mit einem Beschäftigtenanteil von mehr als einem Viertel von etwas größerer Bedeutung ist. (Siehe Tabelle Seite 610.)

Da zum Verbrauchsgüter produzierenden Sektor mehr personalintensive Industrien zählen, lag hier 1988 der Beschäftigtenanteil mit knapp 19 % deutlich höher als der Umsatzanteil (14 %). In Bayern war hier sogar ein

Viertel aller Beschäftigten des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes tätig, in Nordrhein-Westfalen war es dagegen nur ein Sechstel. Im Nahrungs- und Genußmittelbereich lag der Beschäftigtenanteil bundesweit mit nur 6 % besonders niedrig, er erreichte damit nur die Hälfte des entsprechenden Umsatzanteils. Allein die nördlichen Bundesländer und Berlin wiesen für diesen Sektor höhere Anteile zwischen 11 % und 17 % aus.

Die nordrhein-westfälische Industrie hatte – wie beim Umsatz – auch bei den Beschäftigten den größten Anteil (28 %) am Bundesergebnis, gefolgt von der Industrie Baden-Württembergs (20 %), Bayerns (19 %) und – mit einigem Abstand – Niedersachsens und Hessens (je 9 %). Im Bereich des Bergbaus (77 %) und des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes (38 %) war die Vorrangstellung Nordrhein-Westfalens – wie bereits anhand der Umsatzanteile festgestellt – ganz eindeutig. Auch im Nahrungs- und Genußmittelbereich stellten die nordrhein-westfälischen Hersteller 1988 das Gros der Arbeitsplätze (24 %) zur Verfügung, gefolgt von den Industrien Bayerns (19 %) und Niedersachsens (16 %). Anders verhielt es sich dagegen im Investitionsgütersektor, in dem die baden-württembergische Industrie ein Viertel aller Arbeitsplätze anbot. Hier liegen die nordrhein-westfälischen Industriebetriebe mit einem Beschäftigtenanteil von 23 % vor den bayerischen Herstellern (21 %) auf dem zweiten Platz. Im Verbrauchsgütersektor hat Nordrhein-Westfalens Industrie im vergangenen Jahr mit der Vornahme von Neueinstellungen aufgeholt: 1988 lag der Beschäftigtenanteil hier mit 25 % nur noch um einen Prozentpunkt niedriger als derjenige der bayerischen Verbrauchsgüterindustrie, die auch 1988 im Bundesgebiet über die größte Zahl von Arbeitsplätzen verfügte. (Siehe Tabelle Seite 610.) ■

Preisindex für die Lebenshaltung im Oktober 1989

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen seit vorigem Monat (Mitte Okt./Mitte Sept. 1989) um 0,2 % auf 125,7 Punkte gestiegen (Basis 1980 = 100); gegenüber dem Vorjahr (Okt. 1988) beträgt die Indexveränderung +2,9 %. Im September hatte die für Jahresabstände berechnete Teuerungsrate bei +2,8 % gelegen.

Der nach einer mehrmonatigen Beruhigungsphase im September zu beobachtende Preisanstieg hat sich im Oktober unvermindert fortgesetzt. Einen weit überdurchschnittlichen Anteil an der jüngsten Entwicklung hatten Mineralölerzeugnisse (leichtes Heizöl gegenüber Vormonat: +2,1 %; geg. Vorjahr: +58,2 %; Kraftstoffe: +2,3 % bzw. +20,6 %) und ernte-, saison- und witterungsabhängige Nahrungsmittel (+0,4 % bzw. +4,1 %); entsprechend weisen die Teilindizes, denen diese Güter zugeordnet werden, die stärksten Niveauveränderungen aus: So stieg der Teilindex „Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ um 0,6 % über den Stand vom September d. J. (geg. Vorj.: +4,4 %), allerdings u. a. mitverursacht durch Preisanhebungen für Kraftfahrzeuge, Motor- und Fahrräder (geg. Vorm.: +0,5 %; geg. Vorj.: +1,2 %). In der Hauptgruppe „Wohnungsmieten, Energie“ (geg. Vorm.: +0,4 %; geg. Vorj.: +4,3 %) verteuerten sich im Monatsabstand fast alle Energieträger stärker (Heizöl: +2,1 %; Kohle: +2,1 %; Umlagen für Heizung, Warmwasser und Fernwärme: +1,2 %; Gas: +0,8 %; dagegen Strom: ± 0 %) als die Wohnungsmieten (geg. Vorm.: +0,3 %; geg. Vorj.: +2,7 %). Auch die Preise für „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“ zogen seit Mitte vorigen Monats mit +0,3 % deutlich an (geg. Vorj.: +2,8 %), da jahreszeitlich bedingt vor allem Frischgemüse (+4,4 %), aber auch Fleisch (+0,9 %) sowie Milch, Käse, Eier und Speisefette (+0,3 %) im Durchschnitt teurer wurden; dämpfend wirkte sich dagegen das billigere Angebot von Kaffee (-1,5 %) sowie von Frischobst und Südfrüchten (-0,7 %) aus. Für die übrigen Ausgabengruppen wurden nur durchschnittliche bis unterdurchschnittliche Preisbewegungen registriert.

Für die ersten zehn Monate 1989 errechnet sich im Jahresabstand eine durchschnittliche Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von +2,7 % (Januar bis Oktober 1988/87: +1,0 %).

Preisindizes der übrigen Haushaltstypen im Oktober (1989/1988):

4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen: 125,5 Punkte (+3,2 %), 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen: 127,1 Punkte (+2,9 %), 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern: 124,8 Punkte (+3,2 %).

Industrieproduktion im September 1989

Die Produktionskapazitäten der nordrhein-westfälischen Industriebetriebe waren zu Herbstbeginn gut ausgelastet: Der Güterausstoß im September 1989 übertraf das Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats um rd. 6 %. Der Investitionsgütersektor verbuchte mit 12 % die höchsten Produktionsgewinne, gefolgt vom Nahrungs- und Genußmittelbereich mit rd. 6 % sowie dem Verbrauchsgütersektor mit rd. 5 %. Auch die Förderung im Bergbau lag deutlich höher als vor Jahresfrist (+4 %). Allein im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe hielt sich der Zuwachs (+1 %) in engeren Grenzen.

Preisindex-Umstellung zum Jahresende

Die Entwicklung der Preise steht Monat für Monat im Blickpunkt der Öffentlichkeit, wenn der Preisindex für die Lebenshaltung in Nordrhein-Westfalen veröffentlicht wird. Um die Aussagekraft dieses Index sicherzustellen, muß er von Zeit zu Zeit an die sich ändernden Verbrauchsgewohnheiten angepaßt werden: Der „Warenkorb“, rund 750 Güter, die für das Haushaltsbudget der privaten Haushalte eine wichtige Rolle spielen, wird neu zusammengestellt. Dabei werden die Indexberechnungen nicht mitten im Jahr umgestellt, sondern für das ganze Jahr 1989 wird der Preisindex auf Basis des neuen wie des alten Warenkorbs veröffentlicht.

Die Teuerungsrate läßt sich dadurch nicht nur für einzelne Monate, sondern für das gesamte Kalenderjahr 1989 sowohl für den alten als auch für den neuen Warenkorb ermitteln. Dabei dürfte sich insbesondere herausstellen, daß der für September 1989 auf Bundesebene festgestellte deutliche Unterschied zwischen den Berechnungen der Preissteigerungsrate nach alter und neuer Art (+3,1 % bzw. +2,8 % im Jahresabstand) zufallsbedingt überhöht ist.

Darüber hinaus ist eine Überprüfung der zahlreichen Verträge mit Wertsicherungsklauseln, die an den Preisindex des Landes Nordrhein-Westfalen gebunden sind, bis zum Jahresende nicht erforderlich. Die nach Indexumstellungen notwendigen Vertragsanpassungen können zu dem für solche Zwecke günstigen Jahresanfang vorgenommen werden.

Von Januar 1990 an wird das LDS NW nur noch Indexreihen für den Warenkorb 1985 bekanntgeben: Im einzelnen sind dies, neben dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, u. a. auch Indizes für Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen, für Vier-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen und für Zwei-Personen-Haushalte von Rentnern und Sozialhilfeempfängern. Dabei bleibt nach der Umstellung auf das neue Basisjahr 1985 die Vergleichbarkeit mit den zuvor publizierten Werten durch sog. Verkettungsberechnungen gewährleistet.

Alternativen zur Volkszählung – Eine Untersuchung zur Qualität der Melderegister

Die Volkszählung 1987 ist abgeschlossen und die Erkenntnisse, die aus den einzelnen Zählungsteilen vorliegen, bestätigen die Notwendigkeit dieser Bestandsaufnahme der Personen, Haushalte, Wohnungen, Gebäude und Arbeitsstätten.

Gleichwohl ist aufgrund der Forderungen des Bundesverfassungsgerichts, aber auch angesichts der hohen Kosten einer solchen Totalzählung und einer Aufbereitungsdauer von 18 Monaten bis hin zu den ersten Ergebnissen, vor einer erneuten Bestandserhebung zu prüfen, ob es Alternativen gibt und ggf. welche Alternativen unter welchen Voraussetzungen zu vergleichbaren Ergebnissen führen.

In der breit angelegten öffentlichen Diskussion im Vorfeld der Volkszählung 1987 häufig thematisiert wurde die Nutzung von Registern als Ersatz für eine primärstatistische Totalerhebung bzw. Grundlage für andere, alternative Erhebungsmethoden. Dies ist auch vor dem Hintergrund der Tatsache zu sehen, daß die Nutzung von Verwaltungsregistern in einigen Fällen die ausländische Praxis ist. Die Frage der Qualität der Melderegister ist in diesem Zusammenhang von wesentlicher Bedeutung.

Aber auch aus anderen Erwägungen heraus ist im Rahmen der die Volkszählung 1987 begleitenden Untersuchungen eine Abschätzung der Genauigkeit der Melderegister sinnvoll, z. B. im Hinblick auf die Verwendung von Merkmalen des Melderegisters für Zwecke der Volkszählung. Dies gilt insbesondere unter dem Aspekt, daß bei Überlegungen zur Form der Durchführung einer Volkszählung die Frage der Nutzung der Melderegister begründet entschieden werden muß.

Im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen wurde, um konkrete empirisch gesi-

cherte Aussagen treffen zu können, eine Untersuchung der Qualität der Melderegister durchgeführt.

Methodische Grundlagen

Es standen zunächst folgende alternative Untersuchungsansätze zur Diskussion:

1. Eine flächendeckende Gegenüberstellung der aggregierten Gemeindergebnisse, die regionale Unterschiede aufzeigen kann, aber lediglich Summensalden nachweist.
2. Eine Stichprobe, die lediglich Ergebnisse auf Landesebene ermöglicht, jedoch durch einen Vergleich auf der Ebene der einzelnen statistischen Einheiten Abweichungen zweiseitig feststellen kann; d. h. es können sowohl Fälle untersucht werden, die im Melderegister, nicht aber im Volkszählungsergebnis, als auch Fälle, die im Volkszählungsergebnis, nicht aber im Melderegister enthalten sind.

Das erste Verfahren ist bezogen auf das Untersuchungsziel, hinreichend qualifizierte Aussagen zur Genauigkeit der Melderegister zu erreichen, und damit die Eignung als

- a) Organisationsmittel für die Durchführung einer Volkszählung nach dem bisherigen Verfahren
oder

- b) Basis alternativer Verfahren zur Ermittlung zuverlässiger Bestands- und Strukturdaten

zu prüfen, als unzureichend anzusehen. Es gestattet lediglich einen summarischen Vergleich zwischen Volkszählung und Melderegister. In diesem Fall würden die wesentlichen Erkenntnisse, die der Vergleich liefern soll, weitgehend durch Aggregation verloren gehen, da nur noch, wenn auch strukturierte, Summensalden nachgewiesen werden könnten.

Es wurde daher ein Vergleich anhand der Einzelfälle auf Stichprobenbasis durchgeführt.

Aus methodischer und organisatorischer Sicht bot sich dabei eine Verbindung mit der sog. Wiederholungsbefragung an (gem. § 1 Abs. 4 Volkszählungsgesetz)¹⁾, da

- auf diese Weise eine weitgehende Repräsentativität unterstellt werden konnte,
- der Umfang von 0,1 % der Gesamtmasse (Umfang der tatsächlich durchgeführten Wiederholungsbefragung) methodisch und arbeitsorganisatorisch vertretbar war und
- für die Auswahlbezirke die erforderlichen Registerauszüge bezogen auf den Stichtag 25. 5. 1987 vollzählig und gemäß § 11 Abs. 1 Volkszählungsgesetz vollständig vorlagen.

Da erfahrungsgemäß die für die Durchführung der Wiederholungsbefragung eingesetzten Auszüge des Melderegisters nicht in jedem Fall genau den Stichtags-Stand des Registers widerspiegeln, muß ein möglicher systematischer Fehler in der Größenordnung von max. 50 000 Fällen oder 0,2 %²⁾ der Wanderungsfälle berücksichtigt werden, d. h. in diesem Umfang können Unterschiede zwischen dem tatsächlichen Registerbestand zum 25. 5. 1987 und dem im Rahmen dieser Untersuchung verwendeten Registerbestand auftreten.

Die Analyse wurde auf eine Auswahl von Gemeinden und – innerhalb der Gemeinden – von Arbeitsbezirken beschränkt, um den Aufwand für Organisation und Durchführung in einem vertretbaren Rahmen zu halten.

1) Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. November 1985 (BGBl. I S. 2078)

2) Im Zeitraum 1970 – 1987 waren rd. 20,7 Mill. Wanderungsfälle aufgetreten; dies führt, unterstellt man eine mittlere Abweichung von 14 Tagen vom Zählungstichtag, zu einer Zahl von 47 000 Zu- bzw. Fortzügen.

Unter Berücksichtigung der Themenstellung wurden die damit verbundenen Klumpungen der Auswahl und die daraus resultierenden systematischen Fehler der Ergebnisse als vernachlässigbar angesehen.

Um sicherzustellen, daß Arbeitsbezirke aus jeder Gemeindegrößenklasse in die Stichprobe gelangten, erfolgte die Auswahl in zwei Stufen.

Die Auswahlsätze der ersten Stufe orientierten sich an der Zahl der Einwohner in jeder Gemeindegrößenklasse. Auf diese Weise wurde erreicht, daß aus jeder Größenklasse etwa so viele Gemeinden in die Stichprobe einbezogen wurden, wie es dem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach. Die Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern wurden in der ersten Auswahlstufe vollständig berücksichtigt.

Insgesamt gelangten zunächst 89 Gemeinden Nordrhein-Westfalens in die Auswahl.

Als Auswahlseinheiten der zweiten Stufe wurden die „Arbeitsbezirke“ der Zähler im Rahmen der Erhebungsphase der Volkszählung 1987 vorgesehen, da hier von einer weitgehend vergleichbaren Größenordnung ausgegangen werden konnte und andererseits die Aufbereitung auf Basis der Bezirke erhebliche arbeitsorganisatorische Vorteile aufwies.

Aufgrund der dadurch verursachten Klumpungen und des damit verbundenen systematischen Fehlers wurden Arbeitsbezirke, in denen sich größere Wohnheime oder Anstaltsunterkünfte befanden, von vornherein aus der Stichprobe ausgeklammert.

Die Auswahl der Arbeitsbezirke erfolgte zufällig anhand der Schlußziffern der Arbeitsbezirksnummern. Die Schichten der ersten Auswahlstufe wurden wegen der unterschiedlichen

Auswahlsatz, -abstand und -einheiten der 1. und 2. Auswahlstufe in der Stichprobe nach Gemeindegrößenklassen

Schicht	Gemeindegrößenklasse	1. Stufe			2. Stufe		
		Auswahlsatz in %	Auswahlabstand	Anzahl der Gemeinden ¹⁾	Auswahlsatz in %	Auswahlabstand	Anzahl der Arbeitsbezirke ¹⁾
1	Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern						
2	unter 10 000	5	20	4	2,0	50	4
3	10 000 – 20 000	10	10	13	1,0	100	12
4	20 000 – 50 000	20	5	24	0,5	200	21
5	50 000 – 100 000	50	2	19	0,2	500	17
6	100 000 und mehr	100	1	29	0,1	1 000	45

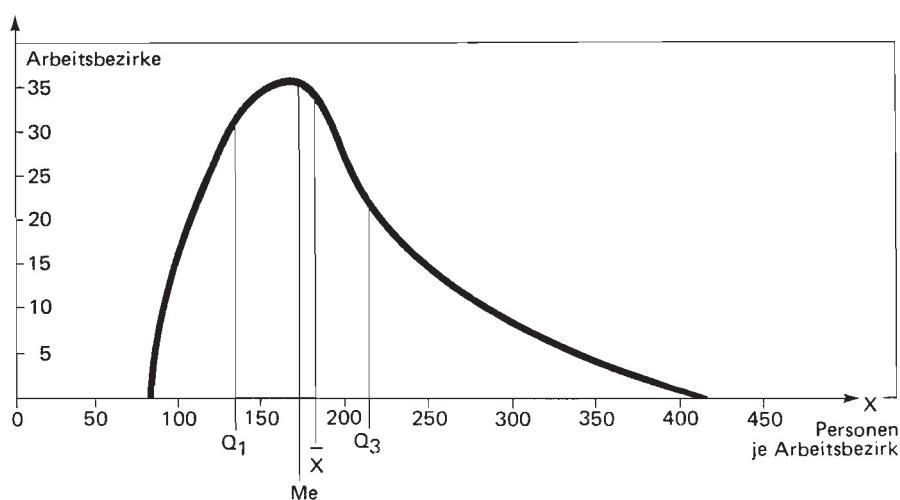
1) in der Stichprobe

Auswahlsätze getrennt behandelt. Durch eine zur ersten Auswahlstufe reziproke Festlegung der Auswahlsätze der zweiten Stufe wurde erreicht, daß die aus beiden Auswahlstufen resultierenden Gesamtauswahlsätze in allen Schichten wieder gleich waren.

Insgesamt wurden auf diese Weise 99 Auswahlbezirke mit einer Größe zwischen 84 und 420 Personen in 76 Gemeinden festgelegt, mit denen rd. 18 000 Erhebungsfälle sowohl auf seiten des Melderegisters als auch aus dem Bestand der Volkszählungsergebnisse in die Untersuchung gelangten.

Die Größe der Arbeitsbezirke betrug durchschnittlich 182 bzw. 171 Personen (arithmetisches Mittel bzw. Median) mit Haupt- oder Nebenwohnung. Die Quartilsabstände ($Q_1 = 133$, $Q_3 = 213$) und eine relativ hohe Standardabweichung von 59 Personen bestätigten eine erhebliche Streuung, die u. a. durch einige sehr große Arbeitsbezirke im großstädtischen Bereich verursacht ist. Ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle bei der Größe der Arbeitsbezirke war in dieser Stichprobe für Nordrhein-Westfalen nicht zu erkennen.

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Die Darstellung der Abweichungen vom Volkszählungsergebnis, d. h. der relativen Registerüberhänge und -fehlbestände, zeigte – bei einer vergleichbaren Spannweite gemessen an den Quartilsabständen und der Standardabweichung von 3,2 % bei den Überhängen und 2,3 % bei den Fehlbeständen – für die Fehlbestände eine deutlich geringere mittlere Streuung auf.

Auch die mittlere Abweichung vom Volkszählungsergebnis wies, insbesondere wenn man den Median mit 2,4 % für die Überhänge und 1,2 % für die Fehlbestände betrachtet, deutliche Unterschiede auf.

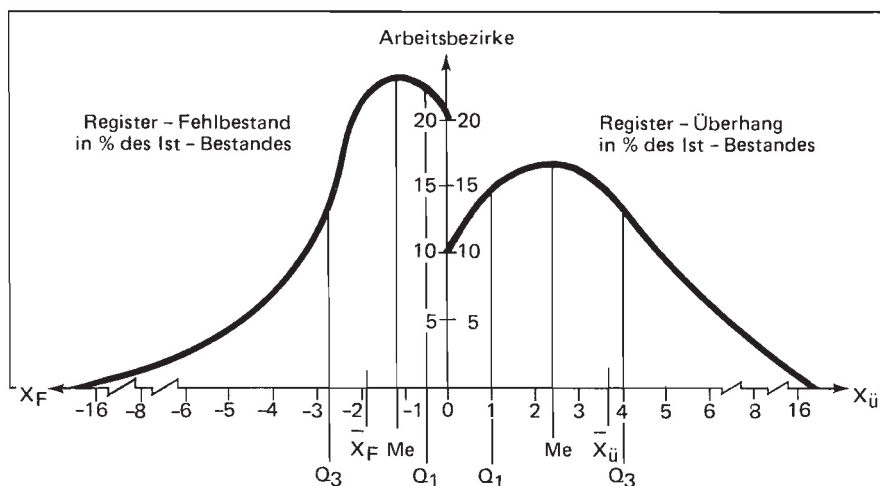
Die Fehlbestände wiesen demnach eine stärkere kleinräumige Konzentration auf als die Überhänge, d. h. während Registerüberhänge in 90 % aller Arbeitsbezirke und überwiegend auch in nennenswertem Umfang auftraten – 75 % der Arbeitsbezirke wiesen Abweichungen von 1 % (Q1) und mehr auf, 25 % lagen sogar über 4 % –, wiesen bei den Fehlbeständen, die nur bei 79 % der Arbeitsbezirke auftraten, 75 % der Arbeitsbezirke eine Abweichung von weniger als 2,7 % und nur 12 % eine Abweichung von mehr als 4 % auf.

Der Vergleich von Fehlbeständen und Überhängen je Arbeitsbezirk zeigt keinen Zusammenhang, z. B. in Form eines gleichzeitigen Auftretens bzw. gegenläufiger Tendenzen der positiven und negativen Abweichungen vom Volkszählungsergebnis³⁾.

3) Die Berechnung des Korrelationskoeffizienten

$$r = \frac{\sum_{i=1}^n (x_i - \bar{x})(y_i - \bar{y})}{\sqrt{\sum_{i=1}^n (x_i - \bar{x})^2 \sum_{i=1}^n (y_i - \bar{y})^2}} = 0,06$$

lieferte demgemäß auch keinen Anhaltspunkt für einen positiven oder negativen linearen Zusammenhang.



Der Vergleich der Bestände und Strukturen anhand der Einzelsätze aus Melderegister und Volkszählung erfolgte anhand der Registerangaben zu Geburtsjahr, Geschlecht und Staatsangehörigkeit sowie der entsprechenden Ordnungsangaben aus der Volkszählung (VZ).

Anhand dieser Ordnungsangaben (Arbeitspaket⁴⁾, Bündel⁴⁾, Regionallistennummer⁴⁾, Hausnummer) und der Merkmalsausprägungen zu Geburtsjahr, Geschlecht und Staatsangehörigkeit wurde eine maschinelle Zusammenführung durchgeführt, die einen relativ genauen zahlenmäßigen Nachweis sowohl der Personen, die im Register ausgewiesen, nicht aber in der VZ '87 erfaßt, als auch der Personen, die in der VZ '87 gezählt, nicht aber im Melderegister ausgewiesen waren, ermöglichte. Da diese Prüfung auf Gebäudeebene erfolgte, konnte die Zusammenführung mit hinreichender Genauigkeit für die Betrachtung der Struktur nach den vorliegenden Registerangaben durchge-

führt werden. Bei typgleichen Fällen war es gleichgültig, welcher Fall ggf. in die weitere Untersuchung als Registerüberhang einbezogen wurde, da ohnehin nur nach den Registerangaben differenziert werden konnte.

Für die in der VZ erhobenen, im Register aber nicht nachgewiesenen Fälle wurde dagegen eine Differenzierung über weitere VZ-Merkmale vorgenommen. Lediglich bei großen Gebäuden konnte hier eine allenfalls geringfügige Verzerrung hinsichtlich der weiteren VZ-Merkmale durch gemäß Register strukturgleiche Fälle auftreten.

Da zur Erreichung des Untersuchungszieles, Erkenntnisse über die Qualität der „Melderegister“ zu gewinnen, die Ergebnisse der Volkszählung 1987 als Bezugsgröße herangezogen wurden, werden nachfolgend die Ergebnisse aus der Volkszählung 1987 als Ist-Bestand bezeichnet.

Ergebnisse

Für das Land Nordrhein-Westfalen hochgerechnet ergab sich aus dem Melderegister ein um rund 300 000 Personen (wohnberechtigte Bevölkerung) über dem Ist-Bestand liegendes

4) Arbeitspaket und Bündel waren die Arbeitsportionen für die maschinelle und manuelle Aufbereitung der Volkszählungsdaten; ein Arbeitspaket umfaßte 8 Bündel mit insgesamt rd. 1 000 Regionallisten und 45 000 Personensätzen.

Ergebnis; dies würde per Saldo einer Überhöhung der Melderegister von 1,8 % entsprechen.

Dieser günstige erste Eindruck von der Registerqualität wird relativiert, wenn nicht die Summensalden, sondern die Abweichungen im einzelnen betrachtet werden. Hier stand einem Registerüberhang von rund 620 000 Personen oder 3,6 % der wohnberechtigten Bevölkerung ein Fehlbestand des Melderegisters von rund 320 000 Personen oder 1,9 % der wohnberechtigten Bevölkerung gegenüber.

Der Registerüberhang, d. h. die Zahl der Personen, die laut Melderegister noch ausgewiesen wurden, aber bei der Volkszählung vor Ort als nicht mehr dort wohnhaft festgestellt wurden, war u.U. auch in diesem Umfang angesichts des langen Fortschreibungszeitraumes seit der Volkszählung 1970, die letztmalig eine Registerbereinigung ermöglichte, zu erwarten. Nicht zwangsläufig erwartet wurde dagegen ein deutlicher Registerfehlbestand, d. h. Personen (wohnberechtigte Bevölkerung), die zwar als wohnhaft festgestellt, aber nicht im Melderegisterbestand enthalten, d. h. nicht gemeldet waren.

Die relativ hohen Abweichungsquoten bei der wohnberechtigten Bevölkerung lassen sich zunächst zum großen Teil auf den Bereich der Nebenwohnsitze zurückführen, da hier keine Konsequenzen (Wahlberechtigung, Steuerkarte etc.) aus dem Meldeverhalten zu erwarten sind. Betrachtet man daher die für die Gebietskörperschaften maßgebliche Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung, so wird dies auf der Basis der Summensalden zunächst bestätigt.

Der Überhang des Melderegisters gegenüber dem Fehlbestand betrug per Saldo mit rund 85 000 Personen (Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung) nur noch 0,5 % des Ist-Bestandes.

Bevölkerung am 25. Mai 1987 im Vergleich mit hochgerechneten Bevölkerungszahlen aufgrund von Eintragungen in ausgewählten Melderegistern						
Merkmal	Bevölkerung am 25. 5. 1987					
	Ist-Bestand ¹⁾	laut Melderegister ²⁾				
		Bestand	Überhang	Fehlbestand		
		1 000	%	1 000	%	
Kreise						
Wohnberechtigte Bevölkerung	9 667	9 795	308	3,2	180	1,9
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	9 408	9 434	295	3,1	271	2,9
kreisfreie Städte						
Wohnberechtigte Bevölkerung	7 521	7 694	315	4,2	142	1,9
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	7 304	7 365	271	3,7	209	2,9
Nordrhein-Westfalen						
Wohnberechtigte Bevölkerung	17 188	17 489	623	3,6	322	1,9
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	16 712	16 799	566	3,4	480	2,9

1) Ergebnisse der Volkszählung 1987 – 2) hochgerechnete Ergebnisse

des. Auch hier zeigten jedoch die Abweichungen im einzelnen erheblich größere Ungenauigkeiten auf. Rund 570 000 Personen waren noch im Melderegister mit Hauptwohnung ausgewiesen, obwohl sie tatsächlich am Ort nicht mehr oder nicht mehr mit Hauptwohnung wohnhaft waren. Auf der anderen Seite wiesen die Melderegister einen Fehlbestand von 480 000 Personen, die mit Hauptwohnung zu berücksichtigen waren, aus. Diese Personen hatten sich bei ihrer zuständigen Meldebehörde entweder nicht oder nicht mit dem aktuellen Wohnstatus angemeldet.

In den Beständen und Abweichungen, bezogen auf die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung, sind auch die „Statuswechsler“ berücksichtigt. Darunter werden im folgenden jene Personen verstanden, die im Melderegister und im Ist-Bestand mit unterschiedlicher Zuordnung zur Haupt- oder Nebenwohnung enthalten sind. Die Statuswechsler führen bei der wohnberechtigten Bevölkerung nicht zu einer Differenz, die im Registerüberhang oder -fehlbestand ihren

Niederschlag findet; dies tritt erst bei der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung auf, so daß hier z. T. deutlichere Abweichungen als bei der wohnberechtigten Bevölkerung auftreten.

Statuswechsel bei der Zuordnung zur Haupt- oder Nebenwohnung zwischen Melderegister und Ist-Bestand wurden zunächst im Hinblick auf die Relevanz des Wohnungsstatus für die Gebietskörperschaften als Registerüberhänge bzw. -fehlbestände berücksichtigt. In weiteren Nachweisungen (siehe auch die nächste Tabelle) erfolgt jedoch eine Differenzierung, da im Melderegister nicht berücksichtigte Statuswechsel zwar bei der Beurteilung der Qualität der Register aufgrund des maßgeblichen Bevölkerungsbegriffs „am Ort der Hauptwohnung“ wie Überhänge oder Fehlbestände zu beurteilen sind, andererseits aber im Hinblick auf eine Registerbereinigung oder die Durchführung von Bestandserhebungen auf Registerbasis anders als Fälle, die

nicht oder zu Unrecht noch im Register enthalten sind, zu bewerten sind. Bei Statuswechslern wären z. B. die Voraussetzungen für eine postalische Bereinigung der Melderegister bzw. eine entsprechende Erhebung auf Registerbasis gegeben, da die Person als solche mit zutreffender Anschrift im Bestand enthalten ist.

Zu berücksichtigen ist auch, daß unter Umständen die nach dem neuen Melderecht erfolgte Umstellung von der „Wohnbevölkerung“ zur „Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung“ als eine wesentliche Ursache anzusehen ist.

Aufgrund des Auswahlverfahrens und des Stichprobenumfangs ist eine regionalisierte Betrachtung der Ergebnisse unterhalb der Landesebene methodisch nicht vertretbar; lediglich für die Bestandszahlen wurde eine Unterscheidung in zusammengefaßte Ergebnisse für Kreise bzw. kreisfreie Städte vorgenommen, um ein ggf. auftretendes Stadt-Land-Gefälle zu erkennen.

Dabei ergaben sich Unterschiede zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten für die Personen, die im Melderegister noch ausgewiesen waren, die aber als nicht mehr dort wohnhaft festgestellt wurden (3,2 % bzw. 4,2 %), während die Anteile der nicht gemeldeten Personen, die im Rahmen der Volkszählung 1987 erhoben wurden, in beiden Fällen etwa gleich hoch waren (1,9 %), d. h. das Anmeldeverhalten war in Kreisen und kreisfreien Städten in etwa vergleichbar, während die Fortzüge in den kreisfreien Städten zu einem etwas höheren Anteil nicht im Melderegister ihren Niederschlag fanden.

Da bei den genannten Anteilen von der wohnberechtigten Bevölkerung ausgegangen wurde und der Vergleich auf der Basis der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung zu einer geringeren Abweichung der Anteile

führt (3,1 % bzw. 3,7 %), liegt die Ursache zum großen Teil bei den Personen, die mit Nebenwohnung gemeldet sind; der Anteil der Nebenwohnsitze ist in den kreisfreien Städten tendenziell höher.

Die Auffächerung der Registerüberhänge und -fehlbestände nach den gemäß § 11 Abs. 1 Volkszählungsgesetz 1987 zur Verfügung stehenden soziodemographischen Grunddaten zeigt, daß hier z. T. deutliche Abweichungen von der Bevölkerungsstruktur insgesamt vorliegen.

Bei den insgesamt rund 350 000 mit Hauptwohnung im Register noch ausgewiesenen, aber nicht mehr als dort wohnhaft festgestellten Personen waren erwartungsgemäß Ausländer überproportional vertreten, bedingt durch die Tatsache, daß die Rückkehr ins Heimatland nur zum Teil zu einer Abmeldung bei der Meldebehörde führt. Die Personen mit einer anderen als der deutschen Staatsangehörigkeit waren bei den Registerüberhängen fast viermal so häufig wie in der Bevölkerung insgesamt. Ähnlich, wenn auch nicht in dieser Deutlichkeit, hatte diese Bevölkerungsgruppe bei den nicht gemeldeten Personen einen überproportionalen Anteil. Bei den Statuswechslern, d. h. unterschiedlichen Zuordnungen zu Haupt- oder Nebenwohnung im Melderegister und Ist-Bestand, waren Ausländer dagegen nur proportional zu ihrem Bevölkerungsanteil (gemäß Ist-Bestand mit Nebenwohnung: 8,3 %) bzw. nur halb so stark (mit Hauptwohnung: 4 %) vertreten.

Die Verteilung auf die Altersgruppen zeigt erwartungsgemäß die Personen der Jahrgänge 1948-1966 bei den Registerüberhängen und -fehlbeständen deutlich überrepräsentiert, während die übrigen Altersgruppen in geringerem Maße vertreten waren, als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entspräche.

Für die Altersgruppen unter 21 Jahren und 40 bis 49 Jahre ergeben sich leicht, für die Altersgruppe über 64 Jahre deutlich unterdurchschnittliche Registerüberhänge. Die relativ stärkste Konzentration der Registerüberhänge liegt, gemessen am Anteil an der Gesamtbevölkerung, in der Altersgruppe der 21- bis 25jährigen vor. Diese Altersgruppe weist auch bei den Registerfehlbeständen und den Statuswechslern die größten Abweichungen vom Ist-Bestand auf.

Sehr stark ist die Konzentration auf bestimmte Altersgruppen bei den Statuswechslern; sie sind überwiegend den 21- bis 49jährigen zuzuordnen. Als Ursache muß hier neben dem allgemeinen Meldeverhalten auch die größere Mobilität, die zu einer überproportionalen Zahl von Meldevorgängen für diese Altersgruppe führt, angesehen werden.

Für Kinder im Alter unter 10 Jahren und ältere Personen (65 Jahre und älter) traten kaum Abweichungen zwischen den Angaben zu Haupt- oder Nebenwohnung im Melderegister und Ist-Bestand auf.

Die Unterscheidung nach Geschlechtern zeigt, unabhängig von anderen Gliederungskriterien, für die Frauen ein insgesamt besseres Meldeverhalten. Gemessen am Anteil an der Gesamtbevölkerung waren die Frauen bei den Registerüberhängen proportional, beim Registerfehlbestand (46,3 %) und bei den Statuswechslern (45,1 % bzw. 42,0 %) nur unterproportional vertreten. Dies gilt auch für die Frauen im erwerbsfähigen Alter und die älteren Frauen, während bei den späteren Geburtsjahren, für die die Anmeldungen meist noch durch die Erziehungsberechtigten erfolgen, der Anteil der Überhänge und Fehlbstände dem Bevölkerungsanteil entspricht. Ausgenommen sind die Geburtsjahrgänge 1962 bis 1966 und vor 1923, die bei den Registerüberhängen für die Frauen deutlich höhere Anteile als bei den Männern auswiesen.

(Siehe Tabelle Seite 611.)

Die in der Tabelle ausgewiesenen Statuswechsler mit Hauptwohnung und Statuswechsler mit Nebenwohnung gleichen sich zahlenmäßig in etwa aus. Da für die Personen mit mehreren Wohnsitzen eine geänderte Zuordnung zur Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung zwangsläufig auch zu einem anderen Nebenwohnsitz führt, entspricht diese Übereinstimmung den Erwartungen. Die verbleibenden Differenzen erklären sich aus dem Saldo der über die Landesgrenzen hinausgehenden Änderungen hinsichtlich der unterschiedlichen Zuordnung zur Haupt- und Nebenwohnung.

Der Registerfehlbestand, d. h. die Zahl der Personen die zwar mit Hauptwohnung am Ort wohnhaft, aber nicht bei der zuständigen Meldebehörde gemeldet waren, weist überproportionale Werte bei den Männern (53,7 %), Ausländern (18,6 %) und Personen der Altersgruppe 21 bis 39 Jahre (44,6 %) aus.

Der Fehlbestand ist als Aspekt der Melderegisterqualität von besonderem Gewicht, da hier im Hinblick auf eine Registerbereinigung oder Verwendung der Register als Basis alternativer Erhebungsmethoden besondere methodische Probleme auftreten. Da für diese Fälle aus dem Ist-Bestand über die Registerangaben gem. § 11 Abs. 1 Volkszählungsgesetz hinaus weitere soziodemographische Grunddaten vorliegen, kann hier eine weitergehende Aufgliederung vorgenommen werden.

Die Differenzierung nach Geschlecht und Altersstruktur bestätigt, daß bei den meisten Altersgruppen das Meldeverhalten der Frauen zum Teil deutlich besser zu bewerten ist als das der Männer und daß gleichzeitig die Anmeldung überproportional in den Altersgruppen unter 10 Jahren und 21 bis 39 Jahre unterlassen wurde. Die deutlichsten Unterschiede in der Fehlbestandsquote zwischen Frauen und

Männern wurden ebenfalls in der Altersgruppe 21 bis 39 Jahre ausgewiesen, während für die jüngeren Jahrgänge (1967 und später) bei den Frauen sogar eine geringfügig, jedoch nicht signifikant höhere Quote auftrat. Deutlich überrepräsentiert war insbesondere die Gruppe der 21- bis 25jährigen mit 3,2 %, die mit 3,8 % bei den Männern und 2,5 % bei den Frauen auch die höchsten geschlechtsspezifischen Unterschiede im Meldeverhalten zu verzeichnen hatte.

Die Unterschiede im Meldeverhalten der Angehörigen der beiden großen Konfessionen in Nordrhein-Westfalen waren dagegen sehr gering; die Anteile der nicht gemeldeten Fälle am Gesamtbestand lagen mit 1,7 % bzw. 1,5 % für die römisch-katholische und die evangelische Religionsgemeinschaft auch relativ niedrig. Die höchsten Anteile traten bei den übrigen Fällen, d. h. Fällen ohne Angabe oder anderer Religionsgesellschaften auf. (Siehe Tabelle Seite 611.)

Beim Familienstand traten die zu erwartenden deutlich höheren Fehlbestandsquoten für die ledigen Personen gegenüber den übrigen Personen auf; die Verheirateten wiesen erwartungsgemäß das beste Meldeverhalten sowie keine geschlechtsspezifischen Unterschiede auf, während bei den Verwitweten und Geschiedenen die Frauen wieder eindeutig besseres Meldeverhalten zeigten.

Unter dem Aspekt des überwiegenden Lebensunterhalts zeigt sich, daß Personen, die nicht von der eigenen Erwerbstätigkeit oder der Erwerbstätigkeit des Ehegatten oder der Eltern leben, die geringste Fehlbestandsquote aufweisen. Hier dürften eine geringere Mobilität und eine altersspezifisch höhere Meldebereitschaft der Rentner sowie die für den Empfang von Sozialhilfeleistungen erforderliche ordnungsgemäße Anmeldung eine Rolle spielen. Bemerkenswert ist, daß die Personen, die als

arbeitslos, arbeitssuchend im Ist-Bestand vermerkt sind, mit 3,5 % einen überproportionalen Fehlbestand aufweisen.

Eine Aufgliederung nach dem höchsten allgemeinen oder berufsbildenden Schulabschluß zeigt, daß der relative Fehlbestand mit zunehmendem Bildungsstand steigt. Alle Bildungsabschlüsse von der mittleren Reife ab weisen überdurchschnittliche Fehlbestandsquoten auf; lediglich die Fälle mit Volksschul-/Hauptschulabschluß liegen unter der durchschnittlichen Fehlbestandsquote. Die höchsten Fehlquoten sind beim Abschluß Hochschul-/Fachhochschulreife zu verzeichnen, die noch etwas höher liegen als bei den berufsbildenden Abschlüssen an einer Hochschule/Fachhochschule. Hier dürfte die unterschiedliche Altersstruktur der Akademiker gegenüber allen Personen mit Hochschul-/Fachhochschulreife einschl. derjenigen, die erst einen Studienabschluß bzw. eine nachgehende Berufstätigkeit anstreben, die Ursache sein.

Eine weitere Differenzierung nach dem Wohnungsstatus zeigt für den Registerfehlbestand einen deutlich überdurchschnittlichen Anteil von Personen mit mehr als einer Wohnung (20 %), die überwiegend (63 %) ledig waren. Die Verheirateten hatten hier dagegen nur einen Anteil von 28 % am Fehlbestand. Die Nebenwohnsitzquote der nicht gemeldeten Personen lag mit 11 % ebenfalls relativ hoch.

Der größte Teil der Personen mit mehr als einer Wohnung ging von dem Ort, für den er hätte gemeldet sein müssen, zur Schule oder Arbeitsstätte (56 %).

Auf eine Differenzierung nach Haushaltstypen wurde verzichtet, da angesichts des relativ geringen Umfangs des in der Stichprobe aufgetretenen Registerfehlbestandes Ergebnisse,

die über die zu den Merkmalen Familienstand und Lebensunterhalt bereits vorliegenden Erkenntnisse hinausgehen, kaum zuverlässig ableitbar gewesen wären. Zudem konnten aus dem Registerauszug gem. § 11 Abs. 1 VZG keine Angaben zum Haushalt abgeleitet werden, die methodisch kompatibel mit der „Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft“ gewesen wären, die beim Ist-Bestand zugrunde gelegt wurde.

Bewertung

Die dargestellten Ergebnisse zeigen somit alle aufgrund des Auswahlverfahrens, des Stichprobenumfangs und der aufgetretenen Häufigkeit der einzelnen Merkmalsausprägungen als relevant und aussagekräftig angesehenen Strukturen.

Die Ergebnisse dieses Vergleichs zur Untersuchung der Qualität der Melderegister lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Die Qualität der Melderegister kann, berücksichtigt man, daß die letzte flächendeckende Registerbereinigung 1970 möglich war, als befriedigend beurteilt werden.
2. Neben den erwarteten Registerüberhängen, den sog. „Karteileichen“, wurden in erheblichem Umfang auch Fehlbestände, d. h. nicht gemeldete Personen, festgestellt.
3. Die Struktur der Registerüberhänge, insbesondere aber der Fehlbestände, weicht zum Teil deutlich von den Strukturen des Ist-Bestandes ab; d. h. die Melderegister weisen auch erhebliche strukturelle Verzerrungen auf.
4. Überproportional sind Ausländer, Männer, Erwerbstätige, Personen mit höheren Bildungsabschlüssen

und die Altersgruppe 21 bis 39 Jahre, insbesondere die 21- bis 25jährigen, bei den Überhängen und Fehlbeständen vertreten.

5. Das Gesamtniveau der Überhänge und Fehlbestände in bezug auf die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung, bei der die Statuswechsel (unterschiedliche Angabe zu Haupt-/Nebenwohnung im Melderegister und Ist-Bestand) als Abweichungen berücksichtigt sind, ist in gewissem Umfang auch durch den 1983 geänderten Bevölkerungsbegriff – statt Wohnbevölkerung: Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung – überhöht.

Die Prüfung auf Vergleichbarkeit einer unmittelbaren Auszählung der Melderegister mit einer primärstatistischen Vollerhebung führte damit hinsichtlich Genauigkeit und Qualität zu folgenden Ergebnissen:

- a) Eine Auszählung der Melderegister würde auch per Saldo durch Fehlbestände, Überhänge und Statuswechsel zu deutlichen Abweichungen gegenüber dem Ist-Bestand führen; dies gilt insbesondere für die unter verschiedenen Gesichtspunkten (z. B. Finanzzuweisungen) für die kommunalen Gebietskörperschaften relevante Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung.
- b) Da Überhänge, Fehlbestände und Statuswechsel Konzentrationen auf bestimmte soziodemographische Gruppen aufweisen, würde eine Auszählung der Melderegister zu strukturellen Verzerrungen gegenüber dem Ist-Bestand führen.
- c) Die Verteilung der Überhänge und Fehlbestände im Raum weist erhebliche Konzentrationen auf, so daß sowohl bei den Bestandsgrößen als auch hinsichtlich der Strukturen räumliche Verschiebungen gegenüber dem Ist-Bestand auftreten können.

Die Frage nach der unmittelbaren Eignung einer Auszählung der gegenwärtigen Melderegister als Alternative zu einer Vollerhebung ist damit negativ zu beantworten.

Dies gilt nicht für die weiteren Fragen nach der Eignung als

- a) Organisationsmittel für die Durchführung einer Volkszählung nach den bisherigen Verfahren

und

- b) Basis anderer alternativer Verfahren zur Erhebung von Bestands- und Strukturdaten.

Die Eignung als Organisationsmittel für die Durchführung, insbesondere als Grundlage einer Begehung durch Zähler oder Interviewer und als ergänzende Unterlage für die Überprüfung einer vollzähligen und vollständigen Erhebung, ist in vollem Umfang gegeben. Die bestehenden Ungenauigkeiten sind nicht so groß, daß die Einteilung in die Zählbezirke und kleinräumigen Gliederungseinheiten damit in Frage gestellt würden. Die vorhandenen Ungenauigkeiten bei Bestands- und Strukturgrößen können durch die eigentliche Erhebung, d. h. Begehung vor Ort, einschl. einer eingehenden Nachkontrolle durch die Erhebungsstelle bereinigt werden.

Eine Eignung als Basis alternativer Verfahren ist nicht ohne Vorbereitende und ergänzende Maßnahmen gegeben. Voraussetzung wäre insbesondere eine vollständige Bereinigung der Melderegister.

Die Ergebnisse des Vergleichs von Melderegister und Volkszählung 1987 zeigen, daß eine Bereinigung der Melderegister im Wege einer postalischen Befragung der Personen mit mehr als einer Wohnung zur Feststellung von Statuswechseln unzureichend wäre. Auch eine (postalische)

Befragung aller Haushalte, die im Melderegister ausgewiesen werden, würde zwar neben den Statuswechseln auch die Registerüberhänge bereinigen können, nicht aber zu einer Berücksichtigung der Register-Fehlbestände, d. h. der nicht gemeldeten Personen, führen. Soweit sich keine Änderungen der melderechtlichen Rahmenbedingungen ergeben, würde eine vollständige Registerbereinigung in jedem Fall eine Begehung vor Ort, entweder als alleinigen Erhebungsweg oder in Kombination mit einer vorab durchgeführten postalischen Vorbereinigung, erfordern.

Die Kosten, die dadurch entstehen würden, wären geringer als die Kosten der Durchführung einer Vollerhebung, wären aber gemessen an den nur wenigen Tatbeständen, die erhoben würden, in der Relation deutlich höher, da im Rahmen der Erhebungsphase (Verteilung der Erhebungsunterlagen oder Interview), die den größten Kostenanteil verursacht, die Zahl und Art der Erhebungsmerkmale von untergeordneter Bedeutung ist. Dies ist bedingt durch den hohen Fixkostenanteil, der sich durch den Aufbau der Erhebungsorganisation und die unabhängig von den Erhebungsmerkmalen erforderliche Begehung ergibt.

Würde eine solche Registerbereinigung durchgeführt, könnten anschließend die Bestands- und Strukturzahlen als sekundärstatistische Vollerhebung aufbereitet werden; da die Melderegister weitgehend als DV-gestützte Dateien geführt werden, wäre mit der statistischen Aufbereitung keine größere Zeitverzögerung verbunden.

Eine wesentliche Schwachstelle wäre der für eine Bereinigung der Melderegister erhobene fachlich sehr eng begrenzte Merkmalskatalog, der nur einen kleinen Teil des Datenspektrums, das für die gesellschaftlich relevanten

Planungsbereiche benötigt und üblicherweise im Rahmen einer Volkszählung erhoben wird, abdecken kann.

Um dies zumindest teilweise auszugleichen, müßten kurzfristig auf der Basis der bereinigten Melderegister ergänzende primärstatistische Erhebungen durchgeführt werden.

Bei einer Entscheidung, ob diese als Voll- oder Teilerhebungen durchgeführt werden sollten, ist neben den bekannten Vor- und Nachteilen der jeweiligen Erhebungsform zu berücksichtigen, daß ggf. für die Bereinigung und Aktualisierung der Melderegister bereits hohe Kosten angefallen wären.

Die organisatorischen und methodischen Voraussetzungen für die Durchführung einer Erhebung für eine repräsentative Teilmenge der Gesamtheit wären gegeben.

Probleme würde dagegen zunächst die Frage aufwerfen, welche Daten für welche regionalen und fachlichen Gliederungsstufen zwingend benötigt werden. Hier würden die Konsumenten der amtlichen Statistik zu fragen sein. Erst dann könnte entschieden werden, ob die ergänzende Erhebung als Vollerhebung durchgeführt werden müßte oder als Stichprobe durch-

geführt werden könnte, welcher Stichprobenumfang ggf. erforderlich wäre und wie die Auswahl erfolgen sollte.

Dieser kurze Abriss zeigt, daß sich mit der Entscheidung für eine Alternativerhebung auf Registerbasis eine Reihe von Fragestellungen ergeben würden, verbunden mit der Notwendigkeit umfangreicher Abstimmungsprozesse und langfristiger Vorbereitungsarbeiten.

Gleichwohl sollte diese Alternative nicht von vornherein außer acht gelassen werden, da hier zumindest ein wesentliches Problem der Kommunen, die maßgebliche Bevölkerungszahl und Melderegister in Einklang zu bringen, gelöst wäre.

Zu berücksichtigen ist hier, daß das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur geplanten Volkszählung 1983 den umgekehrten Weg, d. h. eine Registerbereinigung anhand der Volkszählungsergebnisse, als Verknüpfung von Statistik und Verwaltung als verfassungswidrig angesehen hat. Das hat zur Konsequenz, daß, obwohl die aktuellen Ergebnisse der Volkszählung 1987 vorliegen, die Melderegister, da unbereinigt, noch immer den alten Stand aufweisen.



Nichtehelich geborene Kinder im Jahre 1988

Von den 186 000 Kindern, die im Jahre 1988 in Nordrhein-Westfalen zur Welt kamen, wurden 17 000 nichtehelich geboren. Der Anteil der nichtehelichen Kinder an der Gesamtgeborenenzahl belief sich auf 9,3 % und hat sich damit in den letzten 20 Jahren (1969: 4,2 %) mehr als verdoppelt.

Innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen waren die höchsten „Nichtehelichen-Quoten“ in den Ballungsräumen zu beobachten: So waren etwa in Düsseldorf, Köln und Wuppertal 14 % aller Geborenen nichtehelich. Vergleichsweise niedrig waren die Anteilswerte dagegen in den ländlichen Räumen; in den Kreisen Borken, Coesfeld, Steinfurt, Höxter sowie im Hochsauerlandkreis wurden nur Quoten zwischen 4 % und 6 % registriert.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im 3. Vierteljahr 1989

Im dritten Quartal 1989 verzeichnete der nordrhein-westfälische Hochbau 15,4 % mehr Auftragseingänge als im gleichen Vorjahresquartal, der Tiefbau dagegen 2,6 % weniger. Insgesamt ergab sich für das Bauhauptgewerbe NRW ein Plus von 6,5 %. Damit setzte sich die seit Ende 1987 zu beobachtende Belebung der Baunachfrage leicht abgeschwächt fort.

Von der regen Ordertätigkeit im Hochbau profitierte insbesondere der öffentliche Hochbau (+36,9 %); aber auch der gewerbliche und industrielle Hochbau (+14,7 %) sowie der Wohnungsbau (+5,3 %) konnten deutlich mehr Aufträge verbuchen. Der Rückgang im Tiefbau beruht auf der spürbar geringeren Auftragsvergabe im „sonstigen öffentlichen Tiefbau“ (-11,2 %; gegenüber einem allerdings sehr hohen Vorjahresergebnis). Der Straßenbau (+3,0 %) und der gewerbliche und industrielle Tiefbau (+3,6 %) meldeten dagegen gestiegene Auftrags-eingänge.

Auftragslage der Industrie im September 1989

Die Auftragslage der nordrhein-westfälischen Industrie wurde im September 1989 vor allem durch eine lebhafte Auslandsnachfrage bestimmt: Das Volumen der Auslandsbestellungen lag um 8 % höher als vor Jahresfrist. Da bei den Inlandsbestellungen ebenfalls eine Zunahme zu verzeichnen war (+2 %), stiegen auch die Auftragseingänge insgesamt spürbar an (+4 %).

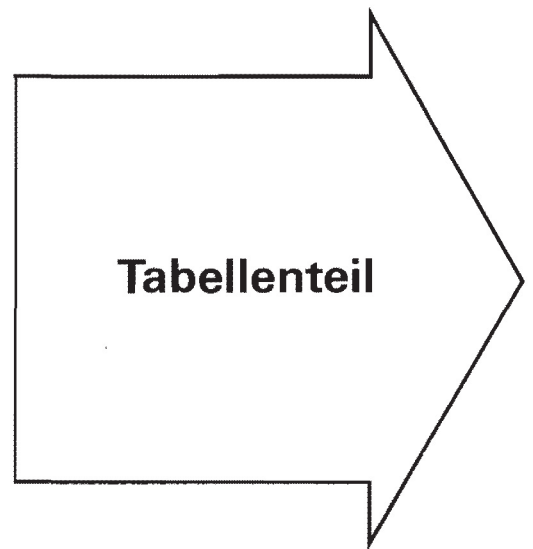
Nach wie vor ist die Nachfrage nach Investitionsgütern besonders groß; hier zogen die Auslandsorders um 14 % und die Inlandsorders um 11 % an (insgesamt: +12 %). Die Bestellungen von Verbrauchsgütern blieben aufgrund der Zuwächse im Auslandsgeschäft (+5 %) insgesamt auf Vorjahresniveau (Inlandsbestellungen: -1 %). Allein im Grundstoff- und Produktionsgütersektor nahm das Bestellvolumen insgesamt ab (-2 %), da hier das Plus bei den Auslandsbestellungen (+2 %) die Abnahme bei den Inlandsbestellungen (-4 %) nicht kompensieren konnte.

Einzelhandelsumsatz im September 1989

Die nordrhein-westfälischen Einzelhändler konnten im September 1989 ihre Umsätze gegenüber dem September des Vorjahres nominal um 3 % erhöhen. Real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, war keine Veränderung festzustellen (± 0 %).

Die höchsten nominalen Steigerungsraten verzeichneten der Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen (+9 %), der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (+6 %) sowie der Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen (+6 %). Im Einzelhandel mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art sowie im Einzelhandel mit Papierwaren, Druckerzeugnissen und Büromaschinen betrug der Anstieg jeweils 1 %. Unverändert blieben die Umsätze im Einzelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw. und im Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren; der Einzelhandel mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen verzeichnete ein Minus von 2 %.

Innerhalb des Einzelhandels mit Waren verschiedener Art erzielten die Waren- und Kaufhäuser einen Zuwachs von jeweils 1 %. Die Umsätze der SB-Warenhäuser hielten das Vorjahresniveau, während die Verbrauchermärkte eine Einbuße von 4 % hinnehmen mußten.



Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1988 nach Hauptgruppen und Bundesländern						
Gebiet	Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau)	Bergbau	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe
Mill. DM						
Schleswig-Holstein	38 335	118	8 040	14 411	5 807	9 959
Hamburg	66 371	.	.	14 451	1 784	8 308
Niedersachsen	160 009	3 104	30 353	81 573	18 561	26 418
Bremen	23 107	—	3 043	12 105	1 359	6 601
Nordrhein-Westfalen	436 075	24 057	156 931	159 254	61 067	34 766
Hessen	130 816	536	40 982	62 064	15 573	11 660
Rheinland-Pfalz	88 832	—	36 812	29 382	13 968	8 669
Baden-Württemberg	283 302	.	.	170 910	44 600	19 293
Bayern	258 781	216	42 995	140 262	47 399	27 908
Saarland	28 399	3 692	7 270	13 740	1 954	1 743
Berlin (West)	47 640	—	5 273	15 325	5 132	21 910
Bundesgebiet	1 561 666	31 922	421 825	713 480	217 204	177 235
Veränderung 1988 gegenüber 1987 in %						
Schleswig-Holstein	+ 6,6	−4,8	+6,5	+ 8,4	+ 7,2	+ 4,1
Hamburg	− 3,7	.	.	+ 4,4	+14,5	−18,4
Niedersachsen	+ 6,2	+1,7	+9,6	+ 5,2	+ 8,5	+ 4,3
Bremen	+ 2,4	—	.	− 4,5	+21,1	+ 9,6
Nordrhein-Westfalen	+ 6,8	+0,3	+9,7	+ 5,1	+ 7,9	+ 4,5
Hessen	+13,3	−0,4	+6,7	+19,4	+ 7,0	+17,3
Rheinland-Pfalz	+ 7,1	—	+8,2	+ 9,6	+ 2,3	+ 2,3
Baden-Württemberg	+ 4,2	.	.	+ 4,4	+ 3,3	+ 0,4
Bayern	+ 4,0	−6,9	+5,9	+ 3,4	+ 4,7	+ 2,7
Saarland	+ 8,0	+3,1	+7,1	+10,2	+ 9,8	+ 4,4
Berlin (West)	+ 6,1	—	+8,6	+ 8,2	+ 8,4	+ 3,7
Bundesgebiet	+ 5,7	+0,6	+6,9	+ 5,9	+ 5,9	+ 3,1
Anteile der Hauptgruppen je Land in %						
Schleswig-Holstein	100	0,3	21,0	37,6	15,2	26,0
Hamburg	100	.	.	21,8	2,7	12,5
Niedersachsen	100	1,9	19,0	51,0	11,6	16,5
Bremen	100	—	13,2	52,4	5,9	28,6
Nordrhein-Westfalen	100	5,5	36,0	36,5	14,0	8,0
Hessen	100	0,4	31,3	47,4	11,9	8,9
Rheinland-Pfalz	100	—	41,4	33,1	15,7	9,8
Baden-Württemberg	100	.	.	60,3	15,7	6,8
Bayern	100	0,1	16,6	54,2	18,3	10,8
Saarland	100	13,0	25,6	48,4	6,9	6,1
Berlin (West)	100	—	11,1	32,2	10,8	46,0
Bundesgebiet	100	2,0	27,0	45,7	13,9	11,4
Anteile der Länder je Hauptgruppe in %						
Schleswig-Holstein	2,5	0,4	1,9	2,0	2,7	5,6
Hamburg	4,3	.	.	2,0	0,8	4,7
Niedersachsen	10,3	9,7	7,2	11,4	8,6	14,9
Bremen	1,5	—	0,7	1,7	0,6	3,7
Nordrhein-Westfalen	27,9	75,4	37,2	22,3	28,1	19,6
Hessen	8,4	1,7	9,7	8,7	7,2	6,6
Rheinland-Pfalz	5,7	—	8,7	4,1	6,4	4,9
Baden-Württemberg	18,1	.	.	24,0	20,5	10,9
Bayern	16,6	0,7	10,2	20,0	21,8	15,8
Saarland	1,8	11,6	1,7	1,9	0,9	1,0
Berlin (West)	3,1	—	1,3	2,2	2,4	12,4
Bundesgebiet	100	100	100	100	100	100

Auslandsumsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1988 nach Hauptgruppen und Bundesländern						
Gebiet	Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau)	Bergbau	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
Mill. DM						
Schleswig-Holstein	9 212	.	2 295	5 341	.	.
Hamburg	9 594	.	.	5 242	442	983
Niedersachsen	52 228	293	9 697	35 844	3 653	2 741
Bremen	8 263	—	1 232	5 528	.	.
Nordrhein-Westfalen	129 318	2 448	52 025	59 008	13 330	2 508
Hessen	37 165	323	13 697	19 629	2 951	565
Rheinland-Pfalz	33 968	—	18 747	10 958	3 213	1 049
Baden-Württemberg	91 316	.	.	68 785	8 851	.
Bayern	89 023	.	.	63 672	9 575	.
Saarland	9 284	156	2 818	5 582	618	110
Berlin (West)	5 379	—	1 406	3 197	283	493
Bundesgebiet	474 750	3 270	128 710	282 787	43 999	15 985
Veränderung 1988 gegenüber 1987 in %						
Schleswig-Holstein	+13,8	.	+15,7	+14,0	.	.
Hamburg	+ 8,1	.	.	+12,6	+18,5	+ 3,6
Niedersachsen	+ 8,1	+21,1	+11,8	+ 6,8	+13,1	+ 4,7
Bremen	— 1,8	—	.	— 7,2	.	.
Nordrhein-Westfalen	+ 9,8	— 4,9	+12,6	+ 7,6	+12,7	+ 9,0
Hessen	+ 8,7	+ 2,9	+12,7	+ 5,9	+11,7	+ 3,9
Rheinland-Pfalz	+13,5	—	+14,9	+12,3	+ 5,1	+30,0
Baden-Württemberg	+ 5,0	.	.	+ 4,3	+ 3,6	.
Bayern	+ 7,7	.	.	+ 7,2	+ 6,1	.
Saarland	+13,3	+21,9	+18,2	+10,7	+11,6	+31,0
Berlin (West)	+ 6,9	—	+10,2	+ 7,7	— 0,4	— 1,8
Bundesgebiet	+ 8,3	— 1,1	+12,7	+ 6,6	+ 8,8	+ 5,7
Anteile der Hauptgruppen je Land in %						
Schleswig-Holstein	100	.	24,9	58,0	.	.
Hamburg	100	.	.	54,6	4,6	10,2
Niedersachsen	100	0,6	18,6	68,6	7,0	5,3
Bremen	100	—	14,9	66,9	.	.
Nordrhein-Westfalen	100	1,9	40,2	45,6	10,3	1,9
Hessen	100	0,9	36,9	52,8	7,9	1,5
Rheinland-Pfalz	100	—	55,2	32,3	9,5	3,1
Baden-Württemberg	100	.	.	75,3	9,7	.
Bayern	100	.	.	71,5	10,8	.
Saarland	100	1,7	30,4	60,1	6,7	1,2
Berlin (West)	100	—	26,1	59,4	5,3	9,2
Bundesgebiet	100	0,7	27,1	59,6	9,3	3,4
Anteile der Länder je Hauptgruppe in %						
Schleswig-Holstein	1,9	.	1,8	1,9	.	.
Hamburg	2,0	.	.	1,9	1,0	6,2
Niedersachsen	11,0	9,0	7,5	12,7	8,3	17,2
Bremen	1,7	—	1,0	2,0	.	.
Nordrhein-Westfalen	27,2	74,9	40,4	20,9	30,3	15,7
Hessen	7,8	9,9	10,6	6,9	6,7	3,5
Rheinland-Pfalz	7,2	—	14,6	3,9	7,3	6,6
Baden-Württemberg	19,2	.	.	24,3	20,1	.
Bayern	18,8	.	.	22,5	21,8	.
Saarland	2,0	4,8	3,2	2,0	1,4	0,7
Berlin (West)	1,1	—	1,1	1,1	0,6	3,1
Bundesgebiet	100	100	100	100	100	100

Beschäftigte*) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1988 nach Hauptgruppen und Bundesländern						
Gebiet	Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau)	Bergbau	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
Anzahl						
Schleswig-Holstein	165 355	436	25 222	88 427	28 722	22 548
Hamburg	134 329	.	.	72 438	10 827	16 797
Niedersachsen	640 034	14 482	106 373	339 559	111 246	68 373
Bremen	76 241	—	8 035	48 686	6 781	12 739
Nordrhein-Westfalen	1 942 300	148 394	505 260	859 945	325 164	103 537
Hessen	626 998	6 001	160 226	333 295	96 420	31 053
Rheinland-Pfalz	366 078	—	116 409	148 516	81 671	19 479
Baden-Württemberg	1 434 481	.	.	939 870	275 005	55 278
Bayern	1 355 794	869	169 002	768 243	333 834	83 840
Saarland	134 245	22 577	30 666	59 356	14 481	7 165
Berlin (West)	161 979	—	18 461	99 170	23 688	20 660
Bundesgebiet	7 037 835	193 743	1 337 258	3 757 505	1 307 839	441 469
Veränderung 1988 gegenüber 1987 in %						
Schleswig-Holstein	+0,7	+ 2,8	+0,3	+0,3	+ 1,7	+1,5
Hamburg	—1,4	.	.	—1,0	+ 4,2	—5,4
Niedersachsen	—0,9	— 4,5	—1,7	—1,0	+ 0,6	—0,7
Bremen	+0,4	—	.	—1,1	+12,1	+1,7
Nordrhein-Westfalen	—0,5	— 4,8	—1,6	—0,2	+ 2,5	+0,4
Hessen	—0,3	— 2,2	+1,7	—1,5	+ 0,4	+0,8
Rheinland-Pfalz	+0,2	—	+1,6	+0,7	— 2,3	—0,6
Baden-Württemberg	+0,1	.	.	+0,6	— 1,5	+0
Bayern	+0	—18,5	—0,2	+0,7	— 1,0	—1,2
Saarland	—0,9	— 5,2	—1,4	+1,1	— 1,3	—1,1
Berlin (West)	—0,5	—	+0,3	—2,1	+ 3,1	+2,6
Bundesgebiet	—0,2	— 4,8	—0,5	—0	+ 0,1	—0,2
Anteile der Hauptgruppen je Land in %						
Schleswig-Holstein	100	0,3	15,3	53,5	17,4	13,6
Hamburg	100	.	.	53,9	8,1	12,5
Niedersachsen	100	2,3	16,6	53,1	17,4	10,7
Bremen	100	—	10,5	63,9	8,9	16,7
Nordrhein-Westfalen	100	7,6	26,0	44,3	16,7	5,3
Hessen	100	1,0	25,6	53,2	15,4	5,0
Rheinland-Pfalz	100	—	31,8	40,6	22,3	5,3
Baden-Württemberg	100	.	.	65,5	19,2	3,9
Bayern	100	0,1	12,5	56,7	24,6	6,2
Saarland	100	16,8	22,8	44,2	10,8	5,3
Berlin (West)	100	—	11,4	61,2	14,6	12,8
Bundesgebiet	100	2,8	19,0	53,4	18,6	6,3
Anteile der Länder je Hauptgruppe in %						
Schleswig-Holstein	2,4	0,2	1,9	2,4	2,2	5,1
Hamburg	1,9	.	.	1,9	0,8	3,8
Niedersachsen	9,1	7,5	8,0	9,0	8,5	15,5
Bremen	1,1	—	0,6	1,3	0,5	2,9
Nordrhein-Westfalen	27,6	76,6	37,8	22,9	24,9	23,5
Hessen	8,9	3,1	12,0	8,9	7,4	7,0
Rheinland-Pfalz	5,2	—	8,7	4,0	6,2	4,4
Baden-Württemberg	20,4	.	.	25,0	21,0	12,5
Bayern	19,3	0,5	12,6	20,5	25,5	19,0
Saarland	1,9	11,7	2,3	1,6	1,1	1,6
Berlin (West)	2,3	—	1,4	2,6	1,8	4,7
Bundesgebiet	100	100	100	100	100	100

*) Monatsdurchschnitt

Bevölkerung am 25. Mai 1987 sowie Überhang, Fehlbestand und Statuswechsler¹⁾ des Melderegisters gegenüber dem Ist-Bestand nach Geburtsjahren

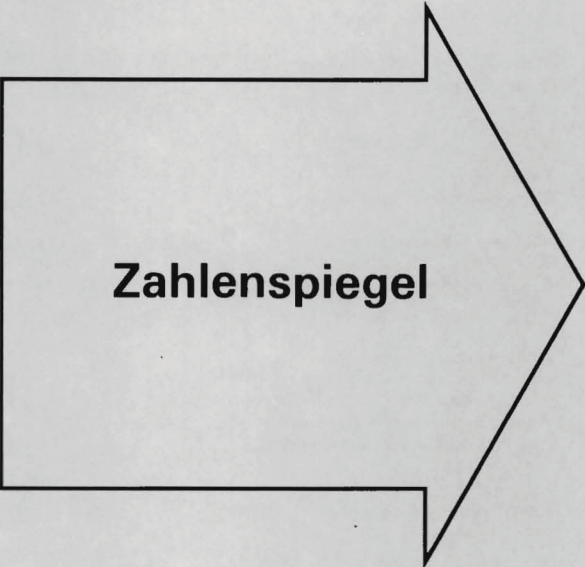
Merkmal	Bevölkerung am 25. 5. 1987				Davon mit Geburtsjahr von ... bis ...						
	insgesamt		davon		1978 und später	1967 – 1977	1962 – 1966	1948 – 1961	1938 – 1947	1923 – 1937	1922 und früher
			Deutsche	Ausländer							
	1 000						%				
Ist-Bestand	16 712	100	92,5	7,5	9,0	13,3	8,7	20,5	13,9	19,1	15,5
darunter weiblich	8 701	52,1	93,5	6,5	8,4	12,5	8,1	19,4	13,1	18,9	19,6
Registerüberhang ¹⁾	351	100	72,8	27,2	8,3	12,8	17,3	31,5	10,4	9,1	10,7
darunter weiblich	180	51,3	74,5	25,5	9,4	12,0	22,4	28,6	7,8	8,3	11,5
Registerfehlbestand ¹⁾	287	100	81,4	18,6	12,2	13,2	16,0	28,6	12,2	11,1	6,6
darunter weiblich	133	46,3	82,0	18,0	13,5	15,0	13,5	25,6	12,0	11,3	9,0
Statuswechsler ²⁾											
mit Hauptwohnung ³⁾	193	100	96,0	4,0	2,0	7,9	25,2	41,6	7,9	9,9	5,4
darunter weiblich	87	45,1	95,6	4,4	1,1	11,0	31,9	33,0	7,7	9,9	5,5
mit Nebenwohnung ³⁾	207	100	91,7	8,3	2,3	6,5	38,2	30,9	8,3	7,8	6,0
darunter weiblich	87	42,0	95,6	4,4	2,2	8,8	39,6	26,4	9,9	5,5	7,7

1) nur Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung und ohne Statuswechsler – 2) unterschiedliche Angaben zu Haupt- oder Nebenwohnung im Melderegister und Ist-Bestand
– 3) gemäß Ist-Bestand

Bevölkerung am 25. Mai 1987 sowie Fehlbestand im Melderegister nach Geschlecht, Geburtsjahren, Familienstand, Religionszugehörigkeit, überwiegendem Lebensunterhalt und Schulausbildung

Merkmal	Bevölkerung am 25. 5. 1987								
	Ist-Bestand				Fehlbestand im Melderegister				
	insgesamt	männlich	weiblich		insgesamt	männlich	weiblich		
	1 000				% von Sp. 1	1 000	% von Sp. 2	1 000	% von Sp. 3
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Insgesamt	16 712	8 010	8 701	287	1,7	154	1,9	133	1,5
Geburtsjahr									
1978 und später	1 508	774	734	35	2,3	17	2,2	18	2,5
1967 – 1977	2 224	1 140	1 084	38	1,7	18	1,6	20	1,8
1962 – 1966	1 452	743	709	46	3,2	28	3,8	18	2,5
1948 – 1961	3 421	1 734	1 687	82	2,4	48	2,8	34	2,0
1938 – 1947	2 321	1 183	1 138	35	1,5	19	1,6	16	1,4
1923 – 1937	3 198	1 555	1 643	32	1,0	17	1,1	15	0,9
1922 und früher	2 587	881	1 706	19	0,7	7	0,8	12	0,7
Familienstand									
Ledig	6 288	3 354	2 934	151	2,4	87	2,6	64	2,2
Verheiratet	8 293	4 169	4 123	104	1,3	50	1,2	54	1,3
Verwitwet/geschieden	2 131	487	1 644	31	1,5	16	3,3	15	0,9
Religionsgemeinschaft									
Römisch-katholisch	8 260	3 866	4 394	137	1,7	72	1,9	65	1,5
Evangelisch	5 880	2 686	3 193	90	1,5	44	1,6	46	1,4
Sonstige/ohne Angabe	2 119	—	—	50	2,4	31	—	19	—
Überwiegender Lebensunterhalt durch									
Erwerbstätigkeit	6 346	4 238	2 108	121	1,9	76	1,8	45	2,1
Unterhalt durch Eltern/Ehegatten	6 180	1 944	4 236	110	1,8	46	2,4	64	1,5
Arbeitslosengeld/-hilfe, Rente/Pension	4 185	1 828	2 357	56	1,3	32	1,8	24	1,0
Schüler und Studierende	2 453	1 282	1 171	41	1,7	25	2,0	16	1,4
Bevölkerung ¹⁾ nach									
höchstem allgemeinem Schulabschluß									
Volksschul-/Hauptschulabschluß	7 277	3 644	3 633	114	1,6	62	1,7	52	1,4
Realschul- oder gleichwertiger Abschluß	2 263	1 003	1 260	50	2,2	26	2,6	24	1,9
Hochschul-/Fachhochschulreife	1 785	1 032	753	48	2,7	30	2,9	18	2,4
berufsbildendem Schulabschluß an einer									
Berufsfach-/Fachschule	1 135	531	604	27	2,4	14	2,6	13	2,2
Hochschule/Fachhochschule	991	649	343	25	2,5	15	2,3	10	2,9

1) im Alter von 15 – 64 Jahren



Zahlenspiegel

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1987	1988
			Monatsdurchschnitt	
	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit			
1	* Bevölkerung am Monatsende	1 000	16 681	16 801
	Natürliche Bevölkerungsbewegung ¹⁾			
2	* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	8 787	9 103
3				

1) Bei den Werten des Jahres 1989 handelt es sich um vorläufige Werte. – 2) nach dem Ereignisort – 3) nach der Wohngemeinde der Mutter – 4) nach der Wohngemeinde des 7) aus gewerbli. Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien – 8) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern – Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

1988			1989				Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
16 790	16 804	16 824	1
10 978	10 104	14 267	13 927	11 442	2
8,0	7,1	10,0	3
14 926	16 184	16 325	15 835	15 421	4
10,8	11,4	11,5	5
3,1	4,3	4,0	3,8	3,7	6
14 598	14 894	14 773	16 279	14 463	7
10,6	10,5	10,4	8
113	135	137	116	101	9
7,6	8,3	8,4	7,3	6,5	10
+328	+1 290	+1 552	-444	+958	11
+0,2	+0,9	+1,1	12
25 595	33 393	41 448	13
16 707	20 110	23 144	14
+8 888	+13 283	+18 304	15
36 430	41 392	45 056	16
734	758	744	679	684	688	662	17
396	406	397	366	364	365	348	18
1 978	.	.	.	1 989	.	.	19
549	.	.	.	544	.	.	20
.	.	6 312	.	.	.	6 180	21
.	.	2 326	.	.	.	2 234	22
.	.	659	.	.	.	623	23
.	.	431	.	.	.	412	24
71	60	74	68	66	57	78	25
24	22	21	17	18	14	15	26
978	922	1 042	990	944	878	950	27
4	3	3	3	3	2	3	28
109	100	115	110	105	96	108	29
22	19	23	22	21	18	25	30
3	3	3	2	2	2	2	31
83	78	88	86	81	75	81	32
1 080	1 083	1 624	1 650	945	1 061	1 625	33
3 377	3 248	3 465	3 801	3 463	3 590	3 343	34
3 826	3 629	3 896	4 018	4 232	3 956	4 173	35
273	265	253	288	271	265	245	36
97,4	258	244	97,2	97,5	97,3	96,5	37
16,0	15,6	14,8	16,6	16,2	15,7	14,5	38
106	98	103	115	123	106	114	39
111	92	90	111	111	93	101	40
1 936	1 943	1 954	1 952	1 964	1 973	1 987	41
1 340	1 348	1 356	1 354	1 364	1 372	1 381	42
180 362	167 013	179 105r	176 954	189 220	164 160	190 912	43
4 467	4 431	4 588r	4 853	4 743	4 769	4 792	44
3 301	3 101	3 011	3 419	3 414	3 207	3 159	45
37 233	32 776	33 819r	37 964	41 473	34 673	38 250	46
11 407	9 535	9 354r	11 892	12 724	10 221	11 367	47

Verstorbenen – 5) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene – 6) statt Monatsdurchschnitt 1987 bzw. 1988: Viehbestand am 3. Dezember 1987 bzw. 2. Dezember 1988 – 9) aus Schlachtungen inländischen und ausländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat – 10) Betriebe von

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1987	1988
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾				
1	* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ²⁾	2 046	2 102
2	* Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	1 070	972
3	* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	"	389	292
4	* Erd- und Erdölgas	"	681	679
5	* Heizölverbrauch	1 000 t	459	444
6	* leichtes Heizöl	"	178	169
7	* schweres Heizöl	"	281	276
8	* Stromverbrauch	Mill. kWh	6 416	6 642
9	* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	"	2 824	2 865
Bergbau				
10	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	90	86
11	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	156	148
12	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	126	120
13	geleistete Arbeiterstunden	"	14 485	13 497
14	Löhne (brutto)	Mill. DM	436	421
15	Gehälter (brutto)	"	177	176
16	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	1 999	2 005
17	darunter Auslandsumsatz	"	214	204
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				
18	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	89	99
19	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	97	104
20	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	514	505
21	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	338	330
22	geleistete Arbeiterstunden	"	46 322	45 707
23	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 204	1 232
24	Gehälter (brutto)	"	979	1 026
25	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	11 917	13 078
26	darunter Auslandsumsatz	"	3 850	4 335
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe				
27	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	105	114
28	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	103	107
29	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	862	860
30	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	589	587
31	geleistete Arbeiterstunden	"	81 106	81 007
32	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 893	1 933
33	Gehälter (brutto)	"	1 389	1 434
34	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	12 625	13 271
35	darunter Auslandsumsatz	"	4 571	4 917
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe				
36	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	105	114
37	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	103	107
38	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	317	325
39	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	235	241
40	geleistete Arbeiterstunden	"	32 683	33 650
41	Löhne (brutto)	Mill. DM	679	718
42	Gehälter (brutto)	"	365	389
43	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	4 718	5 089
44	darunter Auslandsumsatz	"	986	1 111
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe				
45	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	103	106
46	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	103	104
47	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	67	67
48	geleistete Arbeiterstunden	"	10 048	10 079
49	Löhne (brutto)	Mill. DM	186	192
50	Gehälter (brutto)	"	149	155
51	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	2 773	2 897
52	darunter Auslandsumsatz	"	192	209
Handwerk ⁵⁾				
53	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁶⁾	30. 9. 76 = 100	92,6	92,4
54	* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D. 1976 = 100	133,6	141,4

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; – seit 1985 werden Brennstoffverbräuche nur noch vierteljährlich (für das Berichtsquartal) kJ/m³ – 4) am Monatsende – 5) ohne handwerkliche Nebenbetriebe – 6) am Ende des Berichtsquartals

1988			1989			Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	
5 969	.	.	.	5 785	.	1
2 703	.	.	.	3 061	.	2
850	.	.	.	894	.	3
1 853	.	.	.	2 167	.	4
1 325	.	.	.	1 105	.	5
522	.	.	.	470	.	6
803	.	.	.	635	.	7
6 474	6 434	6 514r	6 460	6 660	6 487	8
2 557	2 693	2 604	2 455	2 671	2 847	9
79	78	76	82	79	84	10
148	147	147	141	140	140	11
120	119	118	113	112	112	12
12 042	12 107	12 787	11 284	12 116	11 620	13
377	381	386r	433	371	388	14
169	168	166	183	165	169	15
1 696	1 645	1 749	1 590	1 688	1 663	16
177	158	185	136	160	154	17
100	91	96	105	115	100	18
107	98	97	106r	107	98	19
504	505	508	501	503	505	20
329	330	333	328	329	331	21
45 369	42 760	45 048r	43 982	45 943	41 694	22
1 245	1 201	1 231	1 347	1 262	1 255	23
1 038	992	965	1 169	1 060	1 006	24
13 433	12 415	12 878r	14 000	15 293	13 100	25
4 436	3 979	4 138	4 693	5 035	4 278	26
111	108	106	127	132	115	27
121	90	85	119r	120	93	28
857	860	865	874	880	885	29
585	589	592	599	605	609	30
79 877	72 801	77 833	79 276	85 554	72 518	31
1 915	1 955	2 046	2 079	2 125	2 166	32
1 527	1 418	1 374	1 492	1 596	1 483	33
14 224	11 528	11 260	14 070	15 547	12 318	34
5 497	4 180	3 724	5 662	5 913	4 454	35
104	95	112	112	120	99	36
112	86	92r	112r	113	84	37
324	325	327	334	337	338	38
240	241	243	247	251	251	39
33 172	29 419	32 742	32 681	35 434	28 467	40
736	709	730	788	787	767	41
411	378	362	413	436	400	42
4 958	4 435	4 933r	5 055	5 710	4 583	43
1 094	1 017	1 080r	1 171	1 357	1 106	44
111	99	101r	123	110	103	45
103	106	107	102	104	106	46
66	69	70	66	67	69	47
9 902	9 926	10 695	9 731	10 173	9 861	48
194	185	195	206	198	192	49
156	145	144	163	157	150	50
2 922	2 753	2 999	3 249	3 235	3 009	51
203	201	227	230	259	228	52
91,8	.	.	.	91,5	.	53
137,1	.	.	.	146,8	.	54

erhoben, - 2) eine t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle - 3) umgerechnet auf den Heizwert von 35 169

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1987	1988
			Monatsdurchschnitt	
Öffentliche Energieversorgung				
1	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	11 148	10 890
2	* Stromverbrauch (einschl. Verlusten)	"	10 048	10 091
3	Stromabgabe der industriellen Eigenanlagen an Fremde	"	1 778	1 738
Bauhauptgewerbe				
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)				
4	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ¹⁾	Anzahl	222 091	217 700
5	* geleistete Arbeitsstunden	1 000	22 799	23 589
6	* darunter für Wohnungsbauten	"	7 222	7 436
7	* gewerbliche und industrielle Bauten ²⁾	"	8 635	9 103
8	* Verkehrs- und öffentliche Bauten	"	6 941	7 050
9	* Löhne (brutto)	Mill. DM	519,1	549,1
10	* Gehälter (brutto)	"	146,4	152,4
11	* baugewerblicher Umsatz (ohne MWSt.)	"	1 920,4	2 090,1
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Baugenehmigungen				
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 962	2 229
13	* darunter mit 1 und 2 Wohnungen	"	1 867	2 116
14	* Rauminhalt	1 000 m ³	1 742	1 999
15	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	550 629	628 077
16	* Wohnfläche	1 000 m ²	287	331
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	384	392
18	* Rauminhalt	1 000 m ³	2 257	2 540
19	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	429 621	560 039
20	* Nutzfläche	1 000 m ²	364	409
21	* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	3 026	3 403
Handel und Gastgewerbe				
22	* Index der Umsätze im Einzelhandel ³⁾	1986 = 100	105,0	108,0
davon des Einzelhandels mit				
23	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	"	102,2	106,5
24	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	"	102,7	101,9
25	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgroßgeräte)	"	106,7	116,8
26	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten	"	103,5	104,5
27	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	"	106,4	118,2
28	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	"	102,7	112,2
29	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	"	102,2	130,2
30	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	"	108,7	114,9
31	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	104,8	104,2
32	Index der Umsätze im Großhandel ⁵⁾	1986 = 100	97,5	104,9
davon des Großhandels mit				
33	Rohstoffen und Halbwaren	"	92,7	100,3
34	Fertigwaren	"	103,1	109,5
35	* Index der Umsätze im Gastgewerbe ³⁾	1986 = 100	104,3	107,4
36	davon Beherbergungsgewerbe	"	110,4	119,6
37	Gaststättengewerbe	"	102,4	103,4
38	Kantinen	"	107,7	114,9
Handel mit der DDR und Berlin (Ost)				
39	Bezüge Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	167 572	179 259
40	Lieferungen Nordrhein-Westfalens	"	193 903	180 313
Ausfuhr insgesamt				
41	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	11 239,2	12 315,8
42	* davon Güter der Ernährungswirtschaft	"	308,3	350,1
43	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	10 930,9	11 965,8
44	* davon Rohstoffe	"	222,9	200,6
45	* Halbwaren	"	810,6	979,9
46	* Fertigwaren	"	9 897,5	10 785,3
47	* davon Vorerzeugnisse	"	3 038,8	3 331,8
48	* Enderzeugnisse	"	6 858,7	7 453,5
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern				
49	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 335,4	1 449,7
50	Dänemark	"	221,1	223,8
51	Frankreich	"	1 161,5	1 335,5
52	Griechenland	"	86,8	118,8
53	Großbritannien	"	1 002,5	1 250,0
54	Italien	"	776,0	993,9
55	Niederlande	"	1 297,6	1 398,2
56	Portugal	"	82,2	117,3
57	Republik Irland	"	63,0	68,5
58	Spanien	"	336,5	446,7

1) am Monatsende – 2) einschl. landwirtschaftlichen Baus – 3) einschl. Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: endgültige Ergebnisse – gültige Ergebnisse

1988			1989				Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
8 737	9 158	9 756	10 529	10 832	10 493	10 024	1
9 126	8 937	9 110	9 709	9 882	9 621	...	2
1 499	1 565	1 548	1 434	1 623	1 699	1 494	3
218 068	219 245	221 457	211 660p	212 764p	214 339p	217 483p	4
25 435	23 531	25 476	22 662p	26 233p	21 634p	26 791p	5
8 349	7 333	7 902	7 372p	8 398p	6 396p	8 537p	6
9 269	9 086	9 723	8 455p	9 785p	8 803p	10 086p	7
7 817	7 112	7 851	6 835p	8 050p	6 435p	8 168p	8
555,6	561,7	602,8	561,0p	566,5p	566,3p	608,2p	9
153,4	150,4	150,7	150,6p	157,8p	155,6p	150,8p	10
2 145,2	2 173,3	2 293,1	1 975,0p	2 437,3p	2 195,8p	2 456,3p	11
2 245	2 763	2 358	2 777	2 676	3 365	2 695	12
2 135	2 646	2 237	2 569	2 454	3 125	2 424	13
2 016	2 452	2 168	2 584	2 752	3 205	2 693	14
631 283	770 026	680 640	825 891	885 211	1 018 848	850 598	15
333	400	362	430	453	540	466	16
368	484	392	408	408	583	459	17
2 153	3 244	3 669	3 208	3 021	4 181	2 725	18
366 639	614 146	1 273 578	469 246	542 963	701 981	454 683	19
353	512	634	474	488	659	446	20
3 437	4 040	3 739	4 657	5 030	5 650	4 975	21
102,8	103,9	98,2	112,1	111,0	103,2	105,9	22
104,0	102,0	101,4	111,4	110,4	102,6	110,7	23
84,9	93,3	81,2	105,0	88,1	85,6	88,8	24
103,9	108,0	104,2	117,0	120,4	112,5	113,2	25
85,6	89,1	92,3	84,3	89,9	94,1	97,7	26
97,9	104,4	116,8	94,1	106,9	111,3	129,9	27
108,2	112,4	105,8	114,6	117,7	107,8	114,5	28
137,7	133,5	129,8	160,6	154,2	143,9	125,2	29
128,6	115,3	98,9	140,0	146,1	120,0	109,7	30
94,7	102,4	97,5	100,4	99,3	98,1	101,2	31
104,0	97,7	103,5	111,0	115,4	103,7	111,0	32
103,5	97,9	103,3	111,5	116,6	106,2	109,9	33
104,4	97,5	103,8	110,5	114,3	101,3	112,1	34
107,1	99,8	103,5	114,8	108,4	104,0	109,7	35
124,5	101,1	106,1	134,5	126,0	100,3	120,9	36
101,4	99,1	102,6	108,9	101,6	104,4	105,5	37
117,0	105,1	105,5	117,7	135,0	115,5	125,2	38
187 739	169 918	177 627	198 476	194 260	213 986	196 423	39
160 313	202 590	155 441	172 784	213 212	202 898	208 883	40
12 951,4	12 156,6	11 107,8	12 967,0	15 629,7	12 233,0	...	41
349,2	351,1	388,6	381,0	435,4	396,7	...	42
12 602,2	11 805,5	10 719,2	12 586,0	15 194,3	11 836,3	...	43
214,3	190,3	185,1	219,8	251,1	190,0	...	44
997,5	869,0	962,7	1 028,4	1 244,1	1 022,7	...	45
11 390,4	10 746,2	9 571,4	11 337,9	13 699,1	10 623,6	...	46
3 465,1	3 215,9	3 122,2	3 714,8	4 227,1	3 336,4	...	47
7 925,3	7 530,4	6 449,2	7 623,1	9 472,0	7 287,2	...	48
1 622,0	1 223,7	1 183,2	1 520,2	1 815,0	1 206,0	...	49
235,2	182,4	214,4	231,6	263,6	183,7	...	50
1 358,3	1 262,2	928,7	1 338,2	1 611,9	1 365,0	...	51
111,4	108,8	91,5	120,7	138,4	110,0	...	52
1 331,1	1 270,3	1 087,5	1 276,8	1 566,5	1 144,1	...	53
1 007,1	1 018,4	611,7	1 115,8	1 344,5	1 024,6	...	54
1 373,3	1 262,5	1 303,0	1 428,3	1 672,7	1 284,0	...	55
95,5	112,6	74,2	115,9	132,5	56
60,4	68,4	52,7	65,9	73,5	65,2	...	57
421,5	416,7	271,0	494,5	517,8	58

4) u. a. Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Versandhandel – 5) ohne Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: end-

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1987	1988
			Monatsdurchschnitt	
	Noch: Handel und Gastgewerbe			
1	* EG-Länder zusammen	Mill. DM	6 435,5	7 402,3
2	EFTA-Länder zusammen	"	1 597,9	1 887,9
3	übrige Länder	"	3 205,8	3 943,0
	Fremdenverkehr ¹⁾			
4	* Gästeankünfte	1 000	790	829
5	* darunter von Auslandsgästen	"	148	155
6	* Gästeübernachtungen	"	2 476	2 607
7	* darunter von Auslandsgästen	"	365	394
	Verkehr			
	Binnenschifffahrt			
8	Güterumschlag in den Binnenhäfen	1 000 t	10 428	10 894
9	* davon Güterempfang	"	5 929	6 181
10	* Güterversand	"	4 499	4 713
11	Güterdurchgang an der Grenzstelle Emmerich	1 000 t	11 099	11 573
12	davon Bergverkehr	"	7 313	7 415
13	Talverkehr	"	3 786	4 158
	Kraftfahrzeuge			
14	* Zulassungen bzw. Anmeldungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²⁾	Anzahl	66 566	64 076
15	darunter Personenkraftwagen einschl. Kombinationskraftwagen	"	61 302	58 732
16	Lastkraftwagen	"	2 458	2 601
17	Krafträder einschl. Kraftrollern und Leichtkrafträdern	"	1 760	1 702
	Straßenverkehrsunfälle			
18	Unfälle insgesamt	Anzahl	45 135	46 983
19	* davon mit Personenschaden	"	6 808	7 208
20	mit nur Sachschaden	"	38 328	35 608
21	* getötete Personen	"	129	144
22	* verletzte Personen	"	8 644	9 212
23	darunter schwerverletzte Personen	"	2 361	2 462
	Deutsche Bundesbahn ³⁾			
24	Güterempfang	1 000 t	6 573	6 999
25	Güterversand	"	8 090	8 273
26	Güterwagenstellung	1 000	282	...
	Deutsche Bundespost ⁴⁾			
27	Briefsendungen	Mill.	249	259
28	Paketsendungen	1 000	4 599	4 476
29	abgehende Ferngespräche	Mill.	241	...
30	aufgegebene Telegramme	1 000	127	126
	Geld und Kredit			
	Kredite und Einlagen ⁵⁾			
31	* Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	440 745	460 209
32	* darunter Kredite an inländische Nichtbanken	"	431 033	450 653
33	* kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr einschl.)	"	81 836	85 533
34	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	79 981	83 606
35	* an öffentliche Haushalte	"	1 855	1 927
36	* mittelfristige Kredite (über 1 bis unter 4 Jahre)	"	33 186	32 936
37	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	29 954	29 431
38	* an öffentliche Haushalte	"	3 232	3 505
39	* langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	317 241	333 537
40	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	259 272	272 130
41	* an öffentliche Haushalte	"	57 969	61 407
42	durchlaufende Kredite	"	8 482	8 203
43	an Unternehmen und Privatpersonen	"	7 047	6 671
44	an öffentliche Haushalte	"	1 435	1 532

1) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze – 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt – 3) Ergebnisse für die Bereiche der DB-Direktionen Essen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne

1988			1989				Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
7 615,8	6 926,1	5 817,8	7 707,9	9 136,4	6 934,6	...	1
1 846,7	1 583,2	1 647,8	1 813,4	2 268,2	1 649,8	...	2
3 488,9	3 647,3	3 642,2	3 445,6	4 225,1	3 648,7	...	3
958	747	782	1 011	956	724	...	4
179	173	180	187	178	187	...	5
3 074	2 835	2 880	3 062	2 988	2 807	...	6
453	470	476	455	419	501	...	7
11 047	10 877	10 818	10 767	11 333	10 919	11 487	8
6 156	6 241	6 243	5 945	6 114	6 252	6 661	9
4 891	4 636	4 575	4 822	5 219	4 667	4 826	10
12 280	11 761	11 263	12 078	13 174	12 334	12 967	11
7 581	7 481	7 337	7 370	7 906	7 882	8 332	12
4 699	4 280	3 926	4 708	5 268	4 452	4 635	13
74 048	65 051	50 831	67 305	75 959	58 866	56 744	14
67 198	59 925	46 520	60 431	68 766	53 784	51 490	15
2 831	2 442	6 154	2 825	3 138	2 422	2 696	16
2 703	1 724	1 256	2 802	2 409	1 608	1 594	17
44 294	44 447	41 234	45 335	46 434	36 302	44 669	18
7 631	7 295	7 386	8 178	7 846	6 242	7 885	19
36 663	37 152	33 848	37 157	38 588	30 060	36 784	20
141	141	145	137	120	134	146	21
9 639	9 473	9 398	10 229	9 912	8 052	10 067	22
2 604	2 496	2 547	2 683	2 542	2 224	2 522	23
6 736	6 741	6 902	6 719	7 547	7 403	7 330	24
7 887	7 811	8 039	8 001	8 983	8 819	8 927	25
449	26
251	218	250	255	270	226	286	27
3 713	3 548	3 906	3 753	3 926	3 387	3 924	28
288	259	278	301	302	275	...	29
129	135	142	119	111	114	117	30
448 473	449 671	448 930	465 021	469 426	469 465	470 639	31
438 894	440 309	439 926	455 658	460 275	460 380	461 388	32
85 753	84 724	80 969	85 338	88 380	87 336	87 349	33
82 863	81 244	79 980	83 762	87 193	86 290	86 718	34
2 890	3 480	989	1 576	1 187	1 046	631	35
31 977	32 473	32 640	32 777	33 019	33 063	32 976	36
29 490	29 850	30 054	28 991	29 159	29 002	28 920	37
2 487	2 623	2 586	3 786	3 860	4 061	4 056	38
322 457	324 159	326 992	338 875	339 974	341 068	342 284	39
264 208	265 511	267 371	277 573	278 704	279 808	281 163	40
58 249	58 648	59 621	61 302	61 270	61 260	61 121	41
8 286	8 315	8 329	8 031	8 053	7 998	8 030	42
6 811	6 824	6 837	6 466	6 485	6 423	6 443	43
1 475	1 491	1 492	1 565	1 568	1 575	1 587	44

und Köln – 4) Ergebnisse für die Bereiche der Oberpostdirektionen Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster – 5) Die Angaben umfassen die in NW gelegenen Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter.

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1987	1988
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Geld und Kredit				
1	* Einlagen und aufgenommene Gelder ¹⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	410 662	425 535
2	* Sichteinlagen und Termingelder ¹⁾	"	236 112	248 317
3	* von Unternehmen und Privatpersonen	"	193 601	205 041
4	* von öffentlichen Haushalten	"	42 511	43 276
5	* Spareinlagen	"	174 550	177 218
6	* bei Sparkassen	"	103 138	105 082
7	* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	9 741	9 336
8	* Belastungen auf Sparkonten	"	9 070	9 116
Zahlungsschwierigkeiten				
9	* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	425	383
10	* Vergleichsverfahren	"	2	1
11	* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	2 623	2 083
12	* Wechselsumme	Mill. DM	22	19
Sozialleistungen				
13	Wohngeldempfänger	Anzahl	577 854	582 686
14	davon Empfänger von Mietzuschuß	"	547 700	552 755
15	von Lastenzuschuß	"	30 155	29 932
16	Wohngeldanspruch je Fall	DM	147	149
17	Mietzuschuß je Fall	"	146	148
18	Lastenzuschuß je Fall	"	165	160
Gesetzliche Krankenversicherung (ohne mitversicherte Familienangehörige)				
19	Mitglieder insgesamt	1 000	9 996	10 065
20	darunter Pflichtmitglieder	"	5 763	5 828
21	Rentner und Rentenantragsteller	"	2 984	3 010
Steueraufkommen nach Steuerarten				
22	* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	8 444,4	8 851,2
23	* Steuern vom Einkommen	"	5 187,0	5 497,6
24	* Lohnsteuer ²⁾	"	3 732,1	3 770,5
25	* veranlagte Einkommensteuer	"	805,3	869,3
26	* nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	191,9	220,1
27	* Körperschaftsteuer ²⁾	"	457,8	637,7
28	* Steuern vom Umsatz	"	3 257,4	3 353,6
29	* Umsatzsteuer	"	1 740,8	1 723,7
30	* Einfuhrumsatzsteuer	"	1 516,6	1 629,9
31	* Bundessteuern	"	1 325,4	1 350,5
32	* darunter Zölle	"	132,0	148,2
33	* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	1 090,5	1 098,5
34	darunter Mineralölsteuer	"	701,2	711,8
35	* Landessteuern	"	516,9	503,1
36	* darunter Vermögensteuer	"	122,5	125,8
37	* Kraftfahrzeugsteuer	"	189,0	181,1
38	* Biersteuer	"	32,4	31,3
39	* Gemeindesteuern ³⁾	"	2 861,7	3 207,7
40	* darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	2 269,2	2 581,6
41	* Grundsteuer A	"	14,2	14,5
42	* Grundsteuer B	"	523,9	553,4
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ³⁾				
43	* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	17 242,0	17 964,6
44	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	6 759,6	7 202,4
45	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	6 351,9	6 539,5
46	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	154,2	171,2
47	* Steuereinnahmen des Landes	"	11 299,0	11 832,2
48	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	6 759,6	7 202,4
49	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	2 834,5	2 949,3
50	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	154,2	171,2
51	* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	4 595,0	4 953,3
52	* darunter Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	2 041,8	2 087,9
53	* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁴⁾	"	1 960,7	2 239,2

1) einschl. durchlaufender Kredite, Sparbriefen, Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. – 2) nach Berücksichtigung der Einnahmen und

1988			1989				Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
410 823	408 968	410 078	420 405	419 774	421 738	421 751	1
235 784	234 655	236 140	250 016	250 411	253 796	254 171	2
194 478	193 967	194 246	207 740	208 568	211 989	211 605	3
41 306	40 688	41 894	42 276	41 843	41 807	42 566	4
175 039	174 313	173 938	170 389	169 363	167 942	167 580	5
103 686	103 257	103 187	101 254	100 567	99 618	99 346	6
7 836	8 346	8 361	7 672	8 474	10 119	9 413	7
8 075	9 072	8 736	8 541	9 500	11 540	9 775	8
358	449	344	337	300	377	319	9
—	3	—	1	—	2	2	10
2 224	2 009	1 915	1 770	1 742	1 672	1 655	11
18	17	23	16	14	15	38	12
586 926	586 293	587 303	584 170	575 181	573 241	573 871	13
556 125	555 676	557 474	554 502	545 750	544 149	545 752	14
30 801	30 617	29 829	29 668	29 431	29 092	28 119	15
149	149	148	152	152	153	152	16
148	148	148	152	152	152	152	17
160	160	158	159	159	158	156	18
10 032	10 027	10 053	10 073	10 095	10 093	10 127	19
5 793	5 788	5 809	5 783	5 800	5 804	5 839	20
3 007	3 010	3 010	3 039	3 046	3 047	3 048	21
11 555,4	7 794,0	7 236,3	7 466,9	12 850,3	8 977,8	8 115,1	22
8 344,7	4 593,3	4 121,2	4 002,9	9 190,4	5 493,0	4 679,4	23
3 808,6	4 191,0	3 690,6	3 465,3	4 270,4	4 434,6	3 850,4	24
2 539,8	—37,9	—97,8	—117,2	2 608,4	75,2	—23,8	25
247,2	412,3	774,8	426,8	339,2	734,7	542,1	26
1 749,1	27,9	—246,4	228,1	1 972,4	248,4	310,8	27
3 210,7	3 200,7	3 115,1	3 464,0	3 659,9	3 484,9	3 435,6	28
1 554,2	1 512,7	1 557,5	1 688,7	1 624,0	1 607,9	1 525,2	29
1 656,5	1 688,0	1 557,6	1 775,3	2 035,9	1 877,0	1 910,4	30
1 289,3	1 350,7	1 413,4	1 693,7	1 592,6	1 602,2	1 578,3	31
152,9	147,6	197,4	151,6	163,9	158,5	156,0	32
1 062,1	1 126,8	1 072,0	1 417,9	1 274,8	1 344,6	1 237,6	33
687,0	724,4	707,9	986,8	929,9	902,0	915,0	34
364,8	461,0	676,9	716,9	509,6	440,3	730,6	35
32,8	20,4	298,8	310,6	36,5	20,6	320,5	36
160,5	242,8	176,1	199,0	246,2	231,1	193,6	37
29,7	45,9	30,8	31,5	38,6	35,5	33,1	38
3 129,2	.	.	.	3 210,0	.	.	39
2 493,0	.	.	.	2 535,3	.	.	40
15,0	.	.	.	15,4	.	.	41
568,1	.	.	.	576,9	.	.	42
16 970,5	.	.	.	19 498,6	.	.	43
6 376,8	.	.	.	7 604,4	.	.	44
6 510,4	.	.	.	6 951,2	.	.	45
166,0	.	.	.	182,9	.	.	46
10 898,6	.	.	.	12 465,3	.	.	47
6 376,8	.	.	.	7 604,4	.	.	48
2 861,3	.	.	.	3 013,9	.	.	49
166,0	.	.	.	182,9	.	.	50
4 633,2	.	.	.	4 883,9	.	.	51
1 835,9	.	.	.	2 039,8	.	.	52
2 161,1	.	.	.	2 169,4	.	.	53

Ausgaben aus der Zerlegung – 3) statt Monatsdurchschnitt 1987 bzw. 1988: Vierteljahresdurchschnitt – 4) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1987	1988	
			Monatsdurchschnitt		
	Preise				
	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte				
1	* Gesamtlebenshaltung	1980 = 100	120,5	121,8	
2	* darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	115,7	115,5	
3	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	120,7	121,3	
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	119,5	120,7	
5	Bekleidung, Schuhe	"	124,3	126,1	
	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer- haushalten mit mittlerem Einkommen				
6	Gesamtlebenshaltung	1980 = 100	120,3	121,4	
7	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	115,2	115,0	
8	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	121,0	121,7	
9	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	119,4	120,5	
10	Bekleidung, Schuhe	"	125,1	126,9	
	Preisindex ²⁾ für Wohngebäude				
11	* Bauleistungen am Bauwerk	1980 = 100	117,8	120,4	
12	davon Rohbauarbeiten	"	112,4	114,5	
13	Ausbauarbeiten	"	125,6	128,8	
14	Preisindex ²⁾ für gemischt genutzte Gebäude	} Bauleistungen am Bauwerk	118,7	121,4	
15	für Bürogebäude		"	120,8	123,8
16	für gewerbliche Betriebsgebäude		"	120,7	123,3
17	Preisindex für den Straßenbau ²⁾	"	104,1	104,5	
	Löhne und Gehälter				
	Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau ³⁾				
	Bruttowochenverdienste				
18	* männliche Arbeiter	DM	758	794	
19	* darunter Facharbeiter	"	800	836	
20	* weibliche Arbeiter	"	528	550	
21	* darunter Hilfsarbeiter	"	516	538	
	Bruttostundenverdienste				
22	* männliche Arbeiter	DM	18,58	19,35	
23	* darunter Facharbeiter	"	19,61	20,39	
24	* weibliche Arbeiter	"	13,44	14,07	
25	* darunter Hilfsarbeiter	"	13,15	13,82	
	bezahlte Wochenarbeitszeit				
26	männliche Arbeiter	h	40,8	41,0	
27	weibliche Arbeiter	"	39,3	39,1	
	Angestellte, Bruttomonatsverdienste ³⁾				
	in Industrie und Hoch- und Tiefbau				
	kaufmännische Angestellte				
28	* männlich	DM	4 760	4 941	
29	* weiblich	"	3 262	3 381	
	technische Angestellte				
30	* männlich	DM	4 958	5 123	
31	* weiblich	"	3 348	3 465	
	in Handel, Kredit und Versicherungen				
	kaufmännische Angestellte				
32	* männlich	DM	3 935	4 056	
33	* weiblich	"	2 645	2 750	
	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen				
34	Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung ⁴⁾		+0,0	+0,8	

1) einschl. Wasserverbrauch in den Wohnungen – 2) statt Monatsdurchschnitt 1987 bzw. 1988: Vierteljahresdurchschnitt – 3) mit der jeweiligen Anzahl der Beschäftigten (Zum Ermittlungsverfahren vgl. Stat. Rundschau NW, Heft 11/83.)

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1987	1988
			Monatsdurchschnitt	
	Bevölkerung¹⁾			
1	Wohnbevölkerung ²⁾	1 000	61 315 ³⁾	...
2	Eheschließungen	je 1 000 der	6,3	...
3	Lebendgeborene	Bevölkerung	10,5	...
4	Gestorbene	und 1 Jahr	11,2	...
	Erwerbstätigkeit			
5	Erwerbstätige	1 000	26 007p	26 160p
6	Arbeitslose ²⁾	"	2 229	2 242
	Landwirtschaft			
7	Gewerbl. Schlachtungen, Schlachtmenge	1 000 t	406	400
8	Milcherzeugung	"	2 035	1 998
	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe			
9	Beschäftigte	1 000	7 054	7 039
10	Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	649	644
11	Umsatz	Mill. DM	123 009	130 073
12	darunter Auslandsumsatz	"	36 519	39 499
13	Index der Nettoproduktion	1985 = 100	102,4	106,1
	Bauhauptgewerbe			
14	Bauhauptgewerbe, alle Betriebe	1 000	985	972
15	Beschäftigte	Mill.	103	105
16	geleistete Arbeitsstunden darunter für Wohnungsbau	"	36	37
	Handel			
17	Einzelhandel Umsatz insgesamt	1986 = 100	104,2	108,4
18	Warenverkehr mit Berlin (West)	Mill. DM	3 024	3 139
19	Bezüge Lieferungen	"	2 216	2 288
20	Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)	Mill. DM	554	566
21	Bezüge Lieferungen	"	614	603
22	Außenhandel Einfuhr	Mill. DM	34 137	36 647
23	Ausfuhr	"	43 948	47 313
	Verkehr			
24	Beförderte Güter	1 000 t	25 539	25 856
25	Eisenbahnen ⁴⁾	"	18 417	19 444
26	Binnenschifffahrt	"	11 094p	11 702p
27	Seeschifffahrt Beförderte Personen Eisenbahnen ⁴⁾	Mill.	93,9	90,7
	Geld und Kredit			
28	Bargeldumlauf ²⁾	Mrd. DM	124,1	142,6
29	Spareinlagen ²⁾	"	701,1	728,0
30	Kredite an Unternehmen und Privatpersonen ²⁾	Mrd. DM	1 699,8	1 791,1
31	öffentliche Haushalte ²⁾	"	500,5	541,4
	Steuern			
32	Einnahmen aus Steuern insgesamt	Mill. DM	33 637	34 942
33	Steuern vom Einkommen	"	19 171	19 952
34	Lohnsteuer	"	13 681	13 959
35	veranlagte Einkommensteuer	"	2 558	2 766
36	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	657	728
37	Körperschaftsteuer	"	2 275	2 500
38	Bundessteuern	"	4 310	4 394
39	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	4 427	4 575
40	Landessteuern	"	1 853	1 889
	Preise			
41	Preisindex ausgewählter Grundstoffe	1980 = 100	99,7	102,2
42	Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk)	1980 = 100	118,6	121,2
43	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	1985 = 100	95,1	96,3
44	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	1980 = 100	93,9	94,0p
45	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 = 100	121,0	122,4
46	von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	"	120,8	122,0

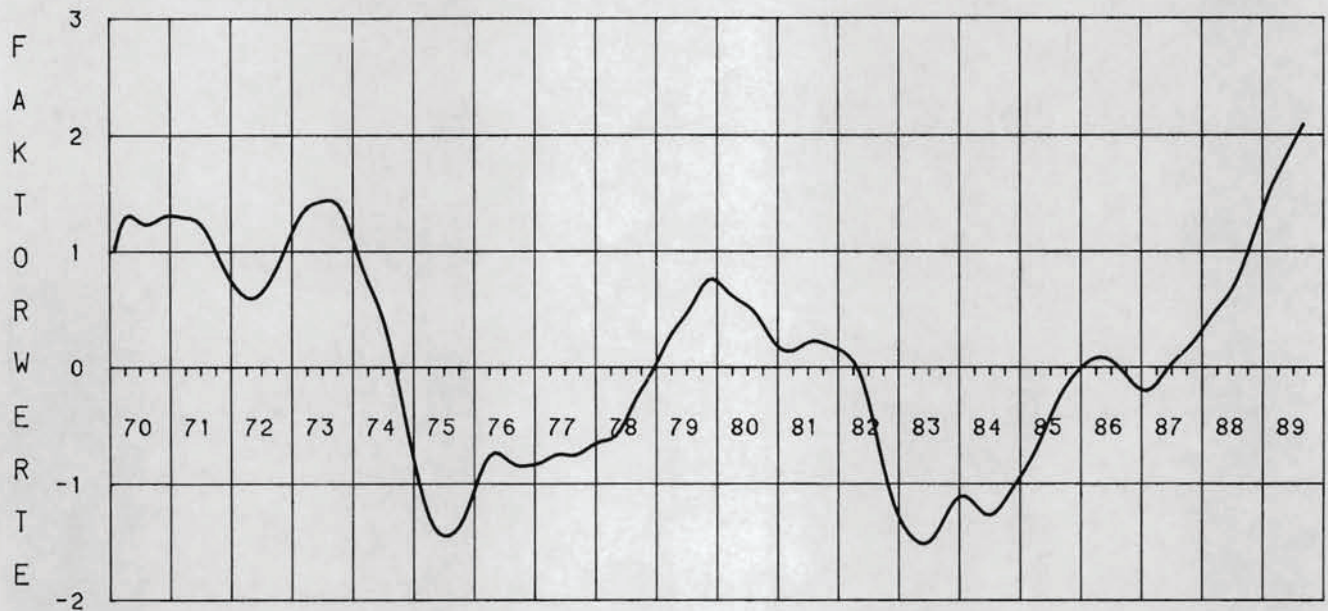
1) Vorläufige Ergebnisse – 2) Jahres- bzw. Monatsende – 3) vorläufiges Ergebnis auf Basis der Ergebnisse der Volkszählung vom 27. 5. 1970 – 4) Eisenbahnen des

1988			1989				Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
...	1
8,2	7,7	10,6	10,0	8,8	7,3	8,4	2
11,1	10,9	11,8	11,4	11,1	11,6	11,8	3
10,8	10,1	10,8	11,6	10,8	10,4	10,6	4
26 111p	26 187p	26 302p	27 543p	27 635p	27 688p	27 810p	5
2 131	2 199	2 167	1 947	1 915	1 973	1 940p	6
398	362	424	406	374	357	390	7
2 195	2 161	2 070r	2 332	2 208	2 177	...	8
7 019	7 051	7 091	7 077	7 108	7 162	7 209	9
641	580	620	616	679	609	620	10
132 468	122 941	122 507	133 516	150 795	131 296	131 660	11
41 013	35 948	35 607	41 656	47 828	40 478	39 545	12
107,7	98,7	98,8r	105,3	114,0	106,7	101,3	13
995	998	1 008r	964	970	974	984	14
121	112	118r	107	125	108	114	15
44	39	41r	39	44	37	39	16
104,1	104,6	100,0	111,8	111,6	107,4	106,6p	17
3 246	2 840	3 267	2 833	3 500	3 142	3 187	18
2 147	2 065	2 252	2 156	2 370	2 218	2 154	19
577	546	581	609	602	626	592	20
544	640	541	594	661	701	601	21
36 088	36 041	34 945	40 501	46 886	41 026	...	22
50 314	47 100	44 244	51 013	60 779	51 639	...	23
25 648	24 267	25 491	25 109	27 363	24
20 525	20 631	19 751	19 867	25
11 523p	12 427p	11 748p	12 155p	12 294p	26
85,5	97,7	88,8	98,1	91,3	27
129,1	131,9	130,7	140,1	142,9	142,7p	...	28
712,3	710,7	710,2	704,1	700,7	694,6p	...	29
1 731,9	1 733,7	1 738,7	1 821,5	1 841,1	1 844,3p	...	30
516,8	521,6	527,2	544,1r	541,8	542,7p	...	31
42 455	31 029	30 759	32 782	46 176	35 812	32 807p	32
29 728	15 574	15 133	14 825	32 333	18 937	16 012	33
13 632	15 105	14 065	13 600	14 867	16 313	15 014	34
8 401	-541	-409	-382	8 620	-255	-314	35
934	1 520	1 730	1 344	1 393	2 457	1 222	36
6 761	-511	-253	263	7 453	420	89	37
4 619	4 465	4 506r	5 391	4 697	5 082	5 129p	38
4 363	4 711	4 654	5 515	4 818	5 250	4 960p	39
1 655	1 600	2 563	2 771	1 750	1 669	2 703p	40
102,3	103,0	103,7	108,5	108,5	107,5	108,1	41
96,3	.	121,7	125,2	.	.	126,3	42
93,2	96,4	96,5	99,3	99,2	99,3	99,4	43
93,2	93,3	93,0	100,1	103,2	104,1p	105,4p	44
122,6	122,5	122,6	126,2	126,4	126,2	126,1	45
122,2	122,1	122,1	125,8	126,0	125,8	125,7	46

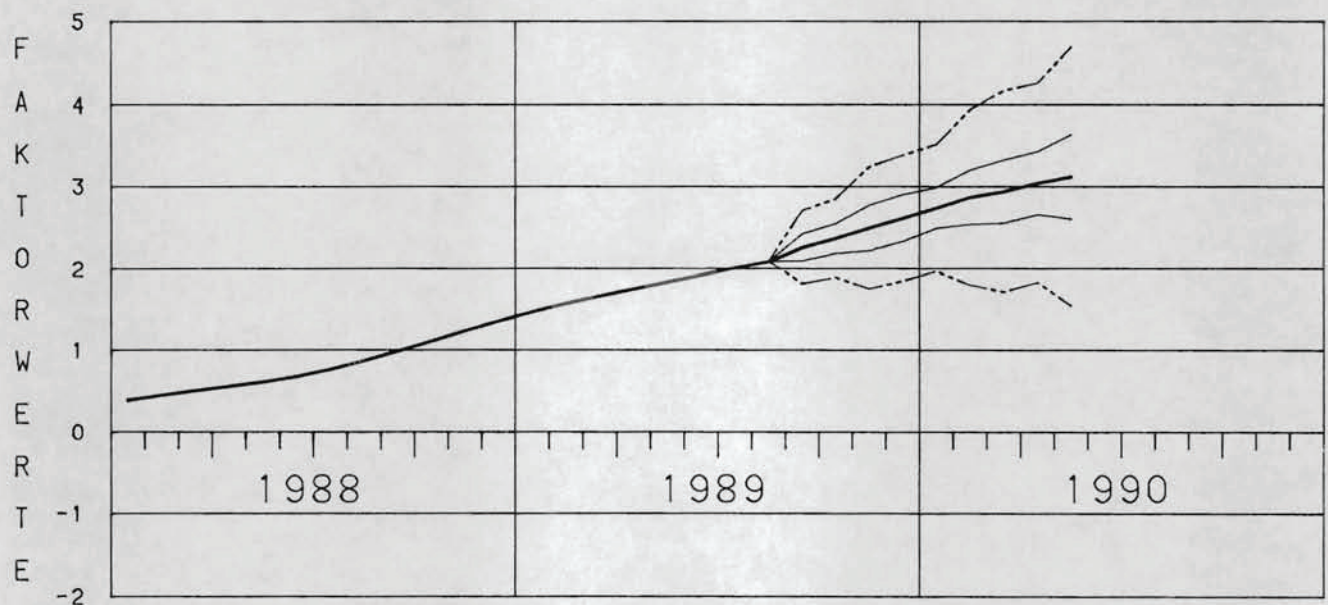
öffentlichen Verkehrs — — — Quelle: Statistisches Bundesamt

MONATLICHER GESAMTINDIKATOR DER KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG

BIS AUGUST 1989 REALISIERTE WERTE ¹⁾



AB SEPTEMBER 1989 BIS MAI 1990 PROGNOTIZIERTE WERTE ²⁾



— 95%-VERTRAUENSBEREICH DER REGRESSIONSSCHÄTZUNGEN

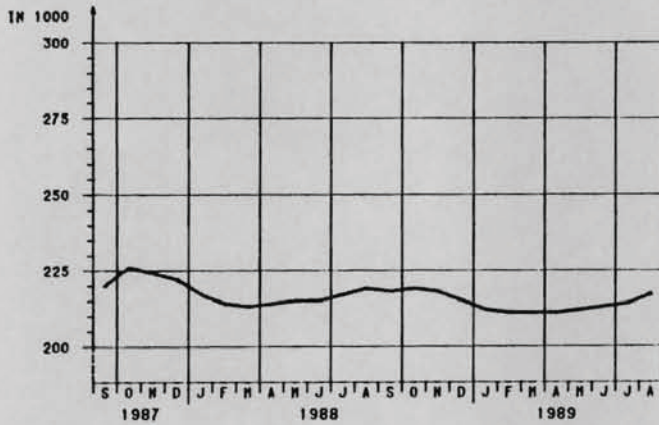
- - - 95%-VERTRAUENSBEREICH DER EINZELNEN INDIKATORWERTE

1) ZUM ERMITTLUNGSVERFAHREN VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 11/83. -

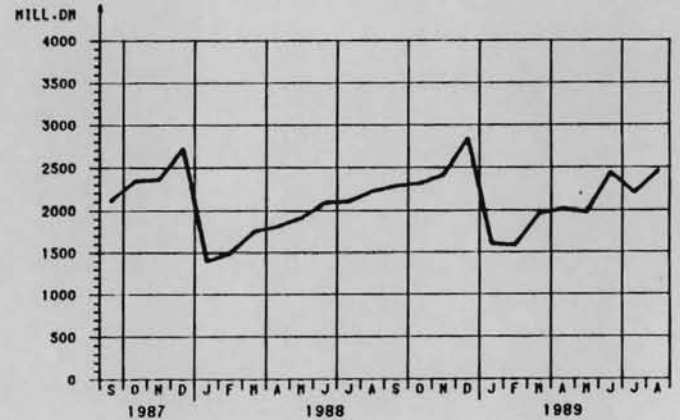
2) ZUM PROGNOSEMODELL VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 3/87.

BAUHAUPTGEWERBE SEPTEMBER 1987 BIS AUGUST 1989 (NACH DER TOTALERHEBUNG HOCHGERECHNET)

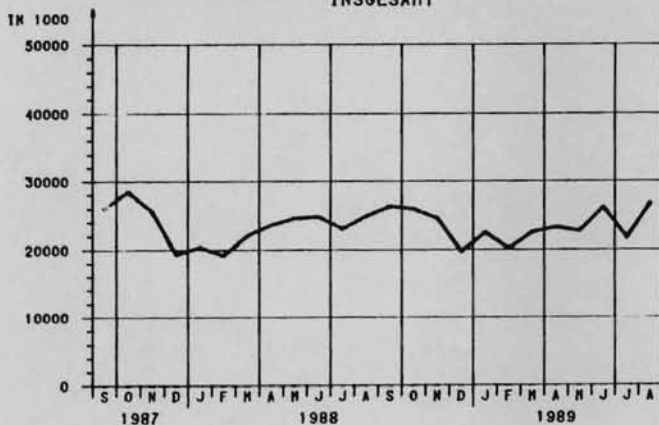
BESCHÄFTIGTE



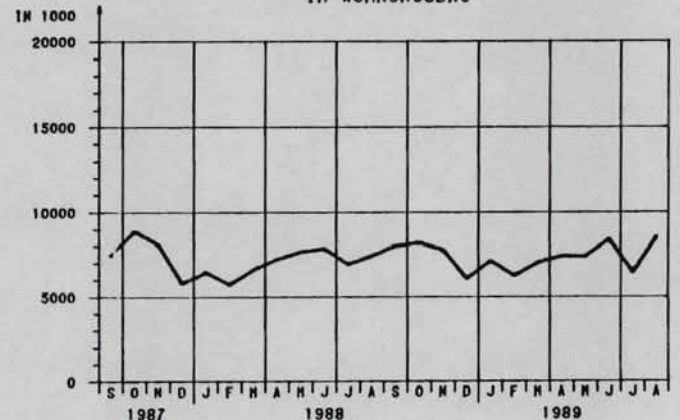
BAUGEWERBLICHER UMSATZ



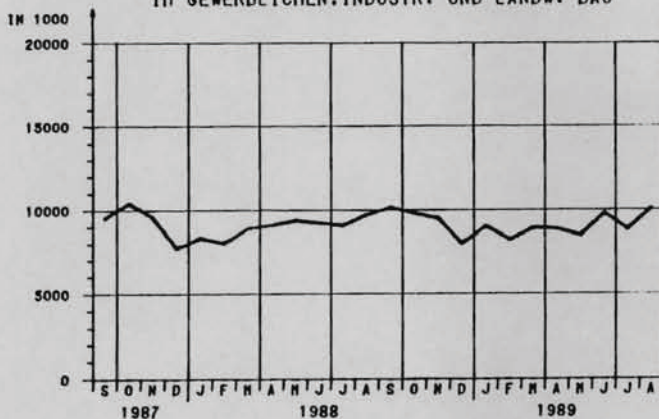
GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN
INSGESAMT



GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN
IM WOHNUNGSBAU



GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN
IM GEWERBLICHEN INDUSTRI. UND LANDW. BAU



GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN
IM ÖFFENTLICHEN UND VERKEHRSBAU

